

- 14

KARL MARX

KRITIK DES GOTHAER PROGRAMMS



5

X

1562

Verlag Neuer Weg · Berlin

▷ 5x 1962

- 1401 -

31. 7. 47

1. -

KARL MARX

KRITIK
DES
GOTHAER PROGRAMMS

Neu durchgesehene
und vermehrte Ausgabe

1 9 4 6

Verlag Neuer Weg GmbH., Berlin



▷ 5 x 1562

1. Auflage

Copyright 1946 by Verlag Neuer Weg G. m. b. H., Berlin

Printed in Germany M 6-2195 — Alle Rechte vorbehalten

Druck: Druckerei der „Sächsischen Volkszeitung“ Dresden, Zweigwerk Meißen

du

VORWORT ZUR VORLIEGENDEN AUSGABE

Die „Kritik des Gothaer Programms“ gehört neben dem „Manifest der Kommunistischen Partei“ zu den bedeutendsten Programmarbeiten von Marx. Auf wenigen Seiten umreißt sie in knappen Formulierungen die wichtigsten theoretischen Grundlagen des Programms der proletarischen Partei. In gewissem Sinne kann man sagen, daß in der „Kritik des Gothaer Programms“ das Fazit der gesamten, damals bereits mehr als 30 Jahre umfassenden, gigantischen Arbeit von Marx als Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus gezogen ist. Marx, der nach der Abfassung dieser Schrift nur noch 8 Jahre lebte, kam nicht mehr dazu, sich noch einmal eingehend über die wichtigsten prinzipiellen Fragen des Programms der Arbeiterpartei zu äußern.

Die „Kritik des Gothaer Programms“ wurde von Marx im Jahre 1875 geschrieben. Marx selbst gab ihr den sehr bescheidenen Titel „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei“. Der Titel „Kritik des Gothaer Programms“ entstand erst bedeutend später.

Entstanden ist die Arbeit Marx' in der Abwehr opportunistischer Fehler, die von den Führern der deutschen Sozialdemokratie bei der Vereinigung der beiden seinerzeit bestehenden deutschen Arbeiterparteien — der von Liebknecht und Bebel geführten „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands“ (die sogenannten „Eisenacher“¹) und der, nach dem Ausscheiden von Schweitzer, dem unmittelbaren Nachfolger von Lassalle, von Hasenclever, Hasselmann und Tölcke geleiteten lassalleanischen Partei, dem „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ — in den prinzipiellen Programmfragen begangen wurden.

¹ So bezeichnet, weil im August 1869 in Eisenach der erste Parteitag der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands“ stattfand, der das Parteiprogramm (das sogenannte Eisenacher Programm) annahm.

Im Zentrum der Marxschen Kritik steht eine scharfe Auseinandersetzung mit den falschen wissenschaftlich widerlegten Auffassungen und Dogmen des Lassalleanismus, vor allem dem sogenannten „ehernen Lohngesetz“ und der Illusion eines „friedlichen Hineinwachsens“ in den Sozialismus auf dem Wege der Schaffung von Produktivgenossenschaften durch Staatshilfe. Der verworrenen lassalleianischen Auffassung vom Staat als einer angeblich über den Klassen stehenden neutralen Macht stellten Marx und Engels ihre Auffassung entgegen von der Notwendigkeit der Aufrichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse. „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“

Diese Sätze von Marx in seiner „Kritik des Gothaer Programms“ haben auch im weiteren bis heute in der Arbeiterbewegung bei jeder Auseinandersetzung mit dem Opportunismus und der Abwehr bourgeois Auffassungen über den Staat eine bedeutende Rolle gespielt. In seinem Buch „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ schrieb Lenin, daß „diese berühmten Ausführungen von Marx das Fazit seiner ganzen revolutionären Lehren“ ziehe. Marxist kann, wie Lenin sagt, nur sein, „wer die Anerkennung des Klassenkampfes bis auf die Anerkennung der *Diktatur des Proletariats* erstreckt. Hierin besteht der tiefste Unterschied des Marxisten gegenüber dem durchschnittlichen Klein- (und auch Groß-) Bourgeois. Das muß der Prüfstein für das wirkliche Verstehen und Anerkennen des Marxismus sein.“

Marx und Engels sahen in dem Gothaer Programmentwurf ein Gemisch von lassalleianischen Dogmen, vulgärdemokratischen Forderungen und völlig entstellten kommunistischen Thesen und hielten ein so eklektisches, prinzipienloses Programm für vollkommen unbrauchbar. Sie klagten die Führer der Eisenacher an, daß sie sich, wie Engels wörtlich an Bebel schrieb, von den Lassalleanerführern, denen „unsere Leute theoretisch hundertmal überlegen“ sind, „grausam über den Löffel barbieren“ ließen.

Mit der Kritik des Lassalleanismus ist die Bedeutung der Marxschen „Kritik des Gothaer Programms“ jedoch nicht erschöpft. In allen, für die Arbeiterbewegung auch heute noch wichtigen, grundsätzlichen Fragen entwickelt Marx seine Auffassungen und gibt eine Zusam-

menfassung der Ergebnisse seiner jahrelangen wissenschaftlichen Forschungen auf dem Gebiete der politischen Ökonomie und der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus. Eine ganze Reihe von Fragen — wie die Arbeit als Quelle des Reichtums, das Verhältnis zwischen Produktionsweise und Verteilungsweise, der Arbeitslohn in der kapitalistischen Gesellschaft, der proletarische Internationalismus, der Staat, das Verhältnis der Arbeiterpartei zu den verschiedenen Klassen der kapitalistischen Gesellschaft — finden in Marx' „Kritik“ in knapper und präziser Form eine tiefeschürfende und wissenschaftliche Darlegung.

Höchst lehrreich ist es zu sehen, welches Schicksal dieser Marx'schen Schrift zuteil wurde. Marx schickte das Manuskript am 5. Mai 1875 an Wilhelm Bracke, einen Führer der Eisenacher, und bat ihn in einem Begleitbrief, die kritischen Randglossen nach Durchlesung auch den anderen Führern der Eisenacher (Geiß, Auer, Bebel und Liebknecht) zur Einsicht mitzuteilen. Später wurde bekannt, daß Liebknecht die Marx'sche Kritik vor Bebel verheimlichte und sie in der Schublade behielt, daß er bestrebt war, ihre Veröffentlichung auch in Zukunft zu vereiteln¹. Nur mit großer Mühe gelang es Marx, das Manuskript zurückzuerhalten. W. Liebknecht war (gemeinsam mit dem Lassalleaner Hasselmann) der Hauptverfasser des Gothaer Programms. Er setzte alles daran, die Annahme dieses Programms ungeachtet der Marx'schen Kritik durch den Gothaer Vereinigungsparteitag, der vom 22. bis 27. Mai 1875 stattfand, zu erreichen. Mehr als einen Monat vor der Fertigstellung der Marx'schen „Randglossen“ schickte Engels einen ausführlichen Brief an Bebel (vom 18./28. März 1875²), der eine Kritik desselben Entwurfs des Einigungsprogramms zum Inhalt hatte. Aber auch Bebel berücksichtigte diese Kritik nicht und unterstützte auf dem Gothaer Parteitag den Liebknecht-Hasselmann'schen Entwurf, der dann auch mit einigen unbedeutenden Änderungen angenommen wurde.

Aus den Briefen von Engels an Bracke und Bebel vom 11. und 12. Oktober 1875³ ist ersichtlich, weshalb Marx und Engels darauf

¹ Siehe die Briefe von Engels an Kautsky vom 11. Februar 1891 und an Bebel vom 1. Mai 1891. Vorliegende Ausgabe S. 52 und S. 60.

² Siehe den Brief von Engels an Bebel vom 18./28. März 1875. Vorliegende Ausgabe S. 37.

³ Siehe den Brief von Engels an Bebel vom 12. Oktober 1875. Vorliegende Ausgabe S. 47.

verzichtet hatten, in der Presse gegen das vom Gothaer Parteitag angenommene Programm aufzutreten.

Drei Jahre nach dem Gothaer Einigungsparteitag, also 1878, wurde in Deutschland das Sozialistengesetz erlassen, das bis 1890 in Kraft war. Während dieser Zeit konnte natürlich keine Rede davon sein, einen neuen Parteitag zur Überprüfung des Programms einzuberufen. Sobald jedoch die Möglichkeit gegeben war, diese Frage auf die Tagesordnung zu stellen, beschloß Engels, die Marxsche „Kritik“ zu veröffentlichen. Die in der vorliegenden Ausgabe abgedruckten Briefe aus dem Jahre 1891 zeigen, welchen hartnäckigen Widerstand Engels dabei zu überwinden hatte. Das von Kautsky geleitete theoretische Organ der deutschen Sozialdemokratie, die „Neue Zeit“, verstand sich zum Abdruck der „Kritik des Gothaer Programms“ erst, als Engels damit drohte, das Werk andernfalls in Österreich zu veröffentlichen. Um das Erscheinen in Deutschland zu ermöglichen, mußte Engels seine Zustimmung dazu geben, daß einige besonders scharfe polemische Formulierungen in dem Marxschen Manuskript abgeschwächt wurden¹.

Die Marxsche „Kritik des Gothaer Programms“ war in der deutschen Sozialdemokratie auch nach dem Jahre 1890 und besonders während des Kampfes mit dem sich durch das Erstarken des deutschen Imperialismus immer mehr hervorwagenden Reformismus stets eine aktuelle Angelegenheit. Daß dies Werk in der alten Sozialdemokratie bis 1914 nur in geringem Umfange bekannt und so gut wie nicht popularisiert wurde, ist angesichts der opportunistischen Politik, die von einem Teil der sozialdemokratischen Führer getrieben wurde, nur zu verständlich.

In der Periode der Weimarer Republik wurde die „Kritik des Gothaer Programms“ wiederholt, zuletzt 1931, in verschiedenen linksorientierten deutschen Arbeiterverlagen herausgegeben und damit zum ersten Male einem breiteren Kreise der deutschen Arbeiterschaft bekannt.

Daß nach der Vernichtung der gesamten marxistischen Literatur durch die Nazierrschaft heute bei der Neuherausgabe der Werke von Marx und Engels die „Kritik des Gothaer Programms“ als eine

¹ In der vorliegenden Ausgabe wird es in der ursprünglichen Fassung wiedergegeben.

der bedeutendsten Programmarbeiten von Marx im Vordergrund stehen muß, war dem Verlag eine Selbstverständlichkeit. Darüber hinaus hat aber die Neuherausgabe der „Kritik des Gothaer Programms“ eine besondere Aktualität und Dringlichkeit erhalten.

Nach den furchtbaren Erfahrungen von mehr als 30 Jahren Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung und 12 Jahren Hitler-Regime wächst in der deutschen Arbeiterklasse heute ungestüm der Drang nach einer einheitlichen deutschen Arbeiterpartei als dem Bürgen eines nationalen Wiederaufbaus, der Sicherung der Einheit Deutschlands und einer wirklichen Demokratie.

In einer der Bildung dieser einheitlichen deutschen Arbeiterpartei dienenden Entschließung des 60er Ausschusses¹, wird auch zu dem Programm der neu zu schaffenden Partei Stellung genommen. In dieser Entschließung heißt es:

„... *im Maximum* soll das Programm die Verwirklichung des Sozialismus auf dem Wege der Ausübung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse im Sinne der Lehren des konsequenten Marxismus sein, wie sie im ‚Kommunistischen Manifest‘, im Eisenacher Programm der deutschen Sozialdemokratie und in der Kritik von Marx und Engels zum Gothaer Programm festgelegt sind.“

Die „Kritik des Gothaer Programms“ gehört zu dem notwendigsten marxistischen Rüstzeug der Diskussion, die in der deutschen Arbeiterschaft allüberall im Anschluß an die angeführte Entschließung zur Bildung einer einheitlichen deutschen Arbeiterpartei im Gange ist.

*

Die vorliegende Ausgabe der „Kritik des Gothaer Programms“ enthält außer den eigentlichen „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei“ von Marx und dem dazugehörigen Begleitbrief eine ganze Reihe von Briefen von Marx und Engels, die in engem Zusammenhang mit dem Gothaer Programmentwurf und der Bildung

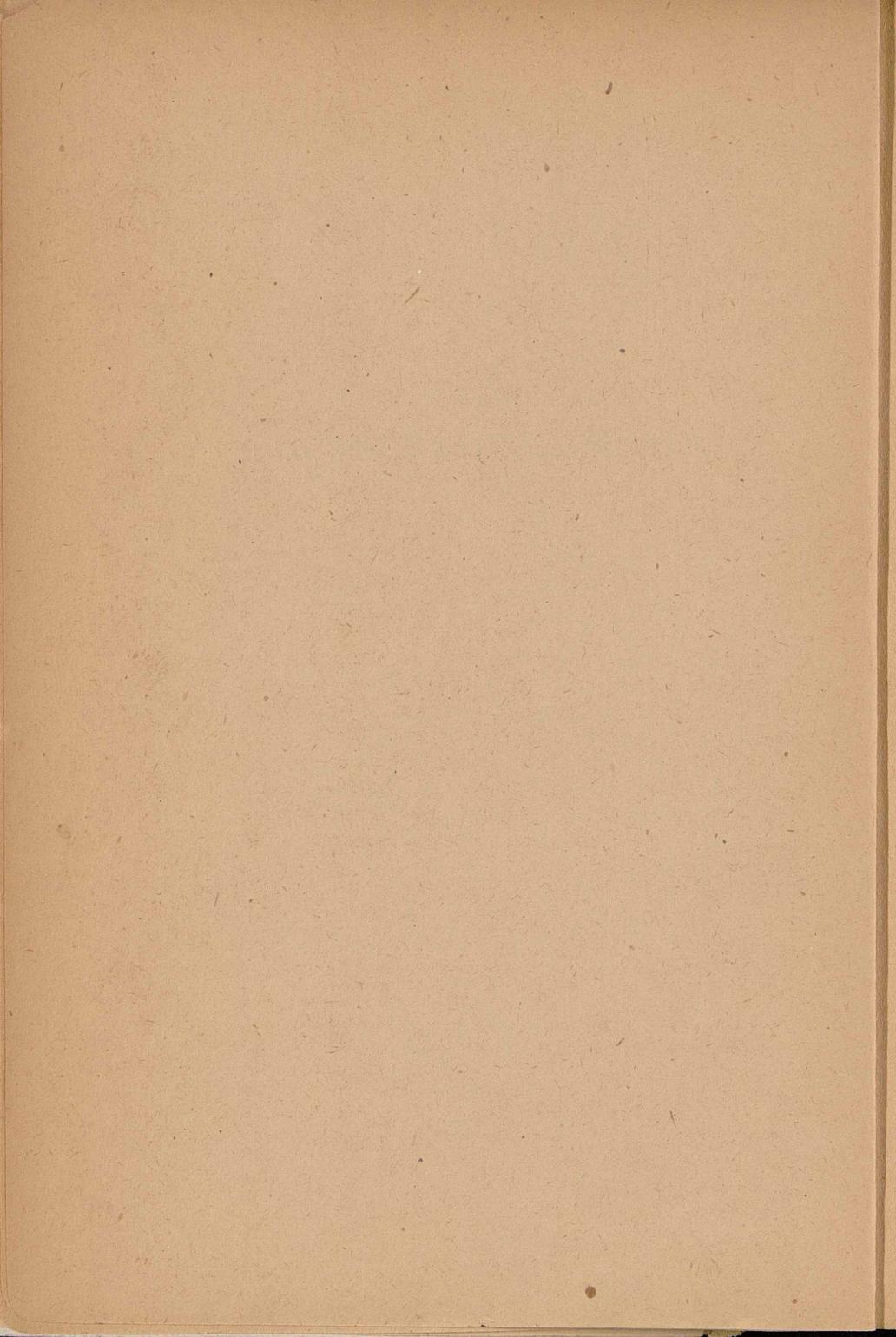
¹ Gemeinsame Konferenz des Zentralaussschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands mit den Vertretern der Bezirke vom 20./21. Dezember 1945.

einer proletarischen Partei stehen, ferner die Stellungnahme zum „Erfurter Programm“ und schließlich Auszüge aus zwei Werken von Lenin, die die besondere Bedeutung der Marxschen „Programmkritiken“ hervorheben und das Wesentliche in diesem Werk herausarbeiten. In einem Anhang sind die wichtigsten Programme aus der Gründungszeit der deutschen Arbeiterbewegung beigegeben.

Der Verlag

Marx

KRITIK DES GOTHAER PROGRAMMS



VORWORT VON ENGELS

Das hier abgedruckte Manuskript — der Begleitbrief an Bracke sowohl wie die Kritik des Programmentwurfs — wurde 1875 kurz vor dem Gothaer Einigungskongreß an Bracke zur Mitteilung an Geib, Auer, Bebel und Liebknecht und spätern Rücksendung an Marx abgesandt. Da der Haller Parteitag die Diskussion des Gothaer Programms auf die Tagesordnung der Partei gesetzt hat, würde ich glauben, eine Unterschlagung zu begehn, wenn ich dies wichtige — vielleicht das wichtigste — in diese Diskussion einschlagende Aktenstück der Öffentlichkeit noch länger vorenthielte.

Das Manuskript hat, aber noch eine andere und weiterreichende Bedeutung. Zum erstenmal wird hier die Stellung von Marx zu der von Lassalle seit dessen Eintritt in die Agitation eingeschlagenen Richtung klar und fest dargelegt, und zwar sowohl was die ökonomischen Prinzipien wie die Taktik Lassalles betrifft.

Die rücksichtslose Schärfe, mit der hier der Programmentwurf zergliedert, die Unerbittlichkeit, womit die gewonnenen Resultate ausgesprochen, die Blößen des Entwurfs aufgedeckt werden, alles das kann heute, nach fünfzehn Jahren, nicht mehr verletzen. Spezifische Lassalleaner existieren nur noch im Ausland als vereinzelte Ruinen, und das Gothaer Programm ist in Halle sogar von seinen Schöpfern als durchaus unzulänglich preisgegeben worden¹.

Trotzdem habe ich einige persönlich scharfe Ausdrücke und Urteile da, wo dies für die Sache gleichgültig war, ausgelassen und

¹ Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Halle, der erste nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes, beschloß am 16. Oktober 1890 auf Vorschlag von Wilhelm Liebknecht, dem Hauptverfasser des Gothaer Programms, für den nächsten Parteitag einen neuen Programmentwurf auszuarbeiten. Das neue Programm der deutschen Sozialdemokratie wurde im Oktober 1891 auf dem Erfurter Parteitag („Erfurter Programm“) angenommen. Die Red.

durch Punkte ersetzt. Marx selbst würde dies tun, wenn er das Manuskript heute veröffentlichte. Die stellenweise heftige Sprache desselben war provoziert durch zwei Umstände. Erstens waren Marx und ich mit der deutschen Bewegung inniger verwachsen als mit irgend-einer andern; der in diesem Programmwurf bekundete entschiedene Rückschritt mußte uns also besonders heftig erregen. Zweitens aber lagen wir damals, kaum zwei Jahre nach dem Haager Kongreß der Internationale¹, im heftigsten Kampf mit Bakunin und seinen Anarchisten, die uns für alles verantwortlich machten, was in Deutschland in der Arbeiterbewegung geschah; wir mußten also erwarten, daß man uns auch die geheime Vaterschaft dieses Programms zuschob. Diese Rücksichten fallen jetzt weg und mit ihnen die Notwendigkeit der fraglichen Stellen.

Auch aus preßgesetzlichen Gründen sind einige Sätze nur durch Punkte angedeutet. Wo ich einen milderen Ausdruck wählen mußte, ist er in eckige Klammern² gesetzt. Sonst ist der Abdruck wörtlich.

Fr. Engels

London, 6. Januar 1891.

Erstmalig veröffentlicht
in der „Neuen Zeit“,
Jahrgang IX, 1890/91,
Bd. I, Nr. 18.

BRIEF AN WILHELM BRACKE

London, 5. Mai 1875.

Lieber Bracke,

Nachstehende kritische Randglossen zu dem Koalitionsprogramm sind Sie wohl so gut, nach Durchlesung, zur Einsicht an Geib und Auer, Bebel und Liebknecht mitzuteilen. Ich bin überbeschäftigt und muß schon weit über das Arbeitsmaß hinausschießen, das mir ärztlich vorgeschrieben ist. Es war mir daher keineswegs ein „Genuß“, solch langen Wisch zu schreiben. Doch war es notwendig, damit später meinerseits zu tuende Schritte von den Parteifreunden, für welche diese Mitteilung bestimmt ist, nicht mißdeutet werden.

¹ Der 5. Kongreß der I. Internationale, der im September 1872 im Haag stattfand, stand im Zeichen des Kampfes gegen die Bakunisten. Die Mehrheit des Kongresses stellte sich auf die Seite des von Marx geführten Generalrats. Bakunin wurde aus der Internationale ausgeschlossen. Die Red.

² In unserem Text sind alle Auslassungen und Änderungen wieder rückgängig gemacht. Die Red.

Nach abgehaltenem Koalitionskongreß werden Engels und ich nämlich eine kurze Erklärung veröffentlichen, des Inhalts, daß wir besagtem Prinzipienprogramm durchaus fernstehn und nichts damit zu tun haben.

Es ist dies unerläßlich, da man im Ausland die von Parteifeinden sorgsamst genährte Ansicht — die durchaus irrige Ansicht — hegt, daß wir die Bewegung der sogenannten Eisenacher Partei insgeheim von hier aus lenken. Noch in einer jüngst erschienenen russischen Schrift¹ macht Bakunin mich z. B. nicht nur für alle Programme etc. jener Partei verantwortlich, sondern sogar für jeden Schritt, den Liebknecht, vom Tage seiner Kooperation mit der Volkspartei an, getan hat.

Abgesehen davon ist es meine Pflicht, ein nach meiner Überzeugung durchaus verwerfliches und die Partei demoralisierendes Programm auch nicht durch diplomatisches Stillschweigen anzuerkennen.

Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme. Konnte man also nicht — und die Zeitumstände ließen das nicht zu — über das Eisenacher Programm hinausgehn, so hätte man einfach eine Ubereinkunft für Aktion gegen den gemeinsamen Feind abschließen sollen. Macht man aber Prinzipienprogramme (statt das bis zur Zeit aufzuschieben, wo dergleichen durch längere gemeinsame Tätigkeit vorbereitet war), so errichtet man vor aller Welt Marksteine, an denen sie die Höhe der Parteibewegung mißt. Die Chefs der Lassalleaner kamen, weil die Verhältnisse sie dazu zwangen. Hätte man ihnen von vornherein erklärt, man lasse sich auf keinen Prinzipienschacher ein, so hätten sie sich mit einem Aktionsprogramm oder Organisationsplan zu gemeinschaftlicher Aktion begnügen müssen. Statt dessen erlaubt man ihnen, sich mit Mandaten bewaffnet einzustellen und erkennt diese Mandate seinerseits als bindend an, ergibt sich also den Hilfsbedürftigen auf Gnade und Ungnade. Um der Sache die Krone aufzusetzen, halten sie wieder einen Kongreß vor dem *Kompromißkongreß*, während die eigene Partei ihren Kongreß *post festum*² hält. Man wollte offenbar alle Kritik eskamotieren und die eigene Partei nicht zum Nachdenken kommen lassen. Man weiß, wie die bloße Tatsache der Vereinigung die Arbeiter befriedigt, aber man irrt sich, wenn man glaubt, dieser augenblickliche Erfolg sei nicht zu teuer erkauft.

¹ Gemeint ist Bakunins Buch „Staat und Anarchie“ (Zürich 1873). Die Red.

² Nach dem Fest, d. h. nachher. Die Red.

Übrigens taugt das Programm nichts, auch abgesehen von der Heiligensprechung der Lassalleschen Glaubensartikel.

Ich werde Ihnen in der nächsten Zeit die Schlußlieferungen der französischen Ausgabe des Kapitals schicken. Der Fortgang des Drucks war auf längere Zeit durch Verbot der französischen Regierung gehemmt. Diese Woche oder anfangs nächster wird die Sache fertig.¹ Haben Sie die früheren 6 Lieferungen erhalten? Schreiben Sie mir gefälligst auch die Adresse von Bernhard Becker, dem ich ebenfalls die Schlußlieferungen schicken muß.

Die Volksstaatsbuchhandlung hat eigne Manieren. So hat man mir bis zu diesem Augenblick z. B. auch nicht ein einziges Exemplar des Abdrucks des Kölner Kommunistenprozesses zukommen lassen.

Mit bestem Gruß

Ihr

Erstmalig veröffentlicht (mit Auslassungen) in der „Neuen Zeit“, Jahrgang IX, 1890/91, Bd. I, Nr. 18.

Karl Marx

RANDGLOSSEN ZUM PROGRAMM DER DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI

I

1. „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, und da nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist, gehört der Ertrag der Arbeit unverkürzt, nach gleichem Rechte, allen Gesellschaftsgliedern.“

Erster Teil des Paragraphen: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur.“

Die Arbeit ist *nicht die Quelle* alles Reichtums. Die *Natur* ist ebensosehr die Quelle der Gebrauchswerte (und aus solchen besteht doch wohl der sachliche Reichtum!) als die Arbeit, die selbst nur die Äußerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft. Jene Phrase findet sich in allen Kinderfibeln und ist insofern richtig, als *unterstellt* wird, daß die Arbeit mit den dazugehörigen Gegenständen und Mitteln vorgeht. Ein sozialistisches Programm darf aber solchen bürgerlichen Redensarten nicht erlauben, die *Bedingungen* zu ver-

¹ Die von Marx selbst redigierte französische Übersetzung des ersten Bandes des „Kapital“ erschien in Lieferungen in den Jahren 1872 bis 1875 in Paris. Die Red.

schweigen, die ihnen allein einen Sinn geben. Und soweit der Mensch sich von vornherein zur Natur, der ersten Quelle aller Arbeitsmittel und -gegenstände, als Eigentümer verhält, sie als ihm gehörig behandelt, wird seine Arbeit Quelle von Gebrauchswerten, also auch von Reichtum. Die Bürger haben sehr gute Gründe, der Arbeit *übernatürliche Schöpfungskraft* anzudichten; denn gerade aus der Naturbedingtheit der Arbeit folgt, daß der Mensch, der kein andres Eigentum besitzt als seine Arbeitskraft, in allen Gesellschafts- und Kulturzuständen der Sklave der andern Menschen sein muß, die sich zu Eigentümern der gegenständlichen Arbeitsbedingungen gemacht haben. Er kann nur mit ihrer Erlaubnis arbeiten, also nur mit ihrer Erlaubnis leben.

Lassen wir jetzt den Satz, wie er geht und steht, oder vielmehr hinkt. Was hätte man als Schlußfolgerung erwartet? Offenbar dies:

„Da die Arbeit die Quelle alles Reichtums ist, kann auch in der Gesellschaft sich niemand Reichtum aneignen außer als Produkt der Arbeit. Wenn er also nicht selber arbeitet, lebt er von fremder Arbeit und eignet sich auch seine Kultur auf Kosten fremder Arbeit an.“

Statt dessen wird durch die Wortschraube: „und da“ ein zweiter Satz angefügt, um aus ihm, nicht aus dem ersten, eine Schlußfolgerung zu ziehn.

Zweiter Teil des Paragraphen: „Nutzbringende Arbeit ist nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich.“

Nach dem ersten Satz war die Arbeit die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, also auch keine Gesellschaft ohne Arbeit möglich. Jetzt erfahren wir umgekehrt, daß keine „nutzbringende“ Arbeit ohne Gesellschaft möglich ist.

Man hätte ebensogut sagen können, daß nur in der Gesellschaft nutzlose und selbst gemeinschädliche Arbeit ein Erwerbszweig werden kann, daß man nur in der Gesellschaft vom Müßiggang leben kann etc. etc. — kurz den ganzen Rousseau abschreiben können.

Und was ist „nutzbringende“ Arbeit? Doch nur die Arbeit, die den bezweckten Nutzeffekt hervorbringt. Ein Wilder — und der Mensch ist ein Wilder, nachdem er aufgehört hat Affe zu sein —, der ein Tier mit einem Stein erlegt, der Früchte sammelt etc., verrichtet „nutzbringende“ Arbeit.

Drittens: Die Schlußfolgerung: „Und da nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist — gehört

der Ertrag der Arbeit unverkürzt, mit gleichem Rechte, allen Gesellschaftsgliedern."

Schöner Schluß! Wenn die nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist, gehört der Arbeitsertrag der Gesellschaft — und kommt dem einzelnen Arbeiter davon nur so viel zu, als nicht nötig ist, um die „Bedingung“ der Arbeit, die Gesellschaft, zu erhalten.

In der Tat ist dieser Satz auch zu allen Zeiten von den Verfechtern *des jedesmaligen Gesellschaftszustandes* geltend gemacht worden. Erst kommen die Ansprüche der Regierung mit allem was daran klebt, denn sie ist das gesellschaftliche Organ zur Erhaltung der gesellschaftlichen Ordnung; dann kommen die Ansprüche der verschiedenen Sorten von Privateigentum, denn die verschiedenen Sorten von Privateigentum sind die Grundlagen der Gesellschaft etc. Man sieht, man kann solche hohle Phrasen drehen und wenden wie man will.

Irgendwelchen verständigen Zusammenhang haben der erste und zweite Teil des Paragraphen nur in dieser Fassung:

„Quelle des Reichtums und der Kultur wird die Arbeit nur als gesellschaftliche Arbeit“ oder, was dasselbe ist, „in und durch die Gesellschaft“.

Dieser Satz ist unstreitig richtig, denn wenn die vereinzelte Arbeit (ihre sachlichen Bedingungen vorausgesetzt) auch Gebrauchswerte schaffen kann, kann sie weder Reichtümer noch Kultur schaffen.

Aber ebenso unstreitig ist der andere Satz:

„Im Maße wie die Arbeit sich gesellschaftlich entwickelt und dadurch Quelle von Reichtum und Kultur wird, entwickeln sich Armut und Verwahrlosung auf seiten des Arbeiters, Reichtum und Kultur auf seiten des Nichtarbeiters.“

Dies ist das Gesetz der ganzen bisherigen Geschichte. Es war also, statt allgemeine Redensarten über „die Arbeit“ und „die Gesellschaft“ zu machen, hier bestimmt nachzuweisen, wie in der jetzigen kapitalistischen Gesellschaft endlich die materiellen etc. Bedingungen geschaffen sind, welche die Arbeiter befähigen und zwingen, jenen gesellschaftlichen Fluch zu brechen.

In der Tat aber ist der ganze, stilistisch und inhaltlich verfehlete Paragraph nur da, um das Lassallesche Stichwort vom „unverkürzten Arbeitsertrag“ als Losungswort auf die Spitze der Parteifahne zu schreiben. Ich komme später zurück auf den „Arbeitsertrag“, das

„gleiche Recht“ etc., da dieselbe Sache in etwas anderer Form wiederkehrt.

2. „In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.“

Der dem internationalen Statut entlehnte Satz ist in dieser „verbesserten“ Ausgabe falsch.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Grundeigentümer (das Monopol des Grundeigentums ist sogar Basis des Kapitalmonopols) und der Kapitalisten. Das internationale Statut nennt im betreffenden Passus weder die eine noch die andere Klasse der Monopolisten. Es spricht vom „*Monopol der Arbeitsmittel, d. h. der Lebensquellen*“. Der Zusatz: „*Lebensquellen*“ zeigt hinreichend, daß der Grund und Boden in den Arbeitsmitteln einbegriffen ist.

Die Verbesserung wurde angebracht, weil Lassalle, aus jetzt allgemein bekannten Gründen, *nur* die Kapitalistenklasse angriff, nicht die Grundeigentümer. In England ist der Kapitalist meistens nicht einmal der Eigentümer des Grund und Bodens, auf dem seine Fabrik steht.

3. „Die Befreiung der Arbeit erfordert die Erhebung der Arbeitsmittel zu Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.“

„Erhebung der Arbeitsmittel zum Gemeingut“ soll wohl heißen ihre „Verwandlung in Gemeingut“, doch dies nur nebenbei.

Was ist „Arbeitsertrag“? Das Produkt der Arbeit oder sein Wert? Und im letzteren Fall der Gesamtwert des Produkts oder nur der Wertteil, den die Arbeit dem Wert der aufgezehrten Produktionsmittel neu zugesetzt hat?

„Arbeitsertrag“ ist eine lose Vorstellung, die Lassalle an die Stelle bestimmter ökonomischer Begriffe gesetzt hat.

Was ist „gerechte Verteilung“?

Behaupten die Bourgeois nicht, daß die heutige Verteilung „gerecht“ ist? Und ist sie in der Tat nicht die einzige „gerechte“ Verteilung auf Grundlage der heutigen Produktionsweise? Werden die ökonomischen Verhältnisse durch Rechtsbegriffe geregelt oder entspringen nicht umgekehrt die Rechtsverhältnisse aus den ökonomi-

schen? Haben nicht auch die sozialistischen Sektierer die verschiedensten Vorstellungen über „gerechte“ Verteilung?

Um zu wissen, was man sich bei dieser Gelegenheit unter der Phrase „gerechte Verteilung“ vorzustellen hat, müssen wir den ersten Paragraphen mit diesem zusammenhalten. Letzterer unterstellt eine Gesellschaft, worin „die Arbeitsmittel Gemeingut sind und die Gesamtarbeit genossenschaftlich geregelt ist“, und aus dem ersten Paragraphen ersehen wir, daß „der Ertrag der Arbeit unverkürzt, nach gleichem Rechte, allen Gesellschaftsgliedern gehört“.

„Allen Gesellschaftsgliedern“? Auch den Nichtarbeitenden? Wo bleibt da der „unverkürzte Arbeitsertrag“? Nur den arbeitenden Gesellschaftsgliedern? Wo bleibt da „das gleiche Recht“ aller Gesellschaftsglieder?

Doch „alle Gesellschaftsglieder“ und „das gleiche Recht“ sind offenbar nur Redensarten. Der Kern besteht darin, daß in dieser kommunistischen Gesellschaft jeder Arbeiter einen „unverkürzten“ Lassalleschen „Arbeitsertrag“ erhalten muß.

Nehmen wir zunächst das Wort „Arbeitsertrag“ im Sinne des Produkts der Arbeit, so ist der genossenschaftliche Arbeitsertrag das *gesellschaftliche Gesamtprodukt*.

Davon ist nun abzuziehen:

Erstens: Deckung zum Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel.

Zweitens: Zusätzlicher Teil für Ausdehnung der Produktion.

Drittens: Reserve- oder Assekuranzfonds gegen Mißfälle, Störungen durch Naturereignisse etc.

Diese Abzüge vom „unverkürzten Arbeitsertrag“ sind eine ökonomische Notwendigkeit, und ihre Größe ist zu bestimmen nach vorhandenen Mitteln und Kräften, zum Teil durch Wahrscheinlichkeitsrechnung, aber sie sind in keiner Weise aus der Gerechtigkeit kalkulierbar.

Bleibt der andere Teil des Gesamtprodukts, bestimmt, als Konsumtionsmittel zu dienen.

Bevor es zur individuellen Teilung kommt, geht hiervon wieder ab:

Erstens: Die *allgemeinen, nicht zur Produktion gehörigen Verwaltungskosten*.

Dieser Teil wird von vornherein aufs bedeutendste beschränkt im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und vermindert sich im selben Maße, als die neue Gesellschaft sich entwickelt.

Zweitens: Was zur gemeinschaftlichen Befriedigung von Bedürfnissen bestimmt ist, wie Schulen, Gesundheitsvorrichtungen usw.

Dieser Teil wächst von vornherein bedeutend im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und nimmt im selben Maße zu, wie die neue Gesellschaft sich entwickelt.

Drittens: Fonds für Arbeitsunfähige etc., kurz, für, was heute zu der sogenannten offiziellen Armenpflege gehört.

Erst jetzt kommen wir zu der „Verteilung“, die das Programm, unter Lassalleschem Einfluß, bornierterweise allein ins Auge faßt, nämlich an den Teil der Konsumtionsmittel, der unter die individuellen Produzenten der Genossenschaft verteilt wird.

Der „unverkürzte Arbeitsertrag“ hat sich unterderhand bereits in den „verkürzten“ verwandelt, obgleich, was dem Produzenten in seiner Eigenschaft als Privatindividuum entgeht, ihm direkt oder indirekt in seiner Eigenschaft als Gesellschaftsglied zugut kommt.

Wie die Phrase des „unverkürzten Arbeitsertrages“ verschwunden ist, verschwindet jetzt die Phrase des „Arbeitsertrages“ überhaupt.

Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebensowenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit *als Wert* dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren. Das Wort „Arbeitsertrag“, auch heutzutage wegen seiner Zweideutigkeit verwerflich, verliert so allen Sinn.

Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage *entwickelt* hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*; die also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt. Demgemäß erhält der einzelne Produzent — nach den Abzügen — exakt zurück, was er ihr gibt. Was er ihr gegeben hat, ist sein individuelles Arbeitsquantum. Z. B. der gesellschaftliche Arbeitstag besteht aus der Summe der individuellen Arbeitsstunden; die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten ist der von ihm gelieferte Teil des gesellschaftlichen Arbeitstags, sein Anteil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß er soundso viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für

die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln so viel heraus, als gleich viel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der anderen zurück.

Es herrscht hier offenbar dasselbe Prinzip, das den Warenaustausch regelt, soweit er Austausch Gleichwertiger ist. Inhalt und Form sind verändert, weil unter den veränderten Umständen niemand etwas geben kann, außer seiner Arbeit, und weil andererseits nichts in das Eigentum der einzelnen übergehen kann, außer individuellen Konsumtionsmitteln. Was aber die Verteilung der letzteren unter die einzelnen Produzenten betrifft, herrscht dasselbe Prinzip wie beim Austausch von Warenäquivalenten, es wird gleich viel Arbeit in einer Form gegen gleich viel Arbeit in einer andern umgetauscht.

Das *gleiche Recht* ist hier daher immer noch dem Prinzip nach — das *bürgerliche Recht*, obgleich Prinzip und Praxis sich nicht mehr in den Haaren liegen, während der Austausch von Äquivalenten beim Warenaustausch nur *im Durchschnitt*, nicht für den einzelnen Fall existiert.

Trotz dieses Fortschrittes ist dieses *gleiche Recht* stets noch mit einer bürgerlichen Schranke behaftet. Das Recht der Produzenten ist ihren Arbeitslieferungen *proportional*; die Gleichheit besteht darin, daß an *gleichem Maßstab*, der Arbeit, gemessen wird.

Der eine ist aber physisch oder geistig dem andern überlegen, liefert also in derselben Zeit mehr Arbeit oder kann während mehr Zeit arbeiten; und die Arbeit, um als Maß zu dienen, muß der Ausdehnung oder der Intensität nach bestimmt werden, sonst hörte sie auf, Maßstab zu sein. Dies *gleiche Recht* ist ungleiches Recht für ungleiche Arbeit. Es erkennt keine Klassenunterschiede an, weil jeder nur Arbeiter ist wie der andre; aber es erkennt stillschweigend die ungleiche individuelle Begabung und daher Leistungsfähigkeit als natürliche Privilegien an. *Es ist daher ein Recht der Ungleichheit, seinem Inhalt nach, wie alles Recht.* Das Recht kann seiner Natur nach nur in Anwendung von gleichem Maßstab bestehen; aber die ungleichen Individuen (und sie wären nicht verschiedene Individuen, wenn sie nicht ungleiche wären) sind nur an gleichem Maßstab meßbar, soweit man sie unter einen gleichen Gesichtspunkt bringt, sie nur von einer *bestimmten* Seite faßt, z. B. im gegebenen Fall sie *nur als Arbeiter* betrachtet; und weiter nichts in ihnen sieht, von allem

andern absieht. Ferner: Ein Arbeiter ist verheiratet, der andre nicht; einer hat mehr Kinder als der andre etc. etc. Bei gleicher Arbeitsleistung und daher gleichem Anteil an dem gesellschaftlichen Konsumtionsfonds erhält also der eine faktisch mehr als der andre, ist der eine reicher als der andre etc. Um alle diese Mißstände zu vermeiden, müßte das Recht statt gleich, vielmehr ungleich sein.

Aber diese Mißstände sind unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist. Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft.

In einer höhern Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind, und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen — erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!

Ich bin weitläufiger auf den „unverkürzten Arbeitsertrag“ einerseits, „das gleiche Recht“, „die gerechte Verteilung“ andererseits eingegangen, um zu zeigen, wie sehr man frevelt, wenn man einerseits Vorstellungen, die zu einer gewissen Zeit einen Sinn hatten, jetzt aber zu veraltetem Phrasenkram geworden, unsrer Partei wieder als Dogmen aufdrängen will, andererseits aber die realistische Auffassung, die der Partei so mühevoll beigebracht worden, die aber jetzt Wurzeln in ihr geschlagen, wieder durch ideologische Rechts- und andre, den Demokraten und französischen Sozialisten so geläufige Flausen verdreht.

Abgesehen von dem bisher Entwickelten war es überhaupt fehlerhaft, von der sogenannten *Verteilung* Wesens zu machen und den Hauptakzent auf sie zu legen.

Die jedesmalige Verteilung der Konsumtionsmittel ist nur Folge der Verteilung der Produktionsbedingungen selbst. Letztere Verteilung aber ist ein Charakter der Produktionsweise selbst. Die kapitalistische Produktionsweise z. B. beruht darauf, daß die sachlichen

Produktionsbedingungen Nichtarbeitern zugeteilt sind unter der Form von Kapitaleigentum und Grundeigentum, während die Masse nur Eigentümer der persönlichen Produktionsbedingung, der Arbeitskraft ist. Sind die Elemente der Produktion derart verteilt, so ergibt sich von selbst die heutige Verteilung der Konsumtionsmittel. Sind die sachlichen Produktionsbedingungen genossenschaftliches Eigentum der Arbeiter selbst, so ergibt sich ebenso eine von der heutigen verschiedene Verteilung der Konsumtionsmittel. Der Vulgärsozialismus (und von ihm wieder ein Teil der Demokratie) hat es von den bürgerlichen Ökonomen überkommen, die Distribution als von der Produktionsweise unabhängig zu betrachten und zu behandeln, daher den Sozialismus als hauptsächlich um die Distribution sich drehend darzustellen. Nachdem das wirkliche Verhältnis längst klargelegt, warum wieder rückwärtsgehn?

4. „Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen *nur eine reaktionäre Masse* sind.“

Die erste Strophe ist aus den Eingangsworten der internationalen Statuten, aber „verbessert“. Dort heißt es: „Die Befreiung der Arbeiterklasse muß die Tat der Arbeiter selbst sein“; hier hat dagegen „die Arbeiterklasse“ zu befreien — was? „die Arbeit“. Begreife wer kann.

Zum Schadenersatz ist dagegen die Gegenstrophe Lassallesches Zitat vom reinsten Wasser: „der (der Arbeiterklasse) gegenüber alle anderen Klassen *nur eine reaktionäre Masse* bilden“.

Im Kommunistischen Manifest heißt es: „Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine *wirklich revolutionäre Klasse*. Die übrigen Klassen verkommen und gehen unter mit der großen Industrie, das Proletariat ist ihr eigenstes Produkt.“¹

Die Bourgeoisie ist hier als revolutionäre Klasse aufgefaßt — als Trägerin der großen Industrie — gegenüber Feudalen und Mittelständen, welche alle gesellschaftlichen Positionen behaupten wollen, die das Gebilde veralteter Produktionsweisen. Sie bilden also nicht *zusammen* mit der *Bourgeoisie* nur eine reaktionäre Masse.

Andrerseits ist das Proletariat der Bourgeoisie gegenüber revolutionär, weil es, selbst erwachsen auf dem Boden der großen Industrie,

¹ Siehe K. Marx / F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, Berlin 1945, S. 14. Die Red.

der Produktion den kapitalistischen Charakter abzustreifen strebt, den die Bourgeoisie zu verewigen sucht. Aber das Manifest setzt hinzu: daß die „Mittelstände ... revolutionär werden im Hinblick auf ihren bevorstehenden Übergang ins Proletariat“.

Von diesem Gesichtspunkt ist es also wieder Unsinn, daß sie, zusammen mit der Bourgeoisie und obendrein den Feudalen, gegenüber der Arbeiterklasse „nur eine reaktionäre Masse bilden“.

Hat man bei den letzten Wahlen¹ Handwerkern, kleinen Industriellen etc. und *Bauern* zugerufen: uns gegenüber bildet ihr mit Bourgeois und Feudalen nur eine reaktionäre Masse?

Lassalle wußte das Kommunistische Manifest auswendig, wie seine Gläubigen die von ihm verfaßten Heilsschriften. Wenn er es also so grob verfälschte, geschah es nur, um seine Allianz mit den absolutistischen und feudalen Gegnern wider die Bourgeoisie zu beschönigen.

Im obigen Paragraph wird nun zudem sein Weisheitspruch an den Haaren herbeigezogen, ohne allen Zusammenhang mit dem verballhornten Zitat aus dem Statut der Internationalen. Es ist also hier einfach eine Impertinenz, und zwar keineswegs Herrn Bismarck mißfällige, eine jener wohlfeilen Flegeleien, worin der Berliner Marat² macht.

5. „Die Arbeiterklasse wirkt für ihre Befreiung zunächst im Rahmen des heutigen nationalen Staats, sich bewußt, daß das notwendige Ergebnis ihres Strebens, welches den Arbeitern aller Kulturländer gemeinsam ist, die internationale Völkerbrüderung sein wird.“

Lassalle hatte im Gegensatz zum Kommunistischen Manifest und zu allem früheren Sozialismus die Arbeiterbewegung vom engsten nationalen Standpunkt gefaßt. Man folgt ihm darin, und dies nach dem Wirken der Internationale!

Es versteht sich ganz von selbst, daß, um überhaupt kämpfen zu können, die Arbeiterklasse sich bei sich zu Haus organisieren muß *als Klasse*, und daß das Inland der unmittelbare Schauplatz ihres Kampfs. Insofern ist ihr Klassenkampf, nicht dem Inhalt, sondern, wie das Kommunistische Manifest sagt, „der Form nach“ national.

¹ Gemeint sind die Reichstagswahlen, die im Januar 1874 stattfanden. Die Red.

² Berliner Marat ist hier offenbar eine ironische Bezeichnung von Marx für Hasselmann, den Chefredakteur des „Neuen Sozialdemokrat“, Zentralorgan der Lassalleaner. Die Red.

Aber der „Rahmen des heutigen nationalen Staats“, z. B. des Deutschen Reichs, steht selbst wieder ökonomisch „im Rahmen“ des Weltmarkts, politisch „im Rahmen“ des Staatensystems. Der erste beste Kaufmann weiß, daß der deutsche Handel zugleich ausländischer Handel ist, und die Größe des Herrn Bismarck besteht ja eben in seiner Art *internationaler* Politik.

Und worauf reduziert die deutsche Arbeiterpartei ihren Internationalismus? Auf das Bewußtsein, daß das Ergebnis ihres Strebens „die internationale Völkerverbrüderung sein wird“ — eine dem bürgerlichen Freiheits- und Friedensbund¹ entlehnte Phrase, die als Äquivalent passieren soll für die internationale Verbrüderung der Arbeiterklassen im gemeinschaftlichen Kampf gegen die herrschenden Klassen und ihre Regierungen. Von *internationalen Funktionen* der deutschen Arbeiterklasse also kein Wort! Und so soll sie ihrer eignen, mit den Bourgeois aller andren Länder bereits gegen sie verbrüderten Bourgeoisie und Herrn Bismarcks internationaler Verschwörungspolitik das Paroli bieten²!

In der Tat steht das internationale Bekenntnis des Programms *noch unendlich tief* unter dem der Freihandelspartei. Auch sie behauptet, das Ergebnis ihres Strebens sei „die internationale Völkerverbrüderung“. Sie *tut* aber auch etwas, um den Handel international zu machen, und begnügt sich keineswegs bei dem Bewußtsein — daß alle Völker bei sich zu Haus Handel treiben.

Die internationale Tätigkeit der Arbeiterklassen hängt in keiner Art von der Existenz der „*Internationalen Arbeiterassoziation*“ ab. Diese war nur der erste Versuch, jener Tätigkeit ein Zentralorgan zu schaffen; ein Versuch, der durch den Anstoß, welchen er gab, von

¹ Die „Liga für Frieden und Freiheit“, gegründet 1867 in Genf, war eine bis in die 70er Jahre bestehende internationale Organisation der bürgerlichen Demokraten und Pazifisten, der Anhänger des Freihandels. Ihre Losungen waren: „Allgemeine Verbrüderung der Völker“, „Vereinigte Staaten von Europa“. Marx und die I. Internationale führten gegen die Liga einen entschiedenen Kampf. Die Red.

² Nach dem Fall der Pariser Kommune, in den Jahren 1871 bis 1872, suchte Bismarck einen formellen Vertrag mit Österreich und Rußland zu schließen, dessen Zweck die gemeinsame Verfolgung der revolutionären Bewegung, besonders der I. Internationale, sein sollte. Im Oktober 1873 wurde auf Bismarcks Initiative der sogenannte „Dreikaiserbund“ geschlossen, ein Abkommen zwischen den Regierungen Deutschlands, Rußlands und Österreich-Ungarns über ein gemeinsames Vorgehen im Falle eintretender „europäischer Erschütterungen“. Die Red.

bleibendem Erfolg, aber, in seiner *ersten historischen Form*, nach dem Fall der Pariser Kommune nicht länger durchführbar war.

Bismarcks „Norddeutsche“ war vollständig im Recht, wenn sie zur Zufriedenheit ihres Meisters verkündete, die deutsche Arbeiterpartei habe in dem neuen Programm dem Internationalismus abgeschworen¹.

II

„Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die deutsche Arbeiterpartei mit allen gesetzlichen Mitteln den *freien Staat* — und — die sozialistische Gesellschaft: die Aufhebung des Lohnsystems *mit dem ehernen Lohngesetz* — und — der Ausbeutung in jeder Gestalt; die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.“

Auf den „freien“ Staat komme ich später zurück.

Also in Zukunft hat die deutsche Arbeiterpartei an Lassalles „ehernes Lohngesetz“ zu glauben! Damit es nicht verlorengelht, begeht man den Unsinn, von „Aufhebung des Lohnsystems“ (sollte heißen: System der Lohnarbeit) „mit dem ehernen Lohngesetz“ zu sprechen. Hebe ich die Lohnarbeit auf, so hebe ich natürlich auch ihre Gesetze auf, seien sie „ehern“ oder schwammig. Aber Lassalles Bekämpfung der Lohnarbeit dreht sich fast nur um dies sogenannte Gesetz. Um daher zu beweisen, daß die Lassallesche Sekte gesiegt hat, muß das „Lohnsystem *mit dem ehernen Lohngesetz*“ aufgehoben werden, und nicht ohne dasselbe.

Von dem „ehernen Lohngesetz“ gehört Lassalle bekanntlich nichts als das den Goetheschen „ewigen, ehernen großen Gesetzen“ entlehnte Wort „ehern“. Das Wort *ehern* ist eine Signatur, woran sich die Rechtgläubigen erkennen. Nehme ich aber das Gesetz mit Lassalles Stempel und daher in seinem Sinn, so muß ich es auch mit seiner Begründung nehmen. Und was ist sie! Wie Lange schon kurz nach Lassalles Tod zeigte: die (von Lange selbst gepredigte) Malthussche Bevölkerungstheorie. Ist diese aber richtig, so kann ich wieder das Gesetz *nicht* aufheben, und wenn ich hundertmal die

¹ In Nr. 67 der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, dem Organ Bismarcks, vom 20. März 1875 war ein Leitartikel über den Programmentwurf der Sozialdemokratischen Partei erschienen, der sich besonders mit Punkt 5 des Programms beschäftigte, von dem Marx hier spricht. In dem Artikel wurde über diesen Punkt gesagt, daß die „sozialdemokratische Agitation in mancher Hinsicht behutsamer geworden ist“ und daß sie sich „von der Internationale losagt“. Die Red.

Lohnarbeit aufhebe, weil das Gesetz dann nicht nur das System der Lohnarbeit, sondern *jedes* gesellschaftliche System beherrscht. Gerade hierauf fußend, haben seit fünfzig Jahren und länger die Ökonomen bewiesen, daß der Sozialismus das *naturbegründete* Elend nicht aufheben, sondern nur *verallgemeinern*, gleichzeitig über die ganze Oberfläche der Gesellschaft verteilen könne!

Aber all das ist nicht die Hauptsache. *Ganz abgesehen* von der *falschen* Lassalleschen Fassung des Gesetzes, besteht der wahrhaft empörende Rückschritt darin:

Seit Lassalles Tod hat sich die wissenschaftliche Einsicht in *unserer* Partei Bahn gebrochen, daß der Arbeitslohn nicht das ist, was er zu sein *scheint*, nämlich der *Wert*, respektive *Preis der Arbeit*, sondern nur eine maskierte Form für den *Wert*, respektive *Preis der Arbeitskraft*. Damit war die ganze bisherige bürgerliche Auffassung des Arbeitslohns, sowie die ganze bisher gegen selbe gerichtete Kritik ein für allemal über den Haufen geworfen und klargestellt, daß der Lohnarbeiter nur die Erlaubnis hat, für sein eigenes Leben zu arbeiten, d. h. *zu leben*, soweit er gewisse Zeit umsonst für den Kapitalisten (daher auch für dessen Mitzehrer am Mehrwert) arbeitet; daß das ganze kapitalistische Produktionssystem sich darum dreht, diese Gratisarbeit zu verlängern durch Ausdehnung des Arbeitstags oder durch Entwicklung der Produktivität, respektive größere Spannung der Arbeitskraft etc.; daß also das System der Lohnarbeit ein System der Sklaverei, und zwar einer Sklaverei ist, die im selben Maße härter wird, wie sich die gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit entwickeln, ob nun der Arbeiter bessere oder schlechtere Zahlung empfangt. Und nachdem diese Einsicht unter unserer Partei sich mehr und mehr Bahn gebrochen, kehrt man zu Lassalles Dogmen zurück, obgleich man nun wissen mußte, daß Lassalle *nicht wußte*, was der Arbeitslohn war, sondern, im Gefolg der bürgerlichen Ökonomen, den Schein für das Wesen der Sache nahm.

Es ist, als ob unter Sklaven, die endlich hinter das Geheimnis der Sklaverei gekommen und in Rebellion ausgebrochen, ein in veralteten Vorstellungen befangener Sklave auf das Programm der Rebellion schriebe: die Sklaverei muß abgeschafft werden, weil die Beköstigung der Sklaven im System der Sklaverei ein gewisses niedriges Maximum nicht überschreiten kann!

Die bloße Tatsache, daß die Vertreter unserer Partei fähig waren, ein so ungeheuerliches Attentat auf die in der Parteimasse verbreitete

Einsicht zu begehen, beweist sie nicht allein, mit welchem frevelhaften Leichtsinne, mit welcher Gewissenlosigkeit sie bei Abfassung des Kompromißprogramms zu Werke gingen!

Anstatt der unbestimmten Schlußphrase des Paragraphen „die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit“ war zu sagen: daß mit der Abschaffung der Klassenunterschiede von selbst alle aus ihnen entspringende soziale und politische Ungleichheit verschwindet.

III

„Die deutsche Arbeiterpartei verlangt, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.“

Nach dem Lassalleschen „ehernen Lohngesetz“ das Heilmittel des Propheten. Es wird in würdiger Weise „angebahrt“. An die Stelle des existierenden Klassenkampfes tritt eine Zeitungsschreiberphrase: „die soziale Frage“, deren „Lösung“ man „anbahnt“. Statt aus dem revolutionären Umwandlungsprozesse der Gesellschaft, „entsteht“ die „sozialistische Organisation der Gesamtarbeit“ aus „der Staatshilfe“, die der Staat Produktivgenossenschaften gibt, die er, nicht der Arbeiter, „ins Leben ruft“. Es ist dies würdig der Einbildung Lassalles, daß man mit Staatsanleihen ebensogut eine neue Gesellschaft bauen kann wie eine neue Eisenbahn!

Aus einem Rest von Scham stellt man „die Staatshilfe“ — unter die demokratische Kontrolle des „arbeitenden Volkes“.

Erstens besteht „das arbeitende Volk“ in Deutschland zur Majorität aus Bauern und nicht aus Proletariern.

Zweitens heißt „demokratisch“ zu deutsch „volksherrschaftlich“. Was heißt aber „die volksherrschaftliche Kontrolle des arbeitenden Volkes“? Und nun gar bei einem Arbeitervolk, das durch diese Forderungen, die es an den Staat stellt, sein volles Bewußtsein ausspricht, daß es weder an der Herrschaft ist, noch zur Herrschaft reif ist!

Auf die Kritik des von Buchez unter Louis Philippe im Gegensatz gegen die französischen Sozialisten verschriebenen und von den reaktionären Arbeitern des „Atelier“¹ angenommenen Rezepts ist es überflüssig, hier einzugehen. Es liegt auch der Hauptanstoß nicht darin, daß man diese spezifische Wunderkur ins Programm geschrieben, sondern daß man überhaupt vom Standpunkt der Klassenbewegung zu dem der Sektenbewegung zurückgeht.

Daß die Arbeiter die Bedingungen der genossenschaftlichen Produktion auf sozialem, und zunächst bei sich auf nationalem Maßstab herstellen wollen, heißt nur, daß sie an der Umwälzung der jetzigen Produktionsbedingungen arbeiten, und hat nichts gemein mit der Stiftung von Kooperativgesellschaften mit Staatshilfe. Was aber die jetzigen Kooperativgesellschaften betrifft, so haben sie *nur* Wert, soweit sie unabhängige, weder von den Regierungen noch von den Bourgeois protegierte Arbeiterschöpfungen sind.

IV

Ich komme jetzt zum demokratischen Abschnitt.

A. „Freiheitliche Grundlage des Staats.“

Zunächst nach II erstrebt die deutsche Arbeiterpartei „den freien Staat“.

Freier Staat — was ist das?

Es ist keineswegs Zweck der Arbeiter, die den beschränkten Untertanenverstand losgeworden, den Staat frei zu machen. Im Deutschen Reich ist der „Staat“ fast so „frei“ als in Rußland. Die Freiheit besteht darin, den Staat aus einem der Gesellschaft übergeordneten in ein ihr durchaus untergeordnetes Organ zu verwandeln, und auch heutig sind die Staatsformen freier oder unfreier im Maß, worin sie die „Freiheit des Staats“ beschränken.

Die deutsche Arbeiterpartei — wenigstens, wenn sie das Programm zu dem ihrigen macht — zeigt, wie ihr die sozialistischen Ideen nicht einmal hauttief sitzen; indem sie, statt die bestehende Gesellschaft (und es gilt das von jeder künftigen) als *Grundlage* des bestehenden

¹ Das „Atelier“ war die erste von Arbeitern selbst redigierte und herausgegebene, Zeitschrift (Monatsschrift) in Frankreich (Paris 1840—1843). Die Gruppe um das „Atelier“ stand unter dem Einfluß des reaktionären katholischen Sozialismus von Buchez. Politisch unterstützte sie die bürgerlichen Liberalen.
Die Red.

Staats (oder künftigen für künftige Gesellschaft) zu behandeln, den Staat vielmehr als ein selbständiges Wesen behandelt, das seine eigenen *geistigen, sittlichen, freiheitlichen Grundlagen* besitzt.

Und nun gar der wüste Mißbrauch, den das Programm mit den Worten „*heutiger Staat*“, „*heutige Gesellschaft*“ treibt, und den noch wüsteren Mißverstand, den es über den Staat anrichtet, an den es seine Forderungen richtet!

Die „*heutige Gesellschaft*“ ist die kapitalistische Gesellschaft, die in allen Kulturländern existiert, mehr oder weniger frei von mittelalterlichem Beisatz, mehr oder weniger durch die besondere geschichtliche Entwicklung jedes Landes modifiziert, mehr oder weniger entwickelt. Dagegen der „*heutige Staat*“ wechselt mit der Landesgrenze. Er ist ein anderer im preußisch-deutschen Reich als in der Schweiz, ein anderer in England als in den Vereinigten Staaten. „*Der heutige Staat*“ ist also eine Fiktion.

Jedoch haben die verschiedenen Staaten der verschiedenen Kulturländer trotz ihrer bunten Formverschiedenheit alle das gemein, daß sie auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft stehn, nur einer mehr oder minder kapitalistisch entwickelten. Sie haben daher auch gewisse wesentliche Charaktere gemein. In diesem Sinne kann man von „*heutigem Staatswesen*“ sprechen, im Gegensatz zur Zukunft, worin seine jetzige Wurzel, die bürgerliche Gesellschaft, abgestorben ist.

Es fragt sich dann: welche Umwandlung wird das Staatswesen in einer kommunistischen Gesellschaft erleiden? In andern Worten, welche gesellschaftlichen Funktionen bleiben dort übrig, die jetzigen Staatsfunktionen analog sind? Diese Frage ist nur wissenschaftlich zu beantworten, und man kommt dem Problem durch tausendfache Zusammensetzung des Wortes Volk mit dem Wort Staat auch nicht um einen Flohsprung näher.

Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als *die revolutionäre Diktatur des Proletariats*.

Das Programm nun hat es weder mit letzterer zu tun, noch mit dem zukünftigen Staatswesen der kommunistischen Gesellschaft.

Seine politischen Forderungen enthalten nichts außer der alten weltbekannten demokratischen Litanei: allgemeines Wahlrecht, di-

rekte Gesetzgebung, Volksrecht, Volkswehr etc. Sie sind bloßes Echo der bürgerlichen Volkspartei¹, des Friedens- und Freiheitsbundes. Es sind lauter Forderungen, die, soweit nicht in phantastischer Vorstellung übertrieben, bereits *realisiert* sind. Nur liegt der Staat, dem sie angehören, nicht innerhalb der deutschen Reichsgrenze, sondern in der Schweiz, den Vereinigten Staaten etc. Diese Sorte „Zukunftsstaat“ ist heutiger Staat, obgleich außerhalb „des Rahmens“ des Deutschen Reichs existierender.

Aber man hat eins vergessen. Da die deutsche Arbeiterpartei ausdrücklich erklärt, sich innerhalb „des heutigen nationalen Staats“, also *ihres* Staats, des preußisch-deutschen Reichs, zu bewegen — ihre Forderungen wären ja sonst auch größtenteils sinnlos, da man nur fordert, was man nicht hat — so durfte sie die Hauptsache nicht vergessen, nämlich, daß alle jene schönen Sächelchen auf der Anerkennung der sogenannten Volkssouveränität beruhen, daß sie daher nur in einer *demokratischen Republik* am Platze sind.

Da man nicht den Mut hat — und weislich, denn die Verhältnisse gebieten Vorsicht —, die demokratische Republik zu verlangen, wie es die französischen Arbeiterprogramme unter Louis Philippe und unter Louis Napoleon taten — so hätte man auch nicht zu der weder „ehrlichen“ noch würdigen Finte flüchten sollen, Dinge, die nur in einer demokratischen Republik Sinn haben, von einem Staat zu verlangen, der nichts anderes, als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter, schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus ist, und diesem Staat obendrein noch zu beteuern, daß man ihm dergleichen „mit gesetzlichen Mitteln“ aufdringen zu können wähnt!

Selbst die vulgäre Demokratie, die in der demokratischen Republik das tausendjährige Reich sieht und keine Ahnung davon hat, daß gerade in dieser letzten Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft der Klassenkampf definitiv auszufechten ist — selbst sie steht noch berg-

¹ Die Deutsche Volkspartei oder Demokratische Partei, eine Partei der oppositionellen, teilweise revolutionär gestimmten Kleinbourgeoisie der deutschen Klein- und Mittelstaaten, hauptsächlich Süddeutschlands, wurde im September 1865 in Darmstadt gegründet und auf ihrem Stuttgarter Parteitag im September 1868 reorganisiert. Gegenüber der Bismarckschen Politik, die auf eine Einigung Deutschlands unter der Hegemonie des monarchistischen junkerlichen Preußens abzielte, forderte sie die Schaffung einer demokratischen deutschen Republik. Die Red.

hoch über solcher Art Demokratentum innerhalb der Grenzen des polizeilich Erlaubten und logisch Unerlaubten.

Daß man in der Tat unter „Staat“ die Regierungsmaschine versteht oder den Staat, soweit er einen durch Teilung der Arbeit von der Gesellschaft gesonderten, eignen Organismus bildet, zeigen schon die Worte: „die deutsche Arbeiterpartei verlangt *als wirtschaftliche Grundlage des Staats*: eine einzige progressive Einkommensteuer etc.“. Die Steuern sind die wirtschaftliche Grundlage der Regierungsmaschinerie und von sonst nichts. In dem in der Schweiz existierenden Zukunftsstaat ist diese Forderung ziemlich erfüllt. Einkommensteuer setzt die verschiedenen Einkommensquellen der verschiedenen gesellschaftlichen Klassen voraus, also die kapitalistische Gesellschaft. Es ist also nichts Auffälliges, daß die Financial-Reformers von Liverpool — Bourgeois mit Gladstones Bruder an der Spitze — dieselbe Forderung stellen, wie das Programm.

B. „Die deutsche Arbeiterpartei verlangt als geistige und sittliche Grundlage des Staats:

1. Allgemeine und *gleiche Volkserziehung* durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlichen Unterricht.“

Gleiche Volkserziehung? Was bildet man sich unter diesen Worten ein? Glaubt man, daß in der heutigen Gesellschaft (und man hat nur mit der zu tun) die Erziehung für alle Klassen *gleich* sein kann? Oder verlangt man, daß auch die höheren Klassen zwangsweise auf das Modikum Erziehung — der Volksschule — reduziert werden sollen, das allein mit den ökonomischen Verhältnissen, nicht nur der Lohnarbeiter, sondern auch der Bauern verträglich ist?

„Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht.“ Die erste existiert selbst in Deutschland, das zweite in der Schweiz und den Vereinigten Staaten für Volksschulen. Wenn in einigen Staaten der letzteren auch höhere Unterrichtsanstalten „unentgeltlich“ sind, so heißt das faktisch nur den höheren Klassen ihre Erziehungskosten aus dem allgemeinen Steuersäckel zu bestreiten. Nebenbei gilt dasselbe von der unter A. 5 verlangten „unentgeltlichen Rechtspflege“. Die Kriminaljustiz ist überall unentgeltlich zu haben; die Ziviljustiz dreht sich fast nur um Eigentumskonflikte, berührt also fast nur die besitzenden Klassen. Sollen sie auf Kosten des Volkssäckels ihre Prozesse führen?

Der Paragraph über die Schulen hätte wenigstens technische Schulen (theoretische und praktische) in Verbindung mit der Volksschule verlangen sollen.

Ganz verwerflich ist eine „Volkserziehung durch den Staat“. Durch ein allgemeines Gesetz die Mittel der Volksschulen bestimmen, die Qualifizierung des Lehrpersonals, die Unterrichtszweige etc., und, wie es in den Vereinigten Staaten geschieht, durch Staatsinspektoren die Erfüllung dieser gesetzlichen Vorschriften überwachen, ist etwas ganz andres, als den Staat zum Volkserzieher zu ernennen! Vielmehr sind Regierung und Kirche gleichmäßig von jedem Einfluß auf die Schule auszuschließen. Im preußisch-deutschen Reich nun gar (und man helfe sich nicht mit der faulen Ausflucht, daß man von einem „Zukunftsstaat“ spricht; wir haben gesehen, welche Bewandnis es damit hat) bedarf umgekehrt der Staat einer sehr rauhen Erziehung durch das Volk.

Doch das ganze Programm, trotz alles demokratischen Geklingels, ist durch und durch vom Untertanenglauben der Lassalleschen Sekte an den Staat verpestet, oder, was nicht besser, vom demokratischen Wunderglauben, oder vielmehr ist es ein Kompromiß zwischen dieser zwei Sorten, dem Sozialismus gleich fernem, Wunderglauben.

„Freiheit der Wissenschaft“ lautet ein Paragraph der preußischen Verfassung. Warum also hier!

„Gewissensfreiheit“! Wollte man zu dieser Zeit des Kulturkampfes¹ dem Liberalismus seine alten Stichworte zu Gemüt führen, so konnte es doch nur in dieser Form geschehen: Jeder muß seine religiöse wie seine leibliche Notdurft verrichten können, ohne daß die Polizei ihre Nase hinein steckt. Aber die Arbeiterpartei mußte doch bei dieser Gelegenheit ihr Bewußtsein darüber aussprechen, daß die bürgerliche „Gewissensfreiheit“ nichts ist außer der Duldung aller möglichen Sorten *religiöser Gewissenstreiheit*, und daß sie vielmehr die Gewissen vom religiösen Spuk zu befreien strebt. Man beliebt aber das „bürgerliche“ Niveau nicht zu überschreiten.

Ich bin jetzt zu Ende gelangt, denn der nun im Programm folgende

¹ „Der Kulturkampf“, schrieb Lenin, „das ist der Kampf, den Bismarck in den 70er Jahren gegen die deutsche Katholikenpartei, das ‚Zentrum‘, mit polizeilichen Verfolgungen des Katholizismus führte. Durch diesen Kampf hat Bismarck aber den streitbaren Klerikalismus der Katholiken nur *gestärkt* und der wirklichen Kultur nur geschadet, denn er rückte die religiösen Scheidungen in den Vordergrund, und nicht die politischen, er lenkte die Aufmerksamkeit gewisser Schichten der Arbeiterklasse und der Demokratie von den dringenden Aufgaben des revolutionären Klassenkampfes ab und auf den oberflächlichsten, bürgerlich-verlogenen Antiklerikalismus hin.“ (Lenin, Über die Stellung der Arbeiterpartei zur Religion, Sämtl. Werke, Bd. XIV, S. 69 russ.) Die Red.

Anhang bildet keinen charakteristischen Bestandteil desselben. Ich habe mich daher hier ganz kurz zu fassen.

2. „Normalarbeitstag.“

Die Arbeiterpartei keines andern Landes hat sich auf solch unbestimmte Forderung beschränkt, sondern stets die Länge des Arbeitstages fixiert, die sie unter den gegebenen Umständen für normal hält.

3. „Beschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit.“

Die Normierung des Arbeitstags muß die Beschränkung der Frauenarbeit schon einschließen, soweit sie sich auf Dauer, Pausen etc. des Arbeitstages bezieht; sonst kann sie nur Ausschluß der Frauenarbeit aus Arbeitszweigen bedeuten, die speziell gesundheitswidrig für den weiblichen Körper oder für das weibliche Geschlecht sittenwidrig sind. Meinte man das, so mußte es gesagt werden.

„Verbot der Kinderarbeit“! Hier war absolut notwendig, die Altersgrenze anzugeben.

Allgemeines Verbot der Kinderarbeit ist unverträglich mit der Existenz der großen Industrie und daher leerer frommer Wunsch. Durchführung desselben — wenn möglich — wäre reaktionär, da bei strenger Regelung der Arbeitszeit nach den verschiedenen Altersstufen, und sonstigen Vorsichtsmaßregeln zum Schutz der Kinder, frühzeitige Verbindung produktiver Arbeit mit Unterricht eines der mächtigsten Umwandlungsmittel der heutigen Gesellschaft ist.

4. „Staatliche Überwachung der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie.“

Gegenüber dem preußisch-deutschen Staat war bestimmt zu verlangen, daß die Inspektoren nur gerichtlich absetzbar sind; daß jeder Arbeiter sie wegen Pflichtverletzung den Gerichten denunzieren kann; daß sie dem ärztlichen Stand angehören müssen.

5. „Regelung der Gefängnisarbeit.“

Kleinliche Forderung in einem allgemeinen Arbeiterprogramm. Jedenfalls mußte man klar aussprechen, daß man nicht aus Konkurrenzneid die gemeinen Verbrecher wie Vieh behandelt wissen und ihnen namentlich nicht ihr einziges Besserungsmittel, produktive Arbeit, abschneiden will. Das war doch das geringste, was man von Sozialisten erwarten durfte.

6. „Ein wirksames Haftgesetz.“

Es war zu sagen, was man unter „wirksamem“ Haftgesetz versteht.

Nebenbei bemerkt hat man beim Normalarbeitstag den Teil der Fabrikgesetzgebung übersehn, der Gesundheitsmaßregeln und Schutzmittel gegen Gefahr etc. betrifft. Das Haftgesetz tritt erst in Wirkung, sobald diese Vorschriften verletzt werden.

Kurz, auch dieser Anhang zeichnet sich durch schlottrige Redaktion aus.

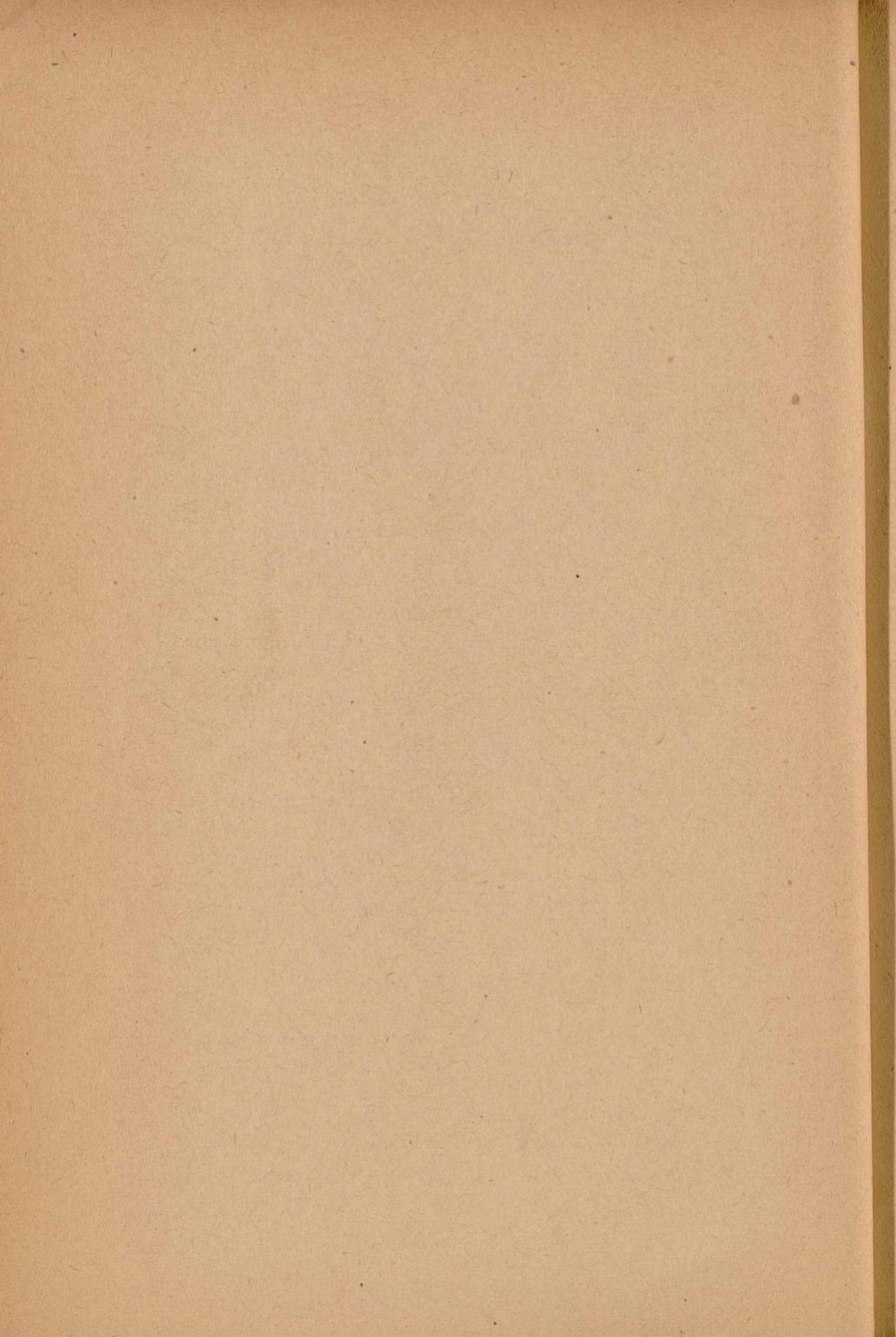
Dixi et salvavi animam meam¹.

Erstmalig veröffentlicht (mit Auslassungen) in der „Neuen Zeit“, Jahrgang IX, 1890/91, Bd. I, Nr. 18.

¹ Ich habe gesprochen und meine Seele gerettet (d. h. meine Pflicht erfüllt).
Die Red.

Engels

UBER DAS GOTHAER PROGRAMM



BRIEF AN AUGUST BEBEL

London, 18./28. März 1875.

Lieber Bebel

Ich habe Ihren Brief vom 23. Februar erhalten und freue mich, daß es Ihnen körperlich so gut geht.

Sie fragen mich, was wir von der Einigungsgeschichte halten? Leider ist es uns ganz gegangen wie Ihnen. Weder Liebknecht noch sonst jemand hat uns irgendwelche Mitteilung gemacht, und auch wir wissen daher nur, was in den Blättern steht, und da stand nichts, bis vor zirka acht Tagen der Programmentwurf kam. Der hat uns allerdings nicht wenig in Erstaunen gesetzt.

Unsere Partei hatte so oft den Lassalleanern die Hand zur Versöhnung oder doch wenigstens zum Kartell geboten und war von den Hasenclever, Hasselmann und Tölckes so oft und so schnöde zurückgewiesen worden, daß daraus jedes Kind den Schluß ziehen mußte: wenn diese Herren jetzt selbst kommen und Versöhnung bieten, so müssen sie in einer verdamnten Klemme sein. Bei dem wohlbekanntem Charakter dieser Leute ist es aber unsere Schuldigkeit, diese Klemme zu benutzen, um uns alle und jede mögliche Garantien auszubedingen, damit nicht jene Leute auf Kosten unserer Partei in der öffentlichen Arbeitermeinung ihre erschütterte Stellung wieder befestigen. Man mußte sie äußerst kühl und mißtrauisch empfangen, die Vereinigung abhängig machen von dem Grade ihrer Bereitwilligkeit, ihre Sektenstichworte und ihre Staatshilfe fallenzulassen und im wesentlichen das Eisenacher Programm von 1869 oder eine für den heutigen Zeitpunkt angemessene verbesserte Ausgabe desselben anzunehmen. Unsere Partei hätte von den Lassalleanern in theoretischer Beziehung, also in dem, was fürs Programm entscheidend ist, *absolut nichts zu lernen*, die Lassalleaner aber wohl von ihr; die erste Bedingung der Vereinigung war, daß sie aufhörten, Sektierer, Lassalleaner zu sein, daß sie also vor allem das Allerweltsheilmittel der Staatshilfe wo nicht ganz aufgaben, doch als eine untergeordnete Übergangsmaßregel unter und neben vielen möglichen anderen anerkannten. Der Programmentwurf beweist, daß unsere Leute theoretisch den Lassalleanerführern hundertmal über-

legen — ihnen an politischer Schlaueit ebensowenig gewachsen sind; die „Ehrlichen“ sind einmal wieder von den Nichtehrlichen grausam über den Löffel barbiert.

Zuerst nimmt man die großtönende, aber historisch falsche Lassallesche Phrase an: gegenüber der Arbeiterklasse seien alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse. Dieser Satz ist nur in einzelnen Ausnahmefällen wahr, zum Beispiel in einer Revolution des Proletariats, wie die Kommune, oder in einem Land, wo nicht nur die Bourgeoisie Staat und Gesellschaft nach ihrem Bilde gestaltet hat, sondern auch schon nach ihr das demokratische Kleinbürgertum diese Umbildung bis auf ihre letzten Konsequenzen durchgeführt hat. Wenn zum Beispiel in Deutschland das demokratische Kleinbürgertum zu dieser reaktionären Masse gehörte, wie konnte da die sozialdemokratische Arbeiterpartei jahrelang mit ihm, mit der Volkspartei Hand in Hand gehen? Wie kann der „Volksstaat“¹ fast seinen ganzen politischen Inhalt aus der kleinbürgerlich-demokratischen „Frankfurter Zeitung“² nehmen? Und wie kann man nicht weniger als sieben Forderungen in dies selbe Programm aufnehmen, die direkt und wörtlich übereinstimmen mit dem Programm der Volkspartei und kleinbürgerlichen Demokratie? Ich meine, die sieben politischen Forderungen 1 bis 5 und 1 bis 2, von denen keine einzige, die nicht *bürgerlich-demokratisch*³.

¹ Der „Volksstaat“ war das Zentralorgan der Eisenacher in den Jahren 1869—1876. Er erschien zweimal wöchentlich in Leipzig unter der Redaktion von Wilhelm Liebknecht. Die Red.

² Die „Frankfurter Zeitung“ war damals ein oppositionelles Organ der süd-deutschen kleinbürgerlichen Demokraten. In der „Arbeiterfrage“ nahm sie einen sozialreformerischen Standpunkt ein. Die Red.

³ Diese politischen Forderungen des Gothaer Programms lauteten:

„A. Die deutsche Arbeiterpartei verlangt als freiheitliche Grundlage des Staats:

1. Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht aller Männer vom 21. Lebensjahre an für alle Wahlen in Staat und Gemeinde; 2. direkte Gesetzgebung durch das Volk mit Vorschlags- und Verwerfungsrecht; 3. allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung; 4. Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze; 5. Rechtssprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.

B. Die deutsche Arbeiterpartei verlangt als geistige und sittliche Grundlage des Staats:

1. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlichen Unterricht. 2. Freiheit der Wissenschaft. Gewissensfreiheit.“ Die Red.

Zweitens wird das Prinzip der Internationalität der Arbeiterbewegung praktisch für die Gegenwart vollständig verleugnet, und das von den Leuten, die fünf Jahre lang und unter den schwierigsten Umständen dies Prinzip auf die ruhmvollste Weise hochgehalten. Die Stellung der deutschen Arbeiter an der Spitze der europäischen Bewegung beruht *wesentlich* auf ihrer echt internationalen Haltung während des Kriegs; kein anderes Proletariat hätte sich so gut benommen. Und jetzt soll dies Prinzip von ihnen verleugnet werden im Moment, wo überall im Ausland die Arbeiter es in demselben Maß betonen, in dem die Regierungen jeden Versuch seiner Betätigung in einer Organisation zu unterdrücken streben! Und was bleibt allein vom Internationalismus der Arbeiterbewegung übrig? Die blasse Aussicht — nicht einmal auf ein späteres Zusammenwirken der europäischen Arbeiter zu ihrer Befreiung — nein, auf eine künftige „internationale Völkerverbrüderung“ — auf die „Vereinigten Staaten von Europa“ der Bourgeois von der Friedensliga!

Es war natürlich gar nicht nötig, von der Internationale als solche zu sprechen. Aber das mindeste war doch, keinen Rückschritt gegen das Programm von 1869 zu tun und etwa zu sagen: *obgleich* die deutsche Arbeiterpartei *zunächst* innerhalb der ihr gesetzten Staatsgrenzen wirkt (sie hat kein Recht, im Namen des europäischen Proletariats zu sprechen, besonders nicht etwas Falsches zu sagen), so ist sie sich ihrer Solidarität bewußt mit den Arbeitern aller Länder, und wird stets bereit sein, wie bisher auch fernerhin die ihr durch diese Solidarität aufgelegten Verpflichtungen zu erfüllen. Derartige Verpflichtungen bestehen auch ohne daß man gerade sich als Teil der „Internationale“ proklamiert oder ansieht, zum Beispiel Hilfe, Abhalten von Zuzug bei Streiks, Sorge, dafür, daß die Parteiorgane die deutschen Arbeiter von der ausländischen Bewegung unterrichtet halten, Agitation gegen drohende oder ausbrechende Kabinettskriege, Verhalten während solcher wie 1870 und 1871 mustergültig durchgeführt usw.

Drittens haben sich unsere Leute das Lassallesche „eherne Lohngesetz“ aufkrotzieren lassen, das auf einer ganz veralteten ökonomischen Ansicht beruht, nämlich daß der Arbeiter im Durchschnitt nur das *Minimum* des Arbeitslohnes erhält, und zwar deshalb, weil nach Malthusscher Bevölkerungstheorie immer zuviel Arbeiter da sind (dies war Lassalles Beweisführung). Nun hat Marx im „Kapital“ ausführlich nachgewiesen, daß die Gesetze, die den Arbeitslohn

regulieren, sehr kompliziert sind, daß je nach den Verhältnissen bald dieses, bald jenes vorwiegt, daß sie also keineswegs ehern, sondern im Gegenteil sehr elastisch sind, und daß die Sache gar nicht so mit ein paar Worten abzumachen ist, wie Lassalle sich einbildete. Die Malthussche Begründung des von Lassalle ihm und Ricardo (unter Verfälschung des letzteren) abgeschriebenen Gesetzes, wie sie sich z. B. „Arbeiterlesebuch“ Seite 5 aus einer anderen Broschüre Lassalles zitiert findet, ist von Marx in dem Abschnitt über „Akkumulationsprozeß des Kapitals“ ausführlich widerlegt. Man bekennt sich also durch Adoptierung des Lassalleschen „ehernen Gesetzes“ zu einem falschen Satz und einer falschen Begründung desselben.

Viertens stellt das Programm als *einzig* soziale Forderung auf — die Lassallesche Staatshilfe in ihrer nacktesten Gestalt, wie Lassalle sie von Buchez gestohlen hatte. Und das, nachdem Bracke diese Forderung sehr gut in ihrer ganzen Nichtigkeit aufgewiesen; nachdem fast alle, wo nicht alle Redner unserer Partei im Kampf mit den Lassalleanern genötigt gewesen sind, gegen diese „Staatshilfe“ aufzutreten! Tiefer konnte unsere Partei sich nicht demütigen. Der Internationalismus heruntergekommen auf Amand Gögg, der Sozialismus auf den Bourgeoisrepublikaner Buchez, der diese Forderung gegenüber den Sozialisten stellte, um sie auszustechen!

Im besten Fall aber ist die „Staatshilfe“ im Lassalleschen Sinne doch nur eine *einzig* Maßregel unter vielen anderen, um das Ziel zu erreichen, was hier mit den lahmen Worten bezeichnet wird: „um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen“, als ob es für uns noch eine theoretisch *ungelöste soziale Frage* gäbe! Wenn man also sagt: Die deutsche Arbeiterpartei erstrebt die Abschaffung der Lohnarbeit und damit der Klassenunterschiede vermittels der Durchführung der genossenschaftlichen Produktion in Industrie und Ackerbau und auf nationalem Maßstab; sie tritt ein für jede Maßregel, welche geeignet ist, dieses Ziel zu erreichen! — so kann kein Lassalleaner etwas dagegen haben.

Fünftens ist von der Organisation der Arbeiterklasse als Klasse vermittels der Gewerksgenossenschaften gar keine Rede. Und das ist ein sehr wesentlicher Punkt, denn dies ist die eigentliche Klassenorganisation des Proletariats, in der es seine täglichen Kämpfe mit dem Kapital durchficht, in der es sich schult, und die heutzutage bei der schlimmsten Reaktion (wie jetzt in Paris) platterdings nicht mehr kaputt zu machen ist. Bei der Wichtigkeit, die diese Organisation

auch in Deutschland erreicht, wäre es unserer Ansicht nach unbedingt notwendig, ihrer im Programm zu gedenken und ihr womöglich einen Platz in der Organisation der Partei offenzulassen.

Das alles haben unsere Leute den Lassalleanern zu Gefallen getan. Und was haben die anderen nachgegeben? Daß ein Haufen ziemlich verworrener *rein demokratischer Forderungen* im Programm figurieren, von denen manche reine Modesache sind, wie zum Beispiel die „Gesetzgebung durch das Volk“, die in der Schweiz besteht und mehr Schaden als Nutzen anrichtet, wenn sie überhaupt was anrichtet. *Verwaltung durch das Volk*, das wäre noch etwas. Ebenso fehlt die erste Bedingung aller Freiheit: daß alle Beamte für alle ihre Amtshandlungen jedem Bürger gegenüber vor den gewöhnlichen Gerichten und nach gemeinem Recht verantwortlich sind. Davon, daß solche Forderungen wie: Freiheit der Wissenschaft — Gewissensfreiheit, in jedem liberalen Bourgeoisprogramm figurieren und sich hier etwas befremdend ausnehmen, davon will ich weiter nicht sprechen.

Der freie Volksstaat ist in den freien Staat verwandelt. Grammatikalisch genommen ist ein freier Staat ein solcher, wo der Staat frei gegenüber seinen Bürgern ist, also ein Staat mit despotischer Regierung. Man sollte das ganze Gerede vom Staat fallenlassen, besonders seit der Kommune, die schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr war. Der „*Volksstaat*“ ist uns von den Anarchisten bis zum Überdruß in die Zähne geworfen worden, obwohl schon die Schrift Marx' gegen Proudhon¹ und nachher das Kommunistische Manifest direkt sagen, daß mit Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung der Staat sich von selbst auflöst und verschwindet. Da nun der Staat doch nur eine vorübergehende Einrichtung ist, deren man sich im Kampf, in der Revolution bedient, um seine Gegner gewaltsam niederzuhalten, so ist es purer Unsinn, von freiem Volksstaat zu sprechen: solange das Proletariat den Staat noch *gebraucht*, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner

¹ Marx' Buch gegen Proudhon erschien 1847 in französischer Sprache unter dem Titel „*Misère de la Philosophie. Réponse à la Philosophie de la Misère de M. Proudhon*“. (Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons Philosophie des Elends.) Die Stelle, die Engels meint, lautet: „Die arbeitende Klasse wird im Laufe der Entwicklung an die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft eine Assoziation setzen, welche die Klassen und ihren Gegensatz ausschließt, und es wird keine eigentliche politische Gewalt mehr geben, weil gerade die politische Gewalt der offizielle Ausdruck des Klassengegengesatzes innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ist.“ (Siehe K. M a r x, Das Elend der Philosophie.) Die Red.

Gegner, und sobald von Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf, zu bestehen. Wir würden daher vorschlagen, überall statt *Staat* „Gemeinwesen“ zu setzen, ein gutes altes deutsches Wort, das das französische „Kommune“ sehr gut vertreten kann.

„Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit“ ist auch eine sehr bedenkliche Phrase statt: „Aufhebung aller Klassenunterschiede“. Von Land zu Land, von Provinz zu Provinz, von Ort zu Ort sogar wird immer eine gewisse Ungleichheit der Lebensbedingungen bestehen, die man auf ein Minimum reduzieren, aber nie ganz beseitigen können wird. Alpenbewohner werden immer andere Lebensbedingungen haben als Leute des flachen Landes. Die Vorstellung der sozialistischen Gesellschaft als des Reiches der *Gleichheit* ist eine einseitige französische Vorstellung, anlehnend an das alte „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, eine Vorstellung, die als *Entwicklungsstufe* ihrer Zeit und ihres Ortes berechtigt war, die aber, wie alle die Einseitigkeiten der früheren sozialistischen Schulen, jetzt überwunden sein sollten, da sie nur Verwirrung in den Köpfen anrichten und präzisere Darstellungsweisen der Sache gefunden sind.

Ich höre auf, obwohl fast jedes Wort in diesem dabei saft- und kraftlos redigierten Programm zu kritisieren wäre. Es ist der Art, daß, falls es angenommen wird, Marx und ich uns *nie* zu der auf dieser Grundlage errichteten *neuen* Partei bekennen können und uns sehr ernstlich werden überlegen müssen, welche Stellung wir — auch öffentlich — ihr gegenüber zu nehmen haben. Bedenken Sie, daß man *uns* im Auslande für alle und jede Äußerungen und Handlungen der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei verantwortlich macht. So Bakunin in seiner Schrift „Politik und Anarchie“, wo wir einstehen müssen für jedes unüberlegte Wort, das Liebknecht seit Stiftung des „Demokratischen Wochenblattes“¹ gesagt und geschrieben. Die Leute bilden sich eben ein, wir kommandierten von hier aus die ganze Geschichte, während Sie so gut wie ich wissen, daß wir uns fast nie im geringsten in die inneren Parteiangelegenheiten gemischt, und auch dann nur, um Böcke, die nach unserer Ansicht geschossen worden, und zwar *nur theoretische*, wieder nach Möglichkeit gutzumachen. Sie werden aber selbst einsehen, daß dies Programm einen Wendepunkt bildet, der uns sehr leicht zwingen

¹ Das „Demokratische Wochenblatt“, das Organ der radikalen „Deutschen Volkspartei“ und des „Verbands deutscher Arbeitervereine“, erschien in den Jahren 1868 bis 1869 in Leipzig unter der Redaktion von Wilhelm Liebknecht. Die Red.

könnte, alle und jede Verantwortlichkeit mit der Partei, die es anerkennt, abzulehnen.

Im allgemeinen kommt es weniger auf das offizielle Programm einer Partei an, als auf das, was sie tut. Aber ein *neues* Programm ist doch immer eine öffentlich aufgepflanzte Fahne, und die Außenwelt beurteilt danach die Partei. Es sollte daher keinesfalls einen Rückschritt enthalten, wie dies gegenüber dem Eisenacher. Man sollte doch auch bedenken, was die Arbeiter anderer Länder zu diesem Programm sagen werden; welchen Eindruck diese Kniebeugung des gesamten deutschen sozialistischen Proletariats vor dem Lassalleanismus machen wird.

Dabei bin ich überzeugt, daß eine Einigung auf *dieser* Basis kein Jahr dauern wird. Die besten Köpfe unserer Partei sollten sich dazu hergeben, auswendig gelernte Lassallesche Sätze vom ehernen Lohngesetz und der Staatshilfe abzuleiern? Ich möchte z. B. Sie dabei sehen! Und täten sie es, ihre Zuhörer würden sie auszischn. Und ich bin sicher, die Lassalleaner bestehen gerade auf *diesen* Stücken des Programms wie der Jude Shylock auf seinem Pfund Fleisch. Die Trennung wird kommen; aber wir werden Hasselmann, Hasenclever und Tölcke und Konsorten wieder „ehrlich gemacht“ haben; wir werden schwächer und die Lassalleaner stärker aus der Trennung hervorgehen; unsere Partei wird ihre politische Jungferschaft verloren haben und wird nie wieder gegen Lassallephrasen, die sie eine Zeitlang selbst auf die Fahne geschrieben, herzlich auftreten können; und wenn die Lassalleaner dann wieder sagen: sie seien die eigentlichste und einzige Arbeiterpartei, unsere Leute seien Bourgeois, so ist das Programm da, um es zu beweisen. Alle sozialistischen Maßregeln darin sind *ihre*, und *unsere* Partei hat nichts hineingesetzt als Forderungen der kleinbürgerlichen Demokratie, die doch *auch* von *ihr* in demselben Programm als Teil der „reaktionären Masse“ bezeichnet ist!

Ich hatte diesen Brief liegenlassen, da Sie doch erst am 1. April zu Ehren von Bismarcks Geburtstag freikommen und ich ihn nicht der Chance des Abfassens bei einem Schmuggelversuch aussetzen wollte. Da kommt nun gerade ein Brief von Bracke, der auch wegen des Programms seine schweren Bedenken hat und unsere Meinung wissen will. Ich schicke ihn daher zur Beförderung an ihn, damit er ihn lese und ich den ganzen Kram nicht noch einmal zu schreiben brauche. Übrigens habe ich Ramm ebenfalls klaren Wein einge-

schenkt, an Liebknecht schrieb ich nur kurz. Ich verzeihe ihm nicht, daß er uns von der ganzen Sache *kein Wort* mitgeteilt (während Ramm und andere glaubten, er habe uns genau unterrichtet), bis es sozusagen zu spät war. Das hat er zwar von jeher so gemacht — und daher die viele unangenehme Korrespondenz, die wir, Marx sowohl wie ich, mit ihm hatten — aber diesmal ist es doch zu arg, und wir gehen *entschieden nicht mit*.

Sehen Sie, daß Sie es einrichten, im Sommer herzukommen, Sie wohnen natürlich bei mir, und wenn das Wetter gut, können wir ein paar Tage seebaden gehen, das wird Ihnen nach dem langen Brummen recht nützlich sein.

Freundlichst

Ihr F. E.

Erstmalig veröffentlicht in
August Bebel, Aus meinem Leben,
Zweiter Teil, Stuttgart 1911.

BRIEF AN WILHELM BRACKE

London, 11. Oktober 1875.

Lieber Bracke,

Ich habe die Antwort auf Ihre letzten Briefe, den letzten vom 28. Juni, bisher verzögert, einerseits weil Marx und ich während sechs Wochen nicht beieinander waren — er in Karlsbad und ich an der See, wo ich den „Volksstaat“ nicht sah — und dann weil ich ein wenig abwarten wollte, wie sich die neue Einigung und der Kombinierte Ausschuß in der Praxis verhalten.

Wir sind ganz Ihrer Ansicht, daß Liebknecht durch seinen Eifer, die Einigung zu erreichen, *jeden* Preis für sie zu zahlen, die ganze Sache verfahren hat. Man konnte dies für nötig halten, brauchte es aber dem andern Kontrahenten nicht zu sagen oder zu zeigen. Nachher muß dann ein Fehler immer den andern rechtfertigen. Nachdem der Einigungskongreß einmal auf fauler Grundlage ins Werk gesetzt und ausposaunt war, durfte er um keinen Preis scheitern, und so mußte man von neuem in wesentlichen Punkten klein begeben. Sie haben ganz recht: diese Einigung trägt den Keim der Spaltung in sich, und ich will froh sein, wenn dann *nur* die unheilbaren Fanatiker abfallen, nicht aber auch ein ganzer, sonst tüchtiger und unter guter Schulung brauchbar zu machender Schwanz. Das wird abhängen von der Zeit, wann, und von den Umständen, unter denen dies Unvermeidliche eintritt.

Das Programm in seiner schließlichen Redaktion besteht aus 3 Bestandteilen:

1. den Lassalleschen Phrasen und Stichwörtern, die unter keiner Bedingung angenommen werden durften. Wenn zwei Fraktionen sich einigen, so setzt man ins Programm worüber man einig, nicht das was streitig ist. Indem unsere Leute dies dennoch zuließen, gingen sie freiwillig durchs kaudinische Joch¹;

2. einer Reihe vulgärdemokratischer Forderungen, im Geist und im Stil der Völkspartei aufgesetzt;

3. einer Anzahl kommunistisch sein sollender Sätze, meist dem „Manifest“ entlehnt, aber so umredigiert, daß sie bei Lichte betrachtet samt und sonders haarsträubenden Blödsinn enthalten. Wenn man diese Sachen nicht versteht, so soll man die Finger davon lassen oder aber sie wörtlich abschreiben von denen, die zugegebenermaßen die Sache verstehen.

Glücklicherweise ist es dem Programm besser gegangen als es verdient. Arbeiter wie Bourgeois und Kleinbürger lesen das hinein, was eigentlich drin stehn sollte aber nicht drin steht, und von keiner Seite ist es jemanden eingefallen, öffentlich einen dieser wunderbaren Sätze auf seinen wirklichen Inhalt hin zu untersuchen. Das hat es uns möglich gemacht, zu diesem Programm zu schweigen. Es kommt dazu, daß man diese Sätze in keine fremde Sprache übersetzen kann, ohne *gezwungen* zu sein, entweder handgreiflich verrücktes Zeug hinzuschreiben oder aber ihnen einen kommunistischen Sinn unterzuschieben, und letzteres tun soweit Freund und Feind. Ich selbst habe es tun müssen bei einer Übersetzung für unsere spanischen Freunde.

Was ich von der Tätigkeit des Ausschusses gesehen, ist soweit nicht erfreulich. Erstens das Vorgehen gegen Ihre und B. Beckers Schriften²; nicht Schuld des Ausschusses, wenn es nicht durchdrang. Zweitens erzählte Sonnemann, den Marx bei der Durchreise sah, er habe Vahlteich eine Korrespondenz für die „Frankfurter Zeitung“ angeboten, aber der Ausschuß habe Vahlteich die Annahme *verboten!*

¹ D. h. nahmen die erniedrigenden Bedingungen an. Die Red.

² Gemeint ist der Vorschlag des Ausschusses, aus der Liste der Parteiliteratur die folgenden gegen Lassalle gerichteten Schriften zu streichen: B. Becker, Enthüllungen über das tragische Lebensende Ferdinand Lassalles, Schleitz 1868; Geschichte der Arbeiteragitation Lassalles, Braunschweig 1874, und W. Bracke, Der Lassallesche Vorschlag, Braunschweig 1873. Die Red.

Das geht denn doch über die Zensur, und ich begreife nicht, wie Vahlreich sich nur so etwas verbieten lassen konnte. Dabei die Ungeschicklichkeit! Sie hätten eher dafür sorgen sollen, daß die „Frankfurter Zeitung“ überall in Deutschland von den Unseren bedient würde! Endlich scheint mir das Verfahren der Lassalleianischen Mitglieder bei Gründung der Berliner Assoziationsdruckerei auch nicht sehr aufrichtig, nachdem bei der Leipziger Druckerei unsere Leute vertrauensselig den Ausschuß zum Aufsichtsrat ernannt, müssen die in Berlin erst dazu *gezwungen* werden. Doch kenne ich hier die Details nicht genau.

Es ist indes gut, daß der Ausschuß wenig Tätigkeit entfaltet und sich, wie C. Hirsch sagt, der dieser Tage hier war, darauf beschränkt, als Korrespondenz- und Auskunftsbüro zu vegetieren. Jedes lebhaftere Einschreiten seinerseits würde die Krisis nur beschleunigen, und das scheinen die Leute zu fühlen.

Und welche Schwachheit, 3 Lassalleaner und 2 von Unseren in den Ausschuß zu akzeptieren!¹

Alles in allem scheint man noch mit einem wenn auch starken blauen Auge davonzukommen. Hoffen wir, daß es dabei bleibt und inzwischen die Propaganda unter den Lassalleanern ihre Wirkung tut. Wenn die Sache bis zu den nächsten Reichstagswahlen vorhält, kann's gut gehen. Aber da werden Stieber und Tessedorf ihr Bestes tun, und da wird auch die Zeit eintreten, wo man erst sehen wird, was man an Hasselmann und Hasenclever übernommen hat.

Marx ist von Karlsbad ganz verändert zurückgekommen, kräftig, frisch, munter und gesund, und kann sich nun bald wieder ernstlich an die Arbeit setzen. Er und ich grüßen Sie herzlich. Lassen Sie gelegentlich wieder von sich hören, wie es mit der Geschichte geht. Die Leipziger² sind alle zu tief dabei interessiert, als daß sie uns klaren Wein einschenken sollten, und die *innere* Parteigeschichte kommt gerade jetzt erst recht nicht an die Öffentlichkeit.

Aufrichtigst

Ihr

F. E.

Erstmalig veröffentlicht in der Zeitschrift „Die Gesellschaft“, Berlin 1927, Heft Nr. 8.

¹ Dem Ausschuß gehörten an: die Lassalleaner Hasenclever, Hartmann, Derossi und die Eisenacher Geib und Auer. Die Red.

² Die „Leipziger“, d. h. Liebknecht, Bebel und andere Mitglieder der Redaktion des Zentralorgans „Volksstaat“. Die Red.

London, 12. Oktober 1875.

Lieber Bebel!

Ihr Brief bestätigt ganz unsere Ansicht, daß die Einigung unsererseits überstürzt ist und den Keim künftigen Zwiespalts in sich trägt. Wenn es gelingt, diesen Zwiespalt bis über die nächsten Reichstagswahlen hinauszuschieben, wäre es schon gut. .¹

Das Programm, wie es jetzt ist, besteht aus drei Teilen:

1. Den Lassalleschen Sätzen und Stichworten, die aufgenommen zu haben eine Schmach unserer Partei bleibt. Wenn zwei Fraktionen sich über ein gemeinsames Programm einigen, so setzen sie das hinein, worüber sie einig und berühren nicht das, worüber sie uneinig sind. Die Lassallesche Staatshilfe stand zwar im Eisenacher Programm, aber als *eine* aus vielen *Übergangsmaßregeln*, und nach allem, was ich gehört habe, war sie, *ohne* die Einigung, ziemlich sicher, im diesjährigen Kongreß auf Brackes Antrag an die Luft gesetzt zu werden. Jetzt figuriert sie als das eine unfehlbare und ausschließliche Heilmittel für alle sozialen Gebrechen. Das „*eiserne Lohngesetz*“ und andere Lassallesche Phrasen sich aufoktroieren zu lassen, war für unsere Partei eine kolossale moralische Niederlage. Sie bekehrte sich zum Lassalleschen Glaubensbekenntnis. Das ist nun einmal nicht wegzuleugnen. Dieser Teil des Programms ist das kaudinische Joch, unter dem unsere Partei zum größeren Ruhm des heiligen Lassalle durchgekröchen ist;

2. aus demokratischen Forderungen, die ganz im Sinn und im Stil der Volkspartei aufgesetzt sind;

3. aus Forderungen an den „*heutigen Staat*“ (wobei man nicht weiß, an wen denn die übrigen „*Forderungen*“ gestellt werden), die sehr konfus und unlogisch sind;

4. aus allgemeinen Sätzen, meist dem Kommunistischen Manifeste und den Statuten der Internationale entlehnt, die aber so umredigiert sind, daß sie entweder *total Falsches* enthalten oder aber *reinen Blödsinn*, wie Marx das in dem Ihnen bekannten Aufsatz² im einzelnen nachgewiesen.

¹ Die nächsten Reichstagswahlen fanden Anfang 1877 statt. Die Red.

² Engels meint die Marxsche „*Kritik des Gothaer Programms*“. Aber er irrte, als er annahm, daß Bebel die „*Kritik*“ kannte. Bei ihrer Veröffentlichung durch Engels im Jahre 1891 stellte es sich heraus, daß Wilhelm Liebknecht dieses Dokument, trotz des ausdrücklichen Hinweises von Marx (siehe seinen Brief

Das Ganze ist im höchsten Grad unordentlich, konfus, unzusammenhängend, unlogisch und blamabel. Wenn unter der Bourgeois-
presse ein einziger kritischer Kopf wäre, er hätte dies Programm Satz
für Satz durchgenommen, jeden Satz auf seinen wirklichen Inhalt hin
untersucht, den Unsinn recht handgreiflich auseinandergelegt, die
Widersprüche und ökonomischen Schnitzer (zum Beispiel: daß die
Arbeitsmittel heute „Monopol der Kapitalistenklasse“ sind, als ob es
keine Grundbesitzer gäbe, das Gerede von „Befreiung der Arbeit“
statt der Arbeiterklasse, die Arbeit selbst ist heutzutage ja gerade
viel zu freil) entwickelt und unsere ganze Partei greulich lächerlich
gemacht. Statt dessen haben die Esel von Bourgeoisblättern dies Pro-
gramm ganz ernsthaft genommen, hineingelesen, was nicht darin
steht und es kommunistisch gedeutet. Die Arbeiter scheinen dasselbe
zu tun. Es ist *dieser Umstand allein*, der es Marx und mir möglich
gemacht hat, uns nicht öffentlich von einem solchen Programm los-
zusagen. Solange unsere Gegner und ebenso die Arbeiter diesem
Programm unsere Ansichten unterschieben, ist es uns erlaubt, dar-
über zu schweigen.

Wenn Sie mit dem Resultat in der Personenfrage zufrieden sind, so
müssen die Ansprüche auf unserer Seite ziemlich tief gesunken sein.
Zwei von den Unseren und drei Lassalleaner! Also auch hier die Unse-
ren nicht gleichberechtigte Alliierte, sondern Besiegte und von vorn-
herein überstimmt. Die Aktion des Ausschusses, soweit wir sie kennen,
ist auch nicht erbaulich: 1. Beschluß, Brackes und B. Beckers zwei
Schriften über Lassallesches *nicht* auf die Parteischriftenliste zu setzen;
wenn dies zurückgenommen, so ist es nicht die Schuld des Ausschusses
und auch nicht Liebknechts; 2. Verbot an Vahlteich, die ihm von
Sonnemann angefragene Korrespondenz für die „Frankfurter Zeitung“
anzunehmen. Dies hat Sonnemann dem durchreisenden Marx selbst
erzählt. Was mich noch mehr dabei wundert als die Arroganz des
Ausschusses und die Bereitwilligkeit, womit Vahlteich sich gefügt hat,
statt dem Ausschuß etwas zu pfeifen, ist die kolossale Dummheit dieses
Beschlusses. Der Ausschuß sollte doch lieber dafür sorgen, daß ein

an Bracke auf S. 44 der vorliegenden Ausgabe), Bebel nicht gezeigt hatte. Bebel
bekam erst im Jahre 1891 Kenntnis davon durch die Veröffentlichung in der
„Neuen Zeit“. Es muß hinzugefügt werden, daß Bebel, der die „Kritik“ in der
„Neuen Zeit“ las, ehe die Nummer den Lesern zugestellt war, noch den Versuch
machte, ihr Erscheinen zu verhindern. Sein Telegramm kam jedoch zu spät an.
(Siehe „Vorwärts“, Berlin, 26. Februar. 1891.) Die Red.

Blatt wie die „Frankfurter“ von allen Orten aus *nur* durch unsere Leute bedient wird. —

... Daß die ganze Sache ein Erziehungsexperiment ist, das auch unter diesen Umständen einen sehr günstigen Erfolg verspricht, darin haben Sie ganz recht. Die Einigung als solche ist ein großer Erfolg, wenn sie sich zwei Jahre hält. Aber sie war unzweifelhaft weit billiger zu haben.

F. E.

Erstmalig veröffentlicht in
August Bebel, Aus meinem Leben,
Zweiter Teil, Stuttgart 1911.

AUS DEM BRIEF AN KARL KAUTSKY

London, 7. Januar 1891.

Lieber Kautsky,

Gestern schickte ich Dir *ingeschrieben* das Manuskript¹ von Marx, an dem Du Deine Freude gehabt haben wirst. Ich zweifle, ob es so im heiligen Deutschen Reich wird erscheinen können. Sieh es Dir darauf an, und wo es geht, laß die bedenklichen Stellen weg und ersetze sie durch Punkte. Wo der Zusammenhang dies aber nicht zuläßt, sei so gut, mir im Korrekturabzug die Stellen zu bezeichnen und wenn möglich, in zwei Zeilen die Gründe der Bedenklichkeit mitzuteilen, ich will dann das Mögliche tun. Ich würde dann das Abgeänderte in Klammern setzen und in meinen Einleitungsworten sagen, daß dies *geänderte* Stellen sind. Daher Korrektur in Fahnen, bittel

Es finden aber vielleicht auch noch andere Leute an diesem Abdruck Mißfallen außer einer hohen Polizei. Solltest Du glauben in dieser Beziehung Rücksichten nehmen zu müssen, so würde ich Dich bitten, das Manuskript *ingeschrieben* an Adler zu schicken. Dort in Wien kann es wahrscheinlich (mit Ausnahme leider der prächtigen Stelle über religiöse Notdurft) ganz gedruckt werden, *und gedruckt wird es auf jeden Fall*. Ich sollte aber denken, daß diese meine Dir hiermit mitgeteilte *sehr positive* Absicht Dir vollkommene Deckung gegen irgendwelche mögliche Wehklagen gibt. Denn da Ihr den Druck doch nicht verhindern könnt, ist es ja weit besser, es erscheint in Deutschland selbst und in dem für solche Dinge eigens gestifteten Parteiorgan, der „Neuen Zeit“.

¹ Die „Kritik des Gothaer Programms“. Die Red.

Ich habe die Brentano-Arbeit¹ unterbrochen, um dies Ding für Dich fertigzumachen; ich muß nämlich die Stellen über das eherne Lohngesetz dort verwerten und da war's nicht der Mühe wert, dies Ding nicht gleich druckfertig zu machen. Ich dachte diese Woche mit Brentano fertig zu werden, aber es sind wieder so viel Störungen und Korrespondenzen dazwischengekommen, daß es kaum möglich sein wird.

Also falls es Hindernisse gibt, sei so gut mich zu unterrichten. . .

Dein

F. Engels

Erstmalig veröffentlicht (mit Auslassungen) in der Zeitschrift „Die Gesellschaft“, Berlin 1932, Heft Nr. 5. Hier ergänzt nach der photographischen Kopie des Originals.

AUS DEM BRIEF AN KARL KAUTSKY

London, 15. Januar 1891.

Lieber Baron,

Aus den beiliegenden Korrekturen wirst Du ersehn, daß ich kein Unmensch bin und sogar noch in der Einleitung etwas beruhigendes Morphium und Bromkalium eingegeben habe, was auf die elegische Stimmung unseres Freundes Dietz wohl die genügende schmerzstillende Wirkung ausüben wird. An Bebel schreibe ich noch heute. Ich habe ihm früher nichts von der Sache gesagt, weil ich ihn nicht in eine falsche Stellung gegen Liebknecht bringen wollte. Diesem wäre er *verpflichtet* gewesen davon zu sprechen, und Liebknecht, der, wie seine Haller Programmrede² beweist, sich Auszüge aus dem Manuskript gemacht, würde Himmel und Hölle aufgeboten haben den Druck zu verhindern.

Kann die Stelle: „ihre religiösen wie ihre *leiblichen* Bedürfnisse zu verrichten“ nicht gut stehenbleiben, so streich die 3 unterstrichenen Worte und setze Punkte. Die Anspielung wird dann feiner und doch noch verständlich genug. Dann wird's hoffentlich keine Bedenken setzen.

¹ Gemeint ist hier die Engels'sche Arbeit „In Sachen Brentano contra Marx wegen angeblicher Zitatsfälschung, Geschichtserzählung und Dokumente“. Diese Arbeit wurde im Jahre 1891 in Hamburg als Broschüre herausgegeben. Die Red.

² Gemeint ist Wilhelm Liebknechts Referat über das Parteiprogramm auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Halle am 15. Oktober 1890. Die Red.

Sonst hab ich Dir und Dietz alles zu Gefallen getan was Ihr verlangt habt, und wie Du siehst, mehr . . .

Erstmalig veröffentlicht (mit Auslassungen) in der Zeitschrift „Die Gesellschaft“, Berlin 1932, Heft Nr. 5. Hier ergänzt nach der photographischen Kopie des Originals.

Dein

F. E.

BRIEF AN KARL KAUTSKY

London, 5. Februar 1891.

Lieber Kautsky,

Du glaubst, wir würden hier mit Briefen bombardiert wegen des Marx-Artikels¹ — ganz im Gegenteil, wir hören und sehen nichts.

Als Samstag² keine „Neue Zeit“ kam, dachte ich gleich, es sei wieder etwas los. Sonntag kam Ede³ und teilte mir Deinen Brief mit. Ich dachte nun, der Unterdrückungsstreik sei doch noch gelungen. Endlich kam Montag die Nummer und nach einiger Zeit entdeckte ich auch den Abdruck im „Vorwärts“⁴.

Da die sozialistengesetzliche Maßregelung mißraten, war dieser kühne Sprung das Beste, was die Leute tun konnten. Er hat aber außerdem das Gute, daß er ein gut Stück der schwer überbrückbaren Kluft ausfüllt, von der August⁵ im ersten Schrecken spricht. Dieser Schrecken war jedenfalls wesentlich begründet auf die Erwägung: was werden die Gegner daraus machen? Indem man das Ding im amtlichen Organ abdruckt, schneidet man der gegnerischen Ausbeutung die Spitze ab, und stellt sich in Positur sagen zu können: seht, wie wir uns selbst kritisieren — wir sind die einzige Partei, die sich das erlauben kann; macht uns das einmal nach! Und das ist auch der richtige Standpunkt, den die Leute hätten von vornherein einnehmen sollen.

Eine Maßregelung gegen Dich wird damit auch schwer in Szene zu setzen. Meine Bitte, das Ding eventuell an Adler zu schicken, sollte einerseits auf Dietz drücken, andererseits aber auch Deine Ver-

¹ Gemeint ist die „Kritik des Gothaer Programms“. Die Red.

² 31. Januar 1891. Die Red.

³ Eduard Bernstein. Die Red.

⁴ Nr. 18 der Zeitschrift „Die Neue Zeit“, die Marx' „Kritik“ enthielt, erschien am 31. Januar 1891. Im „Vorwärts“ erfolgte der Abdruck in den Nummern vom 1. und 3. Februar 1891. Die Red.

⁵ August Bebel. Die Red.

antwortlichkeit decken, indem ich Dich gewissermaßen in eine Zwangslage setzte. Ich schrieb auch an August, daß ich die ganze Verantwortlichkeit auf mich allein nähme.

Fällt sonst noch Verantwortlichkeit auf jemand, dann auf Dietz. Er weiß, daß ich mich mit solchen Dingen ihm gegenüber stets sehr kulant benommen. Ich habe nicht nur alle seine Milderungswünsche erfüllt, sondern noch darüber hinaus gemildert. Hätte er mehr angestrichen, so wäre das auch berücksichtigt worden. Aber woran Dietz keinen Anstoß nahm, warum sollte ich das nicht passieren lassen?

Im übrigen werden die meisten außer Liebknecht nach dem ersten Schrecken mir dankbar sein, daß ich das Ding veröffentlicht. Es macht jede Halbheit und Phrasenhaftigkeit im nächsten Programm unmöglich, und liefert unwiderstehliche Argumente, die die meisten von ihnen vielleicht kaum den Mut gehabt hätten aus eigener Initiative vorzubringen. Daß sie das schlechte Programm unter dem Sozialistengesetz nicht änderten, weil sie nicht konnten, ist kein Vorwurf. Und jetzt haben sie's ja selbst aufgegeben. Und daß sie vor 15 Jahren bei der Einigung sich tölpelhaft benommen und sich von Hasselmann etc. über den Löffel barbieren lassen, das können sie jetzt wahrhaftig ungeniert eingestehen. Jedenfalls sind die 3 Bestandteile des Programms: 1. Spezifischer Lassalleanismus, 2. Volksparteiliche Vulgärdemokratie, 3. Unsinn, dadurch nicht besser geworden, daß sie 15 Jahre lang als offizielles Parteiprogramm in Essig gelegen, und wenn man das heute nicht offen heraus sagen darf, wann dann?

Wenn Du was Neues hörst, lasse es uns bitte wissen.

Viele Grüße

Dein F. E.

Erstmalig veröffentlicht (mit Auslassungen) in der Zeitschrift „Die Gesellschaft“, Berlin 1932, Heft Nr. 5. Hier ergänzt nach der photographischen Kopie des Originals.

BRIEF AN KARL KAUTSKY

London, 11. Februar 1891.

Lieber Kautsky,

Besten Dank für Deine beiden Briefe. Die von Bebel und Sch.¹ inliegend zurück.

Der Boykott der Berliner gegen mich ist noch nicht aufgehoben, ich höre und sehe nichts Briefliches, sie sind sicher noch nicht schlüs-

¹ Offenbar ist hier Max Schippel gemeint. Die Red.

sig. Dagegen war im „Hamburger Echo“ ein Leitartikel, der sehr anständig war in Erwägung, daß diese Leute noch sehr stark lassallisch angehaucht sind, und sogar auf das System der erworbenen Rechte¹ schwören. Auch sah ich daraus und der „Frankfurter Zeitung“, daß der Ansturm der gegnerischen Presse bereits in vollem Zug, wenn nicht schon erschöpft ist. Sobald der einmal überstanden — und bis jetzt war er, soviel ich sah, sehr gelind — werden die Leute sich vom ersten Schrecken erholen. Dagegen bedankt sich Adlers Berliner Korrespondent (A. Braun?) förmlich bei mir für die Veröffentlichung. Noch ein paar solche Stimmen, und der Widerstand erlahmt.

Daß dem Bebel das Schriftstück² im Mai-Juni 1875 absichtlich verheimlicht und unterschlagen wurde, ist mir alsbald klargeworden, als er mir das Datum seiner Gefängnisentlassung als 1. April angab; ich habe ihm auch geschrieben, er *müsse* es gesehen haben, falls „nichts Unrechtes“ geschehn sei. Darauf werde ich mir nötigenfalls seinerzeit Antwort erbitten. Das Dokument war lange in Liebknechts Hand, von dem Bracke es nur mit Schwierigkeit zurückerhielt: Liebknecht wollte es ganz für sich behalten, um es bei der definitiven Programmredaktion zu benutzen. Wie, das liegt vor.

Den Lafargue-Artikel schick mir eingeschrieben unter Streifband als Manuskript, ich will die Sache schon in Ordnung bringen. Im übrigen war sein Artikel über Padlewsky³ ganz gut und sehr nützlich gegenüber den Verdrehungen des „Vorwärts“ über französische Politik. Überhaupt hat Wilhelm⁴ da Pech. Er streicht die französische Republik überall heraus, und sein von ihm eigens engagierter Korrespondent, Guesde, reißt sie überall herunter.

Die durch Sch. angekündigte Erklärung der Fraktion⁵ ist mir äußerst gleichgültig. Wenn sie es wünschen, bin ich bereit, ihnen zu bestätigen, daß ich nicht gewohnt bin, bei ihnen um Erlaubnis anzufragen. Ob ihnen diese Veröffentlichung recht ist oder nicht, ist mir total einerlei. Das Recht, ihre abfällige Meinung über dies und jenes auszusprechen, lasse ich ihnen gern. Wenn die Geschichte nicht derart

¹ Engels meint das 1861 erschienene Buch Lassalles, Das System der erworbenen Rechte. Die Red.

² Die „Kritik des Gothaer Programms“. Die Red.

³ Engels meint den in der „Neuen Zeit“ Nr. 10, 1891, veröffentlichten Artikel „Der Schuß Padlewskys“. Die Red.

⁴ Wilhelm Liebknecht. Die Red.

⁵ Es ist hier von der sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Reichstag die Rede. Die Red.

ausfällt, daß ich absolut gezwungen bin, darauf einzugehn, denke ich gar nicht daran darauf zu antworten. Wollen's also abwarten.

An Bebel werde ich auch deswegen nicht schreiben, denn erstens muß er mir erst selbst sagen, was er sich für eine definitive Meinung über die Sache gebildet hat, und zweitens wird ja jeder Fraktionsbeschluß von allen unterschrieben, ob sie dafür gestimmt oder nicht. Ubrigens irrt Bebel sich, wenn er glaubt, ich würde mich in eine verbitternde Polemik hereinreiten lassen. Da müßten sie mir denn doch erst mit Unwahrheiten etc. kommen, die ich nicht hingehn lassen könnte. Im Gegenteil, ich bin förmlich von Versöhnlichkeit durchseucht, ich habe ja gar keinen Grund zu zürnen und brenne vor Begierde, jede Brücke — Pontonbrücke, Bockbrücke, eiserne oder steinerne, selbst goldne Brücke über den von Bebel in der Ferne geahnten möglichen Abgrund oder Kluft zu bauen.

Sonderbar! Jetzt schreibt Sch. von den vielen alten Lassalleanern, die auf ihre Lassallerei stolz sind — und als sie hier waren, hieß es einstimmig; es gibt keine Lassalleaner mehr in Deutschland! Das war eben ein Hauptgrund, der bei mir manche Bedenken verschwinden ließ. Und da kommt auch Bebel und findet, daß eine große Anzahl der besten Genossen schwer verletzt werden. Ja, dann mußte man mir auch die Dinge so darstellen wie sie waren.

Ubrigens wenn man jetzt, nach 15 Jahren, nicht gradeaus über den theoretischen Blödsinn Lassalles und sein Prophetentum sprechen darf, wann dann?

Die Partei selbst, der Vorstand, die Fraktion und tutti quanti, sind aber vor allem Tadel, außer dem, so ein Programm angenommen zu haben (und der ist nicht zu umgehn), gedeckt durch das Sozialistengesetz. Solange dies herrschte, war jede Revision ausgeschlossen. Sobald es aufgehört, setzen sie sie auf die Tagesordnung. Also was will man mehr?

Und daß die Leute endlich einmal aufhören, die Parteibeamten — ihre eignen Diener — mit den ewigen Glacéhandschuhen anzufassen und vor ihnen, wie vor unfehlbaren Bürokraten, gehorsamst, statt kritisch, dazustehn, ist auch nötig.

Dein

F. E.

Erstmalig veröffentlicht (mit Auslassungen) in der Zeitschrift „Die Gesellschaft“, Berlin 1932, Heft Nr. 5. Hier ergänzt nach der photographischen Kopie des Originals.

AUS DEM BRIEF AN FRIEDRICH ALBERT SORGE

Lieber Sorge,

London, 11. Februar 1891.

Brief 16. Januar erhalten. . .

Den Marxschen Artikel¹ in der „Neuen Zeit“ hast Du gelesen. Er hat bei den sozialistischen Machthabern in Deutschland anfangs großen Zorn verursacht, der sich aber schon etwas zu legen scheint. Dagegen in der Partei selbst — mit Ausnahme der alten Lassalleaner — sehr viel Freude. Der Berliner Korrespondent der Wiener „Arbeiter-Zeitung“, die Du mit nächster Post erhältst, dankt mir förmlich für den Dienst, den ich der Partei erwiesen (ich denke es ist Adolf Braun, Viktor Adlers Schwager und Liebnechts Unterredakteur beim „Vorwärts“²). Liebnecht natürlich ist wütend, da die ganze Kritik speziell auf ihn gemünzt war und er der Vater, der mit dem Arschficker Hasselmann zusammen das faule Programm erzeugt hat. Ich begreife das anfängliche Entsetzen der Leute, die bisher darauf bestanden, von den „Genossen“ nur äußerst zart angefaßt zu werden, als sie jetzt so sans façon behandelt und ihr Programm als reiner Blödsinn enthüllt wurde. Wie K. Kautsky, der sich in der ganzen Sache sehr couragiert benommen, mir schreibt, besteht die Absicht, einen Fraktionserlaß loszulassen, besagend, daß die Veröffentlichung ohne ihr Wissen erfolgt sei und von ihnen gemißbilligt werde. Das Vergnügen können sie sich gern machen. Indes kommt vielleicht auch das nicht zustande, wenn die Zustimmungen aus der Partei sich mehren und sie finden, daß das Geschrei von der „den Feinden damit in die Hand gegebenen Waffe gegen uns selbst“ nicht weit her ist.

Inzwischen werde ich von den Herren geboycottet, was mir ganz recht ist, da es mir manche Zeitverschwendung erspart. Gar zu lange wird's ohnehin nicht dauern . . .

Dein F. E.

Erstmalig veröffentlicht (mit Auslassungen) in „Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. a. an F. A. Sorge und andere“, Stuttgart 1906. Hier ergänzt nach der photographischen Kopie des Originals.

¹ Die „Kritik des Gothaer Programms“. Die Red.

² In dem sogenannten Sorge-Briefwechsel (Stuttgart 1906 und folgende Ausgaben) lautet diese Stelle: „... ich denke, es ist August Bebel.“ Diese den Engelsschen Text entstellende Umarbeitung verfolgte offenbar den Zweck, Bebel einen Dienst zu erweisen und ihm eine positive Stellung zu der von Engels veröffentlichten „Kritik des Gothaer Programms“ zuzuschreiben, während er in Wirklichkeit gegen die Veröffentlichung gewesen war. Die Red.

BRIEF AN KARL KAUTSKY

London, 23. Februar 1891.

Lieber Kautsky,

Meine eilige Gratulation von vorgestern wirst Du erhalten haben. Also jetzt wieder zum besagten Hammel, dem Marxbrief¹.

Die Furcht, er werde den Gegnern eine Waffe in die Hand geben, war unbegründet. Boshafte Insinuationen werden ja an alles und jedes gehängt, aber im ganzen und großen war der Eindruck bei den Gegnern doch die vollständige Verdutztheit über diese rücksichtslose Selbstkritik, und das Gefühl: welch innere Kraft muß eine Partei besitzen, die sich selbst so etwas bieten kann! Das geht aus dem von Dir gesandten (besten Dank!) und mir sonst zugänglich gewordenen Gegnerblättern hervor. Und, offen gesagt, das war auch der Sinn, worin ich das Aktenstück veröffentlichte. Daß es hie und da im ersten Moment sehr unangenehm berühren mußte, das wußte ich, das war aber nicht zu vermeiden, und der sachliche Inhalt wog das in meinen Augen reichlich auf. Und ich wußte, daß die Partei reichlich stark genug war, das zu ertragen, und ich rechnete darauf, daß sie heute diese, vor 15 Jahren gebrauchte, unverhohlene Sprache auch vertragen würde; daß man mit gerechtem Stolz auf diese Kraftprobe hinweisen und sagen würde: wo ist die andre Partei, die gleiches wagen darf? Das hat man indes der Sächsischen und Wiener „Arbeiter-Zeitung“ und der „Züricher Post“² überlassen.

Wenn Du in Nr. 21 der „Neuen Zeit“ die Verantwortlichkeit der Veröffentlichung übernimmst, so ist das sehr brav von Dir, aber vergröß nicht, daß ich doch den ersten Anstoß gab und obendrein Dich gewissermaßen in eine Zwangslage versetzte. Ich beanspruche deshalb die Hauptverantwortlichkeit für mich. Was Einzelheiten angeht, so kann man ja über solche immer verschiedener Ansicht sein. Ich habe alles gestrichen und geändert, was Du und Dietz beanstandet, und hätte Dietz noch mehr angestrichen, so wäre ich auch da nach Möglichkeit kulant gewesen, das habe ich Euch stets bewiesen. Aber was die Hauptsache angeht, so war es *meine Pflicht*, das Ding zu veröffentlichen, sobald einmal das Programm zur Debatte stand. Und nun gar nach Liebknechts Haller Referat, worin er seine Auszüge daraus teils

¹ Gemeint ist die „Kritik des Gothaer Programms“. Die Red.

² Von diesen Zeitungen waren die beiden ersten sozialdemokratische, die letzte eine bürgerliche. Die Red.

ungeniert als sein Eigentum verwertet, teils dagegen ankämpft ohne es zu nennen, hätte Marx dieser Verarbeitung unbedingt das Original entgegengestellt, und ich war an seiner Stelle verpflichtet, dasselbe zu tun. Leider hatte ich damals das Aktenstück noch nicht, ich habe es erst viel später nach langem Suchen gefunden.

Du sagst, Bebel schreibe Dir, die Behandlung Lassalles durch Marx habe bei den alten Lassalleanern böses Blut gesetzt. Das mag sein. Die Leute kennen ja die wirkliche Geschichte nicht, und es scheint auch nichts geschehen zu sein, sie darüber aufzuklären. Wenn jene Leute nicht wissen, daß die ganze Größe Lassalles darauf beruhte, daß Marx ihm erlaubte, jahrelang sich mit Marx' Forschungsergebnissen als mit seinen eigenen zu schmücken, und sie obendrein aus mangelhafter ökonomischer Vorbildung zu verdrehen, so ist das nicht meine Schuld. Aber ich bin literarischer Testamentsvollstrecker von Marx und habe als solcher auch meine Pflichten.

Lassalle gehört seit 26 Jahren der Geschichte an. Wenn man unter dem Ausnahmegesetz die historische Kritik über ihn hat ruhen lassen, so wird es endlich Zeit, daß sie zu ihrem Rechte kommt und über die Stellung Lassalles zu Marx Klarheit geschaffen wird. Die Legende, die die wahre Gestalt Lassalles verhüllt und verhimmelt, kann doch kein Glaubensartikel der Partei werden. Mag man die Verdienste Lassalles um die Bewegung noch so hoch anschlagen, seine historische Rolle darin bleibt eine zweischlächtige. Den Sozialisten Lassalle begleitet der Demagog Lassalle auf Schritt und Tritt. Durch den Agitator und Organisator Lassalle scheint der Leiter des Hatzfeldtschen Prozesses¹ überall durch: derselbe Zynismus in der Wahl der Mittel, dieselbe Vorliebe, sich mit anrühigen und korrumpierten Leuten zu umgeben, die man als bloße Werkzeuge gebrauchen resp. wegwerfen kann. Bis 1862 in der Praxis spezifisch preußischer Vulgärdemokrat, mit stark bonapartistischen Neigungen (ich habe eben seine Briefe an Marx durchgesehen), schlug er plötzlich um aus rein persönlichen Ursachen und begann seine Agitation; und ehe 2 Jahre vorbei, verlangte er, die Arbeiter sollten die Partei des Königtums gegen die Bourgeoisie ergreifen, und mogelte mit seinem Charakterverwandten Bismarck in einer Weise, die zum tatsächlichen Verrat an der Bewegung führen mußte, wäre er nicht zu seinem eignen Glück rechtzeitig erschossen worden. In seinen

¹ Gemeint ist hier der Ehescheidungsprozeß der Gräfin Hatzfeldt, den Lassalle als Rechtsanwalt in den Jahren 1845—1854 geführt hatte. Die Red.

Agitationsschriften ist das Richtige, das er von Marx entlehnt, so sehr mit Lassalleschen eignen und regelmäßig falschen Ausführungen verwebt, daß beides fast nicht zu trennen ist. Der Teil der Arbeiter, der sich durch Marx' Urteil verletzt fühlt, kennt von Lassalle eben nur die 2 Jahre Agitation, und auch diese nur durch eine gefärbte Brille. Aber vor solchen Vorurteilen kann die historische Kritik nicht ewig stehnbleiben, den Hut in der Hand. Mir war es Pflicht, endlich einmal reinen Tisch zu schaffen zwischen Marx und Lassalle. Das ist geschehen. Damit kann ich mich vorderhand begnügen. Ich selbst habe zudem jetzt andres zu tun. Und das veröffentlichte rücksichtslose Urteil Marx' über Lassalle wird schon allein seine Wirkung tun und andren Mut machen. Aber würde ich dazu gezwungen, so bliebe mir keine Wahl: ich müßte mit der Lassallelegende ein für allemal aufräumen.

Daß in der Fraktion Stimmen laut geworden, man solle die „Neue Zeit“ unter Zensur stellen, ist ja sehr schön. Spukt die sozialistengesetzliche Fraktionsdiktatur (die ja notwendig war und vortrefflich geführt wurde) noch nach, oder sind es Erinnerungen an die weiland stramme Organisation von Schweitzers? Es ist in der Tat ein brillanter Gedanke, die deutsche sozialistische Wissenschaft, nach ihrer Befreiung vom Bismarckschen Sozialistengesetz, unter ein neues, von den sozialdemokratischen Parteibehörden selbst zu fabrizierendes und auszuführendes Sozialistengesetz zu stellen. Im übrigen ist dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Der „Vorwärts“-Artikel rührt mich wenig.¹ Ich werde Liebknechts Geschichtserzählung abwarten und dann wohl in möglichst freundschaftlichem Ton auf beide antworten. Im „Vorwärts“-Artikel sind nur einige Unrichtigkeiten zu korrigieren (z. B. wir hätten die Eini-gung nicht gewollt, die Ereignisse hätten Marx unrecht gegeben usw.) und Selbstverständliches zu bestätigen. Mit dieser Antwort denke ich dann die Debatte meinerseits zu schließen, falls ich nicht durch neue Angriffe oder unrichtige Behauptungen zu weiterem genötigt werde.

¹ Der Redaktionsartikel im „Vorwärts“ (vom 13. Februar 1891), dem Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, der den offiziellen Standpunkt des Parteivorstands zur Veröffentlichung der Marx'schen „Kritik“ vertrat, verurteilte aufs heftigste die Marx'sche Einschätzung Lassalles und rechnete es der Partei als Verdienst an, daß sie trotz der Marx'schen Kritik den Entwurf des Gothaer Programms angenommen hatte. In dem Artikel wurde weiter erklärt: „Die deutschen Sozialdemokraten sind keine Marxianer, keine Lassalleaner — sie sind Sozialdemokraten.“ Die Red.

Sage Dietz, ich sei an der Bearbeitung des „Ursprungs“¹. Aber nun schreibt heute Fischer und will auch 3 neue Vorreden haben!

Dein

F. E.

Erstmalig veröffentlicht in „Internationale Presse-Korrespondenz“, Berlin, Jahrgang XII, Nr. 11 vom 9. II. 1932.

AUS DEM BRIEF AN FRIEDRICH ALBERT SORGE

London, 4. März 1891.

Lieber Sorge,

Deinen Brief vom 19. Februar erhalten. Du wirst inzwischen wohl ein Mehreres über die große Entrüstung der sozialdemokratischen Fraktion über die Veröffentlichung von Marx' Programmbrief in der „Neuen Zeit“ gehört haben. Die Sache spielt noch. Ich lasse die Leute einstweilen sich blamieren, und darin hat Liebknecht im „Vorwärts“ Bedenkliches geleistet. Seinerzeit werde ich natürlich antworten, doch ohne unnötige Zänkerei, ohne eine leise Ironie wird's aber wohl kaum abgehen. Natürlich stehn alle theoretisch mitzählenden Leute auf meiner Seite — ich muß nur Bebel ausnehmen, der in der Tat nicht ganz unrecht hat, sich durch mich verletzt zu fühlen — aber das war unvermeidlich. Ich habe die „Volkszeitung“² seit 4 Wochen nicht ansehen können wegen Überarbeit, weiß also nicht, ob's in Amerika Reflexblitze gegeben hat — in Europa schäumen die lassalleanischen Reste, und deren habt ihr ja genug...

Dein

F. E.

Erstmalig veröffentlicht (mit Auslassungen) in „Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. a. an F. A. Sorge und andere“, Stuttgart 1906. Hier ergänzt nach der photographischen Kopie des Originals.

¹ Gemeint ist die Vorbereitung der 4. Auflage des Engels'schen Buches „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“, Verlag Dietz, Stuttgart 1891. Die Red.

² Gemeint ist die „New-Yorker Volkszeitung“, die im Jahre 1878 von Sorge gegründet worden war. Die Red.

AUS DEM BRIEF AN AUGUST BEBEL

London, 1. Mai 1891¹.

Lieber Bebel,

Ich antworte heute auf Deine beiden Briefe vom 30./III. und 25./IV. Mit Freuden habe ich gelesen, daß Eure silberne Hochzeit so schön verlaufen ist und Euch Lust auf die künftige goldene gemacht hat. Daß Ihr beide sie erlebt, wünsche ich von Herzen. Wir brauchen Dich noch lange, nachdem mich — um mit dem alten Dessauer zu reden — der Teufel geholt hat.

Ich muß, hoffentlich zum letztenmal, auf die Marxsche Programmkritik zurückkommen. Daß „gegen die Veröffentlichung an sich *niemand* Einspruch erhoben hätte“, muß ich bestreiten. Liebknecht hätte sie *nie* gutwillig zugegeben und alles aufgeboten sie zu hindern. Diese Kritik liegt ihm seit 1875 so im Magen, daß er an sie denkt, sobald von „Programm“ die Rede ist. Seine ganze Hallenser Rede dreht sich um sie. Sein pausbackiger „Vorwärts“-Artikel ist nur Ausdruck seines bösen Gewissens wegen eben derselben Kritik. Und in der Tat ist sie in erster Instanz gegen ihn gerichtet. Wir sahen und ich sehe ihn noch als den Vater des Einigungsprogramms — nach seiner *faulen* Seite hin — an. Und das war der Punkt, der mein einseitiges Vorgehen entschied. Hätte ich mit Dir allein die Sache durchberaten und dann sofort an K. Kautsky zum Abdruck schicken können, wir wären in zwei Stunden einig geworden. Aber so hielt ich Dich für — persönlich und parteilich — verpflichtet, auch Liebknecht zu Räte zu ziehen. Und dann wußte ich was kam. Entweder Unterdrückung oder offener Krakeel, wenigstens für eine Zeitlang, auch mit Dir, wenn ich doch vorging. Daß ich nicht unrecht hatte beweist mir folgendes: da Du am 1. April aus dem Loch kamst und das Aktenstück erst 5. Mai datiert, ist es klar — bis auf anderweitige Aufklärung —, daß Dir das Ding *absichtlich unterschlagen* wurde, und zwar kann dies *nur von Liebknecht* geschehen sein. Du gibst aber um des lieben Friedens willen zu, daß er die Lüge in die Welt schickt, Du habest Brummens halber das Ding nicht zu sehen

¹ In der auf Schreibmaschine hergestellten Kopie dieses Briefes, die sich im Marx-Engels-Lenin-Institut in Moskau befindet, ist dieser Brief am Anfang vom 8. Mai, gegen den Schluß dagegen vom 2. Mai datiert. Da aus dem Inhalt des Schlußteils des Briefes zweifelsfrei hervorgeht, daß er tatsächlich am 2. Mai 1891 geschrieben wurde, kann geschlußfolgert werden, daß der erste Teil am 1. Mai geschrieben worden ist. Die Red.

bekommen. Und so hättest Du auch vor dem Druck Rücksicht auf ihn genommen, um Skandal in dem Vorstand zu vermeiden. Ich finde das auch erklärlich, aber hoffentlich Du dann auch *dies*, daß ich darauf Rücksicht nahm, daß aller Wahrscheinlichkeit nach so gehandelt worden wäre.

Ich habe soeben das Ding nochmals durchgesehen. Möglich daß noch einiges hätte weggelassen werden können, ohne dem Ganzen zu schaden. Aber *viel* sicher nicht. Was war die Lage? Wir wußten ebensogut wie Ihr und wie z. B. die „Frankfurter Zeitung“ vom 9. März 1875, die ich gefunden, daß mit der Annahme des Entwurfs durch seine Bevollmächtigten die *Sache entschieden* war. Daher schrieb Marx das Ding und um sein Gewissen zu salvieren, dixi et salvavi animam meam¹ steht zum Zeugnis darunter, und ohne irgendwelche Hoffnung auf Erfolg. Und Liebknechts Diktum mit dem kategorischen „Nein“² ist daher nichts als blasse Renommage, und er weiß das auch. Wenn Ihr nun in der Wahl Eurer Vertreter einen Bock gemacht und nun, um die ganze Einigung nicht zuschanden werden zu lassen, das Programm hinunterschlucken müßtet, so könnt Ihr doch wahrhaftig nichts dagegen haben, daß man jetzt, *nach 15 Jahren*, die Euch vor der letzten Entscheidung zugegangene Warnung veröffentlicht. Das stempelt Euch weder als Dummköpfe noch als Betrüger, es sei denn Ihr nehmt für Eure amtlichen Handlungen Unfehlbarkeit in Anspruch.

Allerdings hast Du die Warnung nicht gelesen. Das ist ja aber auch veröffentlicht, und so stehst Du ausnahmsweise günstig da gegenüber den anderen, die sie gelesen und sich doch in den Entwurf gefügt.

Den Begleitbrief halte ich für sehr wichtig. Denn darin wird die einzig richtige Politik dargelegt. Parallele Aktion für eine Probezeit, das war das einzige, was Euch vor dem Prinzipienschacher retten konnte. Aber Liebknecht wollte sich den Ruhm, die Einigung gemacht zu haben, um keinen Preis entgehen lassen, und da ist es noch ein Wunder, daß er in seinen Konzessionen nicht noch weiter ging.

¹ Ich habe gesprochen und meine Seele gerettet. Die Red.

² Im Leitartikel des „Vorwärts“ vom 13. Februar 1891 wurde prahlerisch hervorgehoben, daß die Führer der Eisenacher, an die der Brief von Marx gerichtet war, den Ratschlägen einer solchen Autorität wie Marx ein „kategorisches: Nein!“ entgegengesetzt haben. Die Red.

Er hat eine wahre Einigungswut von jeher aus der bürgerlichen Demokratie mit herübergenommen und behalten.

Daß die Lassalleaner kamen weil sie mußten, weil ihre ganze Partei in Stücke ging, weil ihre Führer Lumpen oder Esel waren, denen die Massen nicht mehr folgen wollten, das kann in der gewählten milden Form heute gesagt werden. Ihre „stramme Organisation“ endigte naturgemäß in vollständiger Auflösung. Also lächerlich, wenn Liebknecht die en bloc Annahme der Lassalleschen Glaubensartikel damit entschuldigt, daß die Lassalleaner ihre stramme Organisation geopfert — da war nichts mehr zu opfern!

Du wunderst Dich, woher die unklaren und verworrenen Phrasen im Programm stammen? Aber die sind ja alle gerade der leibhaftige Liebknecht, wegen deren wir uns mit ihm jahrelang herumstritten und für die er schwärmt. Er ist theoretisch stets unklar gewesen, und unsere scharfe Formulierung ist ihm noch heute ein Greuel. Dagegen tönende Phrasen, wobei man sich alles mögliche oder auch nichts denken kann, liebt er als alter Volksparteiler noch heute. Wenn damals unklare Franzosen, Engländer, Amerikaner von „Befreiung der Arbeit“ statt der Arbeiterklasse sprachen, weil sie's nicht besser wußten, und wenn selbst in den Aktenstücken der Internationale stellenweise die Sprache der Leute geredet werden mußte, so war dies Grund genug für Liebknecht, die Ausdrucksweise der deutschen Partei gewaltsam auf denselben überwundenen Standpunkt zurückzuschrauben. Und man kann keineswegs sagen, „wider besseres Wissen“, denn er wußte es wirklich nicht besser, und ich bin nicht sicher, ob das nicht auch heute noch gilt. Jedenfalls fällt er noch heute alle fingerlang in die alte verschwommene Ausdrucksweise zurück — sie ist allerdings rhetorisch leichter zu verwenden. Und da ihm an den demokratischen Grundforderungen, die er zu verstehen glaubte, sicher mindestens ebensoviel lag als an den ökonomischen Sätzen, die er nicht klar verstand, so war er sicher ehrlich, wenn er bei Einhandlung der demokratischen Stapelartikel gegen die Lassalleschen Dogmen ein brillantes Geschäft gemacht zu haben glaubte.

Was die Angriffe auf Lassalle angeht, so waren mir diese mit das Wichtigste, wie ich Euch gesagt. Durch Annahme aller wesentlich Lassalleschen ökonomischen Phrasen und Forderungen waren die Eisenacher *tatsächlich Lassalleaner geworden*, wenigstens dem Programm nach. Die Lassalleaner hatten nichts, aber auch gar nichts geopfert, was sie hätten halten können. Um den Sieg der letzteren zu

vervollständigen, habt Ihr die gereimte moralisierende Phrase, worin Herr Audorf den Lassalle feiert¹, zu Eurem Parteilied übernommen. Und während der 15 Jahre Sozialistengesetz war selbstredend keine Möglichkeit, innerhalb der Partei gegen den Lassallekultus aufzutreten. Dem mußte ein Ende gemacht werden, und das habe ich angestiftet. Ich werde nicht mehr erlauben, daß der falsche Ruhm Lassalles auf Kosten von Marx aufrechterhalten und neu gepredigt wird. Die Leute, die noch Lassalle persönlich gekannt und angebetet, sind dünn gesät, bei all den anderen ist der Lassallekultus rein gemacht, gemacht durch unsere stillschweigende Duldung wider besseres Wissen, hat also nicht einmal die Berechtigung persönlicher Anhänglichkeit. Auf die Unerfahrenen und Neuzugekommenen war hinreichend Rücksicht genommen dadurch, daß das Ding in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht war. Aber ich kann überhaupt nicht zugeben, daß in solchen Dingen die historische Wahrheit zurücktreten muß — nach 15 Jahren lammfrommer Geduld — vor der Konvenierung und der Möglichkeit des Anstoßes innerhalb der Partei. Daß dabei jedesmal brave Leute verletzt werden, ist nicht zu vermeiden. Und daß sie dann knurren auch nicht. Und wenn sie dann sagen, Marx sei neidisch auf Lassalle gewesen und deutsche Blätter und sogar (!) der „Chicagoer Vorbote“ (der für mehr spezifische Lassalleaner — in Chikago — schreibt, als in ganz Deutschland existieren) dem mit einstimmen, so rührt mich das weniger als ein Flohstich. Wir haben ganz andere Dinge an den Kopf geworfen bekommen und sind zur Tagesordnung übergegangen. Das Beispiel ist gegeben, daß Marx den heiligen Ferdinand Lassalle rauh angefaßt hat, und das ist vorderhand genug.

Und nun noch eins: Seit Ihr versucht, die Veröffentlichung des Artikels mit Gewalt zu verhindern und der „Neuen Zeit“ habt Warnungen zukommen lassen, sie würde im Wiederholungsfalle vielleicht auch parteilich verstaatlicht und unter Zensur gestellt, muß mir die Besitzergreifung Eurer ganzen Presse durch die Partei doch unter einem eigentümlichen Licht erscheinen. Wodurch unterscheidet Ihr Euch von Puttkamer, wenn Ihr in Euren eigenen Reihen ein Sozialistengesetz einführt? Mir persönlich kann das ja ziemlich einerlei sein, keine Partei in irgendeinem Land kann mich zum Schweigen verurteilen, wenn ich zu reden entschlossen bin. Aber ich möchte doch zu bedenken geben, ob Ihr nicht besser tätet, etwas weniger

¹ Gemeint ist hier der von Audorf verfaßte Prolog zur Totenfeier Ferdinand Lassalles am 4. September 1876. Die Red.

empfindlich, und im Handeln etwas weniger — preußisch zu sein. Ihr — die Partei — *braucht* die sozialistische Wissenschaft und diese kann nicht leben ohne Freiheit der Bewegung. Da muß man die Unannehmlichkeiten in den Kauf nehmen, und man tut's am besten mit Anstand, ohne zu zucken. Eine, auch nur lockere, Spannung, geschweige ein Riß zwischen der deutschen Partei und der deutschen sozialistischen Wissenschaft wäre doch ein Pech und eine Blamage sondergleichen. Daß der Vorstand resp. Du persönlich einen bedeutenden *moralischen* Einfluß auf die „Neue Zeit“, und auf alles auch sonst Erscheinende, behält und behalten muß, ist selbstredend. Aber das muß Euch auch genügen und kann es. Im „Vorwärts“ wird immer geprahlt mit der unantastbaren Freiheit der Diskussion, aber zu merken ist davon nicht viel. Ihr wißt gar nicht, wie eigentümlich solche Neigung zu Gewaltmaßregeln hier im Ausland einen anmutet, wo man gewohnt ist, die ältesten Parteichefs innerhalb der eigenen Partei gehörig zur Rechenschaft gezogen zu sehen (z. B. die Tory-Regierung durch den Lord Randolph Churchill). Und dann dürft Ihr doch nicht vergessen, daß die Disziplin in einer großen Partei keineswegs so straff sein kann als in einer kleinen Sekte und daß das Sozialistengesetz, das Lassalleaner und Eisenacher in eins geschmiedet (nach Liebknecht hat das allerdings sein Prachtprogramm getan!) und solchen engen Zusammenhalt nötig machte, nicht mehr existiert.

Uff! So, dieser alte Kram wäre abgeschüttelt und jetzt von was anderem...

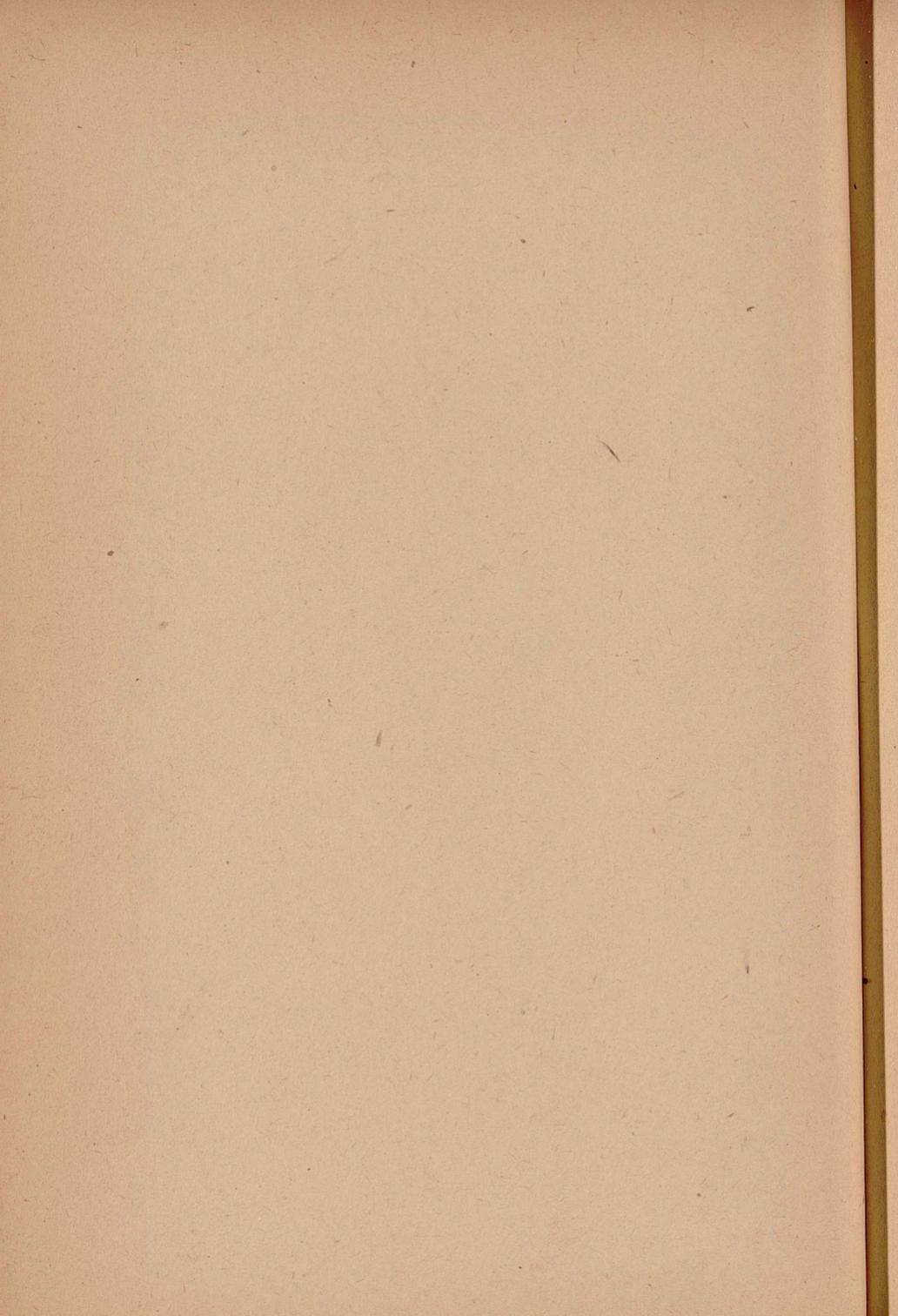
Also grüß Deine Frau, Paul¹, Fischer, Liebknecht und tutti quanti bestens von Deinem

F. E.

¹ Gemeint ist Paul Singer. Die Red.

Engels

UBER DAS ERFURTER PROGRAMM



AUS DEM BRIEF AN KAUTSKY VOM 29. JUNI 1891

Ich habe mich auf ein paar Tage hierher zu P. gerettet, es wurde zu arg mit den auf mich einstürmenden Arbeiten. Eben saß ich glücklich und vergnügt in der Gruppenehe, da kam das Parteiprogramm mir auf den Pelz, und das mußte vorgenommen werden. Ich wollte erst versuchen, die Einleitungserwägungen etwas straffer zu fassen, kam aber aus Zeitmangel nicht dazu, auch schien es mir wichtiger, die teils vermeidlichen, teils unvermeidlichen Mängel des politischen Teiles auseinanderzusetzen, da ich dabel Gelegenheit fand, auf den friedfertigen Opportunismus . . . und das frisch-frommfröhlich-freie „Hineinwachsen“ der alten Sauerei „in die sozialistische Gesellschaft“ loszuhauen. Inzwischen höre ich, daß Du ihnen eine neue Einleitung vorgeschlagen, um so besser.¹

Erstmalig veröffentlicht
in der „Neuen Zeit“,
Jahrgang XX (1901—02),
Bd. I, Nr. 1.

¹ Auf dem Erfurter Parteitag 1891 ist denn auch statt des von Engels kritisierten Programmwurfs des Parteivorstandes (er ist in der „Neuen Zeit“ abgedruckt) der Programmvorschlag von K. Kautsky angenommen worden. Siehe Engels an Sorge am 24. Oktober 1891. „Der Programmwurf von Kautsky, von Bebel und mir unterstützt, ist zur Grundlage des Programms, theoretischer Teil, genommen worden. Wir haben die Satisfaktion, daß die Marxsche Kritik komplett durchgeschlagen hat.“ (Sorge Briefwechsel.)
Die Red.

ZUR KRITIK DES SOZIALDEMOKRATISCHEN PROGRAMM- ENTWURFS 1891

Der jetzige Entwurf unterscheidet sich sehr vorteilhaft vom bisherigen Programm. Die starken Überreste von überlebter Tradition — spezifisch lassallischer wie vulgär-sozialistischer — sind im wesentlichen beseitigt, der Entwurf steht nach seiner theoretischen Seite im ganzen auf dem Boden der heutigen Wissenschaft und läßt sich von diesem Boden aus diskutieren.

Er zerfällt in drei Abschnitte: I. Erwägungsgründe, II. Politische Forderungen, III. Arbeiterschutzforderungen.

I. ERWÄGUNGSGRÜNDE IN ZEHN ABSÄTZEN

Im allgemeinen leiden diese an dem Versuch, zwei unvereinbare Dinge zu vereinigen: sowohl Programm wie *Kommentar* zum Programm zu sein. Man fürchtet, nicht deutlich genug zu sein, wenn man kurz und schlagend ist, setzt deshalb Erläuterungen hinein, die die Sache breit und schleppend machen. Nach meiner Ansicht hat das Programm so kurz und präzis als möglich zu sein. Selbst wenn auch einmal ein Fremdwort oder ein nicht auf den ersten Blick in seiner ganzen Tragweite zu erfassender Satz vorkommt, schadet das nichts. Der mündliche Vortrag in den Versammlungen, die schriftliche Erklärung in der Presse tut da alles Nötige, und der kurze, prägnante Satz befestigt sich dann, einmal verstanden, im Gedächtnis, wird Schlagwort, und das passiert der breiteren Auseinandersetzung nie. Man opfere der Rücksicht auf Popularität nicht zu viel, man unterschätze nicht die geistige Begabung und Bildungsstufe unserer Arbeiter. Sie haben weit schwerere Dinge verstanden, als das kürzeste,

knappste Programm ihnen bieten kann; und wenn die sozialistengesetzliche Zeit auch die volle Durchbildung der neuhinzugekommenen Massen erschwert und stellenweise verhindert hat — unter Leitung der alten wird das bald nachgeholt, jetzt, wo unsere Propagandaschriften wieder ungestört aufbewahrt und gelesen werden können.

Ich will versuchen, diesen ganzen Passus etwas kürzer zu fassen, und wenn es mir gelingt, ihn beilegen oder nachschicken und gehe nun an die einzelnen, von 1 bis 10 nummerierten Absätze. In Beilage 1 sind meine Vorschläge in den Entwurf gesetzt¹.

Absatz 1. „Die Trennung“ „Bergwerke, Gruben, Minen“ — drei Worte für eine Sache; zwei sollten fallen. Ich würde Bergwerke stehenlassen, die ja bei uns auch in der plattesten Ebene so heißen und alles mit dem gebräuchlichen Ausdruck bezeichnen. Dagegen würde ich hinzufügen: „Eisenbahnen und andere Verkehrsmittel“.²

Absatz 2. Hier würde ich setzen: „In den Händen *ihrer Aneigner* (oder ihrer Besitzer) sind die gesellschaftlichen Arbeitsmittel“, und ebenso nachher „Abhängigkeit . . . von den Besitzern (oder Aneignern) der Arbeitsmittel“ usw.

Daß die Herren sich jene Dinge als „Alleinbesitz“ angeeignet, ist schon ad 1 gesagt und kann hier nur wiederholt werden, wenn man platterdings darauf besteht, das Wort „Monopolisten“ hineinzubringen. Weder das eine noch das andere Wort fügt dem Sinne das Geringste zu. Was aber in einem Programm überflüssig, das schwächt ab.

„Die für den Bestand der Gesellschaft *nötigen* Arbeitsmittel“: das sind immer die gerade vorhandenen. Vor der Dampfmaschine wurde man ohne sie fertig, jetzt könnte man's nicht mehr. Da heutzutage die sämtlichen Arbeitsmittel direkt oder indirekt — entweder ihrer Konstruktion nach oder vermittelt der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit — *gesellschaftliche* Arbeitsmittel sind, so drücken diese

¹ Laut Anmerkung der Redaktion der „Neuen Zeit“ war diese Beilage nicht mehr aufzufinden. Die Red.

² Hier die Fassung, die der betreffende Absatz in dem wenige Tage nach dem Eintreffen des Gutachtens veröffentlichten Entwurf des Parteivorstandes gefunden; man kann daraus ersehen, inwieweit darin die Engelsschen Vorschläge Berücksichtigung gefunden. Der Absatz lautet: „Die Trennung des Arbeiters von den Arbeitsmitteln — Grund und Boden, Bergwerke, Gruben, Maschinen und Werkzeuge, Verkehrsmittel — und deren Übergang in den Alleinbesitz eines Teiles der Gesellschaftsmitglieder hat zur Spaltung der Gesellschaft in zwei Klassen, die arbeitende und die besitzende, geführt.“ Die Red.

beiden Worte das in jedem Moment Vorhandene hinreichend aus, richtig und ohne schiefe Nebenbedeutung.

Wenn sich der Schluß an die Erwägungsgründe der internationalen Statuten¹ anschließt, so würde ich vorziehen, daß dies ganz geschieht: „dem gesellschaftlichen Elend (dies ist Nr. 1), der geistigen Verkümmern und der politischen Abhängigkeit“. Die physische Verkümmern ist im gesellschaftlichen Elend eingeschlossen, und die politische Abhängigkeit ist eine Tatsache, während die politische Rechtlosigkeit eine deklamatorische Phrase von nur relativer Gültigkeit ist, dergleichen nicht in ein Programm gehört.²

Absatz 3. Der erste Satz muß nach meiner Ansicht geändert werden. „Unter der Herrschaft der Alleinbesitzer.“ Erstens ist das, was folgt, eine ökonomische Tatsache, die ökonomisch zu erklären ist. Der Ausdruck Herrschaft der Alleinbesitzer bringt aber den falschen Schein hinein, als habe die politische Herrschaft jener Räuberbande das verursacht. Zweitens gehören zu diesen Alleinbesitzern nicht nur „Kapitalisten und Großgrundbesitzer“ (was sollen die Bourgeois dahinter? Sind sie eine dritte Klasse von Alleinbesitzern? Sind die Großgrundbesitzer auch „Bourgeois“? Sollen, wenn von Großgrundbesitzern einmal die Rede ist, dann die kolossalen Reste von Feudalismus ignoriert werden, die unserer ganzen politischen Sauerei in Deutschland ihr spezifisch reaktionäres Gepräge geben?). Auch Bauern und Kleinbürger sind „Alleinbesitzer“, wenigstens noch heute; sie figurieren aber im ganzen Programm nicht, und deshalb muß sich so ausgedrückt werden, daß sie überhaupt nicht eingeschlossen sind in die Sorte von Alleinbesitzern, von denen man spricht.

„Die Anhäufung der Arbeitsmittel und des durch die Ausgebeuteten erzeugten Reichtums.“ „Der Reichtum“ besteht aus 1. Arbeitsmitteln, 2. Lebensmitteln. Es ist also ungrammatisch und unlogisch, erst von einem Teile des Reichtums zu sprechen und dann nicht von

¹ Engels meint die Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation. Siehe Anhang, S. 147. Die Red.

² Absatz 2 bekam folgende Fassung: „In den Händen ihrer Aneigner sind die gesellschaftlichen Arbeitsmittel zu Mitteln der Ausbeutung geworden. Die hierdurch bedingte ökonomische Unterwerfung der Arbeiter unter die Besitzer der Arbeitsmittel, das heißt der Lebensquellen, ist die Grundlage der Knechtschaft in jeder Gestalt, des gesellschaftlichen Elends, der geistigen Verkümmern, der politischen Abhängigkeit.“ Die Red.

dem anderen Teile, sondern von Gesamtreichtum, und beide zu verbinden durch und.

„Nimmt . . . in den Händen der Kapitalisten mit wachsender Geschwindigkeit zu.“ Wo bleiben da die „Großgrundbesitzer“ und die „Bourgeois“ von oben? Genügen die Kapitalisten hier, so sollten sie auch oben genügt haben. Geht man aber ins Einzelne, so genügen sie überhaupt nicht.

„Immer größer wird die Zahl und *das Elend* der Proletarier.“ Dies ist nicht richtig, so absolut gesagt. Die Organisation der Arbeiter, ihr stets wachsender Widerstand wird dem Wachstum des *Elends* möglicherweise einen gewissen Damm entgegensetzen. Was aber sicher wächst, ist die *Unsicherheit der Existenz*. Das würde ich hineinsetzen.¹

Absatz 4. „Die im Wesen der kapitalistischen Privatproduktion begründete Planlosigkeit“ verdient starke Verbesserung. Ich kenne eine kapitalistische Produktion als Gesellschaftsform, als ökonomische Phase, eine kapitalistische *Privatproduktion* als eine innerhalb dieser Phase so oder so vorkommende Erscheinung. Was heißt denn kapitalistische Privatproduktion? Produktion durch den einzelnen Unternehmer, und die wird ja schon mehr und mehr Ausnahme. Kapitalistische Produktion durch *Aktiengesellschaften* ist schon keine *Privatproduktion* mehr, sondern Produktion für assoziierte Rechnung von Vielen. Und wenn wir von den *Aktiengesellschaften* übergehen zu den Trusts, die ganze Industriezweige beherrschen und monopolisieren, so hört da nicht nur die *Privatproduktion* auf, sondern auch die *Planlosigkeit*.² Man streiche „*Privat*“, und der Satz kann allenfalls passieren.

¹ Der Absatz 3 lautet in der definitiven Fassung des Vorstandes: „Unter der Herrschaft dieser Ausbeutung nimmt die Anhäufung des durch die Ausgebeuteten erzeugten Reichtums in den Händen der Ausbeuter — der Kapitalisten und Großgrundbesitzer — mit wachsender Geschwindigkeit zu. Immer ungleicher wird die Verteilung des Arbeitsproduktes zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer größer die Zahl und immer unsicherer die Lebenslage der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Klassengegensatz, immer erbitterter der Klassenkampf, welcher die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.“ Die Red.

² Lenin sagt dazu: „Hier ist gerade das Grundlegende in der theoretischen Bewertung der neuesten Phase des Kapitalismus, d. h. des Imperialismus, nämlich die Tatsache, daß der Kapitalismus sich in einen monopolistischen Kapitalismus verwandelt, herausgegriffen.“ Lenin, Staat und Revolution. Die Red.

„Den Ruin weiter Volksschichten“, statt dieser deklamatorischen Phrase, die aussieht, als täte uns der Ruin von Bourgeois und Kleinbürgern noch leid, würde ich die einfache Tatsache erzählen: „die durch den Ruin der städtischen und ländlichen Mittelstände, der Kleinbürger und Kleinbauern, den Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen erweitern“ (oder vertiefen).

Die beiden Schlußsätze sagen zweimal dasselbe. Ich gebe in der Beilage I einen Änderungsvorschlag.¹

Absatz 5. „der Ursachen“ muß heißen „seiner Ursachen“, was wohl nur ein Schreibfehler ist.²

Absatz 6. „Bergwerke, Minen, Gruben“, wie oben ad 1. Privatproduktion wie oben ad 4. Ich würde sagen: „Umwandlung der gegenwärtigen kapitalistischen Produktion für Rechnung von Einzelnen oder Aktiengesellschaften in sozialistische Produktion für Rechnung der gesamten Gesellschaft und nach vorherbestimmtem Plane, eine Umwandlung etc. ... schafft und durch welche allein die Befreiung der Arbeiterklasse und damit die Befreiung aller Gesellschaftsglieder ohne Ausnahme verwirklicht wird.“³

¹ Absatz 4 im Vorstandsentswurf: „Die im Wesen der kapitalistischen Produktion begründete Planlosigkeit erzeugt jene immer länger andauernden Krisen und Arbeitsstockungen, welche die Lage der Arbeiter noch verschlimmern, durch den Ruin der städtischen und ländlichen Mittelstände — der Kleinbürger und Kleinbauern — den Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen erweitern, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Klasse der Aneigner der gesellschaftlichen Arbeitsmittel den Beruf und die Fähigkeit zur wirtschaftlichen und politischen Führung verloren hat.“ Die Red.

² Absatz 5: „Diesem Zustand, der von Tag zu Tag unerträglicher wird, durch Beseitigung seiner Ursachen ein Ende zu machen und die Befreiung der Arbeiterklasse zu erringen, ist das Ziel und die Aufgabe der Arbeiterklasse.“ Die Red.

³ Absatz 6: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt demgemäß die Umwandlung der Arbeitsmittel — Grund und Böden, Bergwerke, Gruben, Maschinen und Werkzeuge, Verkehrsmittel — in Gemeineigentum der Gesellschaft und die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in sozialistische Produktion; eine Umwandlung, für welche die kapitalistische Gesellschaft selbst die materiellen und geistigen Bedingungen geschaffen hat und weiter schafft, und durch welche allein die Befreiung der Arbeiterklasse und mit ihr die Befreiung aller Gesellschaftsglieder ohne Ausnahme verwirklicht wird.“ Die Red.

Absatz 7. Ich würde sagen wie in Beilage I.¹

Absatz 8. Statt klassenbewußt, was zwar unter unseren Kreisen leicht verständliche Abkürzung, würde ich sagen im Interesse des allgemeinen Verständnisses und der Übersetzung in fremde Sprachen: „mit den vom Bewußtsein ihrer Klassenlage durchdrungenen Arbeitern“ oder Ähnliches.²

Absatz 9. Schlußsatz: „... setzt und damit die Macht der ökonomischen Ausbeutung und politischen Unterdrückung in einer Hand vereinigt.“³

Absatz 10. Hinter „Klassenherrschaft“ fehlt „und der Klassen selbst“. Die Abschaffung der Klassen ist unsere Grundforderung, ohne die die Abschaffung der Klassenherrschaft ökonomisch ein Unding. Statt „für das gleiche Recht Aller“ schlage ich vor: „für gleiche Rechte und gleiche Pflichten“ Aller etc. Die gleichen Pflichten sind für uns eine ganz besonders wesentliche Ergänzung der bürgerlich-demokratischen gleichen Rechte und nehmen ihnen den spezifisch bürgerlichen Sinn.

Den Schlußsatz: „In ihrem Kampfe ... geeignet sind“, möchte ich lieber streichen. In seiner Unbestimmtheit: „welche die Lage des

¹ Absatz 7 ist verschoben worden. Im veröffentlichten Entwurf des Vorstandes ist der frühere Absatz 9 zum Absatz 7 geworden. Der als Absatz 8 veröffentlichte Absatz bildete im ersten, Engels vorliegenden Entwurf wohl den 7. Er lautet in seiner definitiven Fassung: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, weil alle übrigen Klassen und Parteien auf dem Boden des Kapitalismus stehen und trotz der Interessensstreitigkeiten unter sich doch die Erhaltung und Stärkung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziele haben.“ Die Red.

² Der Absatz, im veröffentlichten Entwurf der 9., lautet: „Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen; mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern; die Befreiung der Arbeiterklasse ist daher nicht eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe, an der die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.“ Die Red.

³ Dieser Absatz steht im Entwurf des Parteivorstandes an siebenter Stelle und lautet dort: „Die Sozialdemokratische Partei hat nichts gemein mit dem sogenannten Staatssozialismus, dem System der Verstaatlichung zu fiskalischen Zwecken, das den Staat an die Stelle des Privatunternehmers setzt und damit die Macht der ökonomischen Ausbeutung und der politischen Unterdrückung des Arbeiters in einer Hand vereinigt.“ Die Red.

Volkes im allgemeinen (wer ist das?) ... zu verbessern geeignet sind", kann er alles umfassen, Schutzzölle und Freihandel, Zünfte und Gewerbefreiheit, Bodenkredit, Tauschbanken, Impfwang und Impfverbot, Alkoholismus und Antischnaps etc. Was er sagen soll, steht im Vordersatz schon drin, und daß, wenn man das Ganze will, man auch jedes einzelne Stück mitnimmt, braucht man doch nicht extra zu sagen, ich meine, das schwächt den Eindruck ab. Will man den Satz aber als Übergang zu den Einzelforderungen, dann könnte man etwa sagen: „verficht die Sozialdemokratie alle Forderungen, welche sie diesem Ziele näherführen.“ („Maßregeln und Einrichtungen“ als Wiederholung zu streichen) oder aber, was noch besser, man sagt geradezu, um was es sich handelt, daß man die versäumte Arbeit der Bourgeoisie nachholen muß; in dem Sinne habe ich einen Schlußsatz in Beilage I gesetzt, diesen halte ich für wichtig wegen meiner Bemerkungen in folgendem Abschnitt und zur Motivierung meiner dort gemachten Vorschläge.¹

II. POLITISCHE FORDERUNGEN

Die politischen Forderungen des Entwurfes haben einen großen Fehler. Das, was eigentlich gesagt werden sollte, *steht nicht drin*. Wenn alle diese zehn Forderungen bewilligt wären, so hätten wir zwar diverse Mittel mehr, um die politische Hauptsache durchzusetzen, aber keineswegs die Hauptsache selbst. Die Reichsverfassung ist in der Abmessung der dem Volke und seiner Vertretung überwiesenen Rechte ein purer Abklatsch der preußischen Verfassung von 1850, einer Verfassung, worin die äußerste Reaktion in Paragraphen gefaßt ist, worin die Regierung alle wirkliche Macht besitzt und die Kammern nicht einmal das Steuerverweigerungsrecht haben; einer Verfassung, die in der Konfliktzeit bewies, daß die Regierung mit ihr machen konnte, was sie wollte. Die Rechte des

¹ Absatz 10: „Die Sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechtes und der Abstammung. In diesem Befreiungskampf verficht die Sozialdemokratie als die Verfechterin nicht bloß der Lohnarbeiter, sondern der Ausgebeuteten und Unterdrückten insgesamt, alle Forderungen, Maßregeln und Einrichtungen, welche die Lage des Volkes im allgemeinen und der Arbeiterklasse im besonderen zu verbessern geeignet sind.“ Die Red.

Reichstags sind genau dieselben, wie die der preußischen Kammer, und daher nannte Liebknecht diesen Reichstag das Feigenblatt des Absolutismus. Auf Grundlage eines Bundes zwischen Preußen, Reuß-Greiz-Schleiz-Lobenstein, wovon das eine soviel Quadratmeilen hat als das andere Quadratzoll, auf solcher Grundlage die „Umwandlung aller Arbeitsmittel in Gemeineigentum“ durchführen zu wollen, ist augenscheinlich sinnlos.

Daran zu tasten ist aber gefährlich. Und dennoch muß so oder so die Sache angegriffen werden. Wie nötig das ist, beweist gerade jetzt der in einem großen Teile der sozialdemokratischen Presse einreißende Opportunismus. Aus Furcht vor einer Erneuerung des Sozialistengesetzes, aus der Erinnerung an allerlei unter der Herrschaft jenes Gesetzes gefallenem voreiligen Äußerungen soll jetzt auf einmal der gegenwärtige gesetzliche Zustand in Deutschland der Partei genügen können, alle ihre Forderungen auf friedlichem Wege durchzuführen. Man redet sich und der Partei vor, „die heutige Gesellschaft wachse in den Sozialismus hinein“, ohne sich zu fragen, ob sie nicht damit ebenso notwendig aus ihrer alten Gesellschaftsverfassung hinauswachse, diese alte Hülle ebenso gewaltsam sprengen müsse wie der Krebs die seine, als ob sie in Deutschland nicht außerdem die Fesseln der noch halb absolutistischen und obendrein namenlos verworrenen politischen Ordnung zu sprengen habe. Man kann sich vorstellen, die alte Gesellschaft könne friedlich in die neue hineinwachsen in Ländern, wo die Volksvertretung alle Macht in sich konzentriert, wo man verfassungsmäßig tun kann, was man will, sobald man die Majorität des Volkes hinter sich hat, in demokratischen Republiken wie Frankreich und Amerika, in Monarchien wie England, wo die bevorstehende Abkaufung der Dynastie tagtäglich in der Presse besprochen wird, und wo diese Dynastie gegen den Volkswillen ohnmächtig ist. Aber in Deutschland, wo die Regierung fast allmächtig und der Reichstag und alle anderen Vertretungskörper ohne wirkliche Macht, in Deutschland so etwas proklamieren und noch dazu ohne Not, heißt das Feigenblatt dem Absolutismus abnehmen und sich selbst vor die Blöße binden.

Eine solche Politik kann nur die eigene Partei auf die Dauer irreführen. Man schickt allgemeine, abstrakte politische Fragen in den Vordergrund und verdeckt dadurch die nächsten konkreten Fragen, die Fragen, die bei den ersten großen Ereignissen, bei der ersten

politischen Krise sich selbst auf die Tagesordnung setzen. Was kann dabei herauskommen, als daß die Partei plötzlich im entscheidenden Moment ratlos ist, daß über die entscheidendsten Punkte Unklarheit und Uneinigkeit herrscht, weil diese Punkte nie diskutiert worden sind. Soll es wieder gehen, wie seinerzeit mit den Schutzzöllen¹, die man damals für eine nur die Bourgeoisie angehende, die Arbeiter nicht im entferntesten berührende Frage erklärte, wo also jeder stimmen konnte, wie er wollte, während jetzt mehr als Einer ins entgegengesetzte Extrem verfällt und aus Gegensatz gegen die schutzzöllnerisch gewordenen Bourgeois die ökonomischen Verdrehungen von Cobden und Bright neu auflegt und als reinsten Sozialismus predigt — das reinste Manchestertum²?

Dies Vergessen der großen Hauptgesichtspunkte über den augenblicklichen Interessen des Tages, dies Ringen und Trachten nach dem Augenblickserfolg ohne Rücksicht auf die späteren Folgen, dies Preisgeben der Zukunft der Bewegung um der Gegenwart der Bewegung willen mag ehrlich gemeint sein, aber Opportunismus ist und bleibt es, und der „ehrlliche“ Opportunismus ist vielleicht der gefährlichste von allen. Welches sind nun diese kitzligen, aber sehr wesentlichen Punkte?

Erstens. Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Diese ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats, wie schon die große französische Revolution gezeigt hat. Es ist doch undenkbar, daß unsere besten Leute unter einem Kaiser Minister werden sollten, wie Miquel.

Nun scheint es gesetzlich nicht anzugehen, daß man die Forderung der Republik direkt ins Programm setzt, obwohl das sogar unter Louis Philippe in Frankreich ebenso zulässig war wie jetzt in Italien. Aber das Faktum, daß man nicht einmal ein offen republikanisches Parteiprogramm in Deutschland aufstellen darf, beweist, wie kolossal die

¹ In der Frage der Schutzzölle entstand in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion — 9 Abgeordnete waren in den „Attentatswahlen“ 1878 gewählt worden — eine Spaltung. K a y s e r stimmte für höhere Eisenzölle. Die R e d.

² Unter dem „Manchestertum“ versteht man die englische Freihandelsbewegung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die von Vertretern dieser Richtung gegründete Antikornzollliga hatte in Manchester ihren Hauptsitz. Zu den bekanntesten Wortführern dieser Richtung gehörten Cobden und Bright. Die R e d.

Illusion ist, als könnte man dort auf gemütlich-friedlichem Wege die Republik einrichten, und nicht nur die Republik, sondern die kommunistische Gesellschaft.

Indes kann man an der Republik sich allenfalls vorbeidrücken. Was aber nach meiner Ansicht hinein sollte und hinein kann, das ist die Forderung der *Konzentration aller politischen Macht in den Händen der Volksvertretung*. Und das würde einstweilen genügen, wenn man nicht weiter gehen kann.

Zweitens. Die Rekonstitution Deutschlands. Einerseits muß die Kleinstaaterie beseitigt werden — man revolutioniere doch die Gesellschaft, solange es bayerisch-württembergisches Reservatrecht gibt und die Karte von Thüringen zum Beispiel das gegenwärtige Jammerbild bildet. Andererseits muß Preußen aufhören zu existieren, muß in selbstverwaltende Provinzen aufgelöst werden, damit das spezifische Preußentum aufhört, auf Deutschland zu lasten. Kleinstaaterie, spezifisches Preußentum sind die beiden Seiten des Gegensatzes, worin Deutschland jetzt gefangen liegt und wo immer die eine Seite der anderen als Entschuldigung und Existenzgrund dienen muß. Was soll an die Stelle treten? Nach meiner Ansicht kann das Proletariat nur die Form der einen und unteilbaren Republik gebrauchen. Die Föderativrepublik ist auf dem Riesengebiet der Vereinigten Staaten jetzt noch im ganzen eine Notwendigkeit, obgleich sie im Osten bereits ein Hindernis wird. Sie wäre ein Fortschritt in England, wo vier Nationen auf den beiden Inseln wohnen und trotz eines Parlamentes schon jetzt dreierlei Gesetzsysteme nebeneinander bestehen. Sie ist in der kleinen Schweiz schon längst ein Hindernis geworden, erträglich nur, weil die Schweiz sich damit begnügt, ein rein passives Glied des europäischen Staatensystems zu sein. Für Deutschland wäre die föderalistische Verschweizerung ein enormer Rückschritt. Zwei Punkte unterscheiden den Bundesstaat vom Einheitsstaat, daß jeder verbündete Einzelstaat, jeder Kanton seine eigene Zivil- und Kriminalgesetzgebung und Gerichtsverfassung hat, und dann, daß neben dem Volkshaus ein Staatenhaus besteht, worin jeder Kanton, groß oder klein, als solcher stimmt. Das erste haben wir glücklich überwunden und werden nicht so kindisch sein, es wieder einzuführen, und das zweite haben wir im Bundesrat und können es sehr gut entbehren, wie denn überhaupt unser „Bundesstaat“ schon den Übergang zum Einheitsstaat bildet. Und wir haben nicht die 1866 und 1870 gemachte Revolution von oben wieder rückgängig zu machen, sondern ihr die

nötige Ergänzung und Verbesserung zu geben durch eine Bewegung von unten.

Also einheitliche Republik. Aber nicht im Sinne der heutigen französischen, die weiter nichts ist, als das 1798 begründete Kaiserreich ohne den Kaiser. Von 1792 bis 1798 besaß jedes französische Département, jede Gemeinde vollständige Selbstverwaltung nach amerikanischem Muster, und das müssen wir auch haben. Wie die Selbstverwaltung einzurichten ist und wie man ohne Bürokratie fertig werden kann, das bewies uns Amerika und die erste französische Republik, und noch heute Australien, Kanada und die anderen englischen Kolonien. Und eine solche provinzielle und gemeindliche Selbstverwaltung ist weit freier als zum Beispiel der Schweizer Föderalismus, wo der Kanton zwar sehr unabhängig ist gegenüber dem Bund, aber auch gegenüber dem Bezirk und der Gemeinde. Die Kantonalregierungen ernennen Bezirksstatthalter und Präfekten, wovon man in den Ländern englischer Zunge nichts weiß, und die wir uns ebenso höflichst in Zukunft verboten haben wollen, wie die preussischen Landräte und Regierungsräte.

Von allen diesen Sachen wird nicht viel ins Programm kommen dürfen. Ich erwähne sie auch hauptsächlich, um die Zustände in Deutschland zu kennzeichnen, wo so etwas zu sagen nicht angeht, und damit gleichzeitig die Selbsttäuschung, die solche Zustände auf gesetzlichem Wege in die kommunistische Gesellschaft überführen will. Und ferner, um dem Parteivorstand in Erinnerung zu bringen, daß es noch andere politische Fragen von Wichtigkeit gibt, als die direkte Gesetzgebung durch das Volk und die unentgeltliche Rechtspflege, ohne die wir am Ende auch vorankommen. Bei der allgemeinen Unsicherheit können diese Fragen von heute auf morgen brennend werden, und was dann, wenn wir sie nicht diskutiert, uns nicht darüber verständigt haben?

Was aber ins Programm kommen kann und was wenigstens indirekt als Andeutung des nicht Sagbaren dienen kann, ist die Forderung:

„Vollständige Selbstverwaltung in Provinz, Kreis und Gemeinde durch nach allgemeinem Stimmrecht gewählte Beamte. Abschaffung aller von Staats wegen ernannten Lokal- und Provinzialbehörden.“

Ob es sonst noch möglich ist, in bezug auf die soeben diskutierten Punkte Programmforderungen zu formulieren, kann ich hier nicht so

gut beurteilen als Ihr dort. Aber wünschenswert wäre es, daß diese Fragen innerhalb der Partei debattiert würden, ehe es zu spät ist.

1. Der Unterschied zwischen „Wahlrecht und Stimmrecht, respektive Wahlen und Abstimmungen“ ist mir nicht ersichtlich. Soll einer gemacht werden, wäre dies jedenfalls deutlicher auszudrücken oder in einem den Entwurf begleitenden Kommentar zu erklären.

2. „Vorschlags- und Verwerfungsrecht des Volkes“ für was? Für alle Gesetze oder Beschlüsse der Volksvertretung wäre hinzuzusetzen.

5. Vollständige Trennung von Kirche und Staat. Alle religiösen Gemeinschaften ohne Ausnahme werden vom Staate als Privatgenossenschaften behandelt. Sie verlieren jede Unterstützung aus öffentlichen Mitteln und jeden Einfluß auf die öffentlichen Schulen. (Man kann ihnen doch nicht verbieten, *eigene* Schulen aus eigenen Mitteln zu gründen und dort ihren Blödsinn zu lehren!)

6. „Weltlichkeit der Schule“ fällt dann weg, es gehört in den vorigen Paragraphen.

8. und 9. Hier möchte ich zu bedenken geben: Diese Punkte fordern Verstaatlichung 1. der *Advokaten*, 2. der *Ärzte*, 3. der *Apotheken*, *Zahnärzte*, *Hebammen*, *Krankenpfleger* etc. Ferner wird später die totale Verstaatlichung der Arbeiterversicherung gefordert. Ob das alles dem Herrn v. Caprivi anvertraut werden darf und ob das im Einklang steht mit der vorangegangenen Lossagung von allem Staatssozialismus?

10. Hier würde ich sagen: „Progressive ... Steuern für Bestreitung aller Ausgaben im Staate, Bezirk und Gemeinde, soweit Steuern dazu erforderlich. Abschaffung aller indirekten Staats- und Lokalsteuern, Zölle etc.“ Der Rest ist überflüssig und abschwächender Kommentar respektive Motivierung.

III. ÖKONOMISCHE FORDERUNGEN

ad 2. Nirgends mehr als in Deutschland bedarf das Koalitionsrecht auch einer Sicherstellung gegenüber dem Staate. Der Schlußsatz „zur Regelung“ wäre als Artikel 4 zuzusetzen und in entsprechende Form zu bringen. Zu diesem wäre zu bemerken, daß wir mit Arbeitskammern von halb Arbeitern und halb Unternehmern gelemmt wären. Auf Jahre hinaus werden da die Majoritäten stets auf seiten der Unternehmer sein, wozu ein schwarzes Schaf unter den Arbeitern genügt. Wird nicht ausgemacht, daß in Streitfällen *beide Hälften*

separat Meinung abgeben, wäre es viel besser, eine Unternehmerkammer und daneben eine unabhängige Arbeiterkammer zu haben.

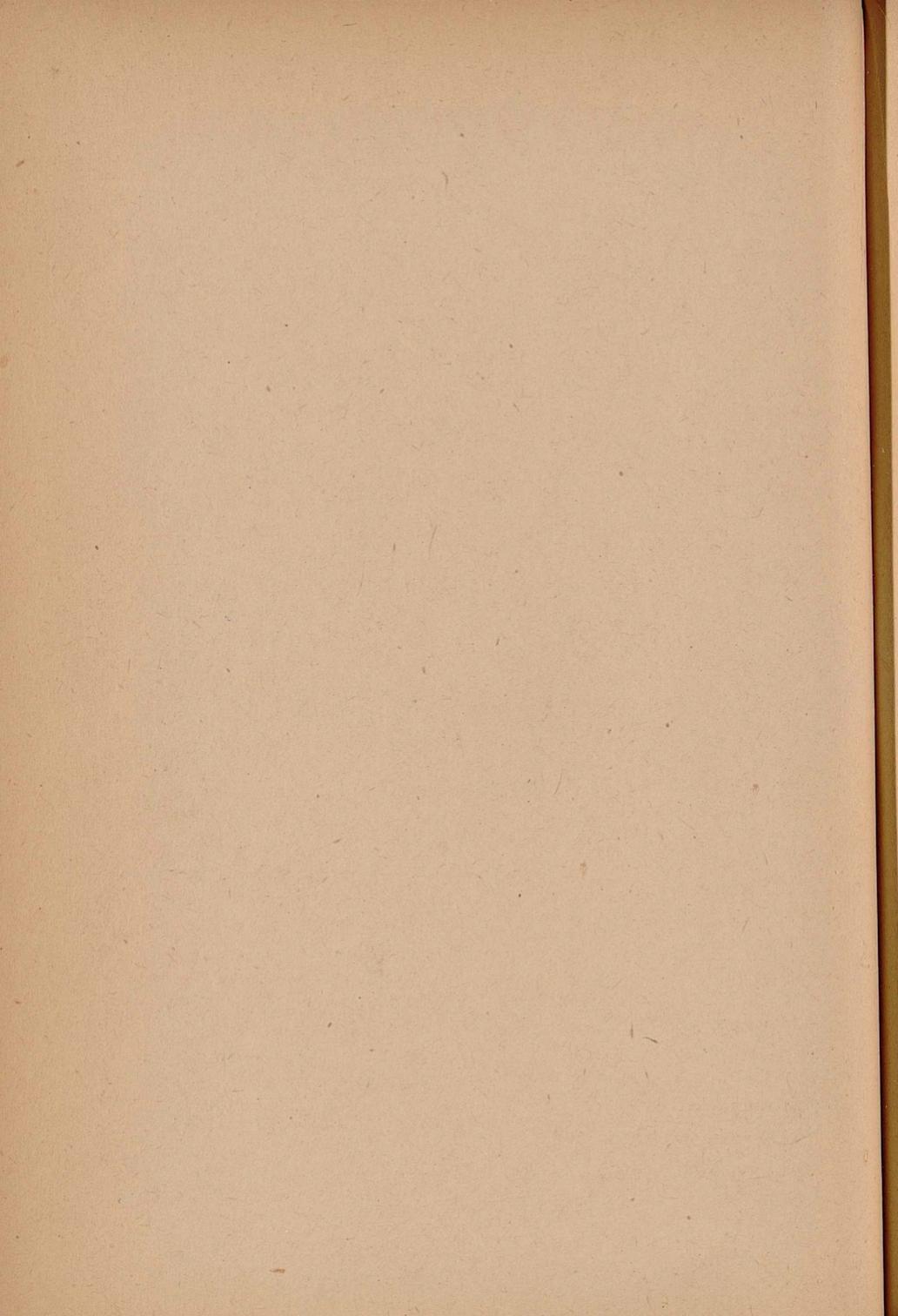
Ich möchte bitten, vor Torschluß nochmals das französische Programm zu vergleichen, wo gerade für Nr. III manches besser scheint. Das spanische kann ich bei der Kürze der Zeit leider nicht herausuchen, es ist auch in vieler Beziehung sehr gut.

Erstmalig veröffentlicht
in der „Neuen Zeit“,
Jahrgang XX (1901—02),
Bd. I, Nr. 1.

Marx und Engels

IM KAMPF UM DIE PROLETARISCHE PARTEI

(Ausschnitte aus dem Briefwechsel)



BRIEF VON MARX AN LUDWIG KUGELMANN

[London]¹, 23. Februar 1865.

Ich erhielt Ihren mir sehr interessanten Brief gestern und werde jetzt auf die einzelnen Punkte antworten.

Ich will Ihnen zunächst mein Verhältnis zu Lassalle kurz darlegen. Während seiner Agitation war unser Verhältnis suspendiert [unterbrochen], 1. wegen der selbstlobhudelnden Renommisterei, womit er zugleich den schamlosesten Plagiarismus an meinen usw. Schriften verband; 2. weil ich seine *politische* Taktik *verdamnte*; 3. weil ich ihm schon vor Eröffnung seiner Agitation hier in London ausführlich erklärt und „bewiesen“ hatte, daß unmittelbar *sozialistisches* Eingreifen eines „*Staats Preußen*“ Unsinn sei. In seinen Briefen an mich (von 1848 bis 1863) hatte er sich, wie in seinen persönlichen Zusammenkünften mit mir, stets als Anhänger der von mir repräsentierten Partei erklärt. Sobald er sich in London (Ende 1862) überzeugt, daß er nicht *mit* mir sein Spiel treiben könne, beschloß er *gegen* mich und die alte Partei sich als „Arbeiterdiktator“ aufzuwerfen. Trotz alledem erkannte ich sein agitatorisches Verdienst an, obgleich gegen Ende seiner kurzen Laufbahn mir selbst die Agitation in immer zweideutigeres Licht trat. Sein plötzlicher Tod, alte Freundschaft, Jammerbriefe der Gräfin Hatzfeldt, der Unwille über die *feige Frechheit* der Bürgerblätter gegen den von ihnen bei Lebzeiten so sehr Gefürchteten, alles das bewog mich, eine kurze Erklärung, die sich aber nicht auf den *Inhalt* von Lassalles Treiben bezog, gegen den elenden Blind zu veröffentlichen (die Hatzfeldt schickte die Erklärung in den „Nordstern“). Aus denselben Gründen und in der Hoffnung, die mir gefährlich scheinenden Elemente entfernen zu können, versprach ich mit Engels Mitarbeit an dem

¹ Die eckigen Klammern enthalten redaktionelle Ergänzungen bzw. Fremdwortübersetzungen. Die Red.

„Sozialdemokrat“ (er hat Übersetzung der „Adresse“ gebracht, und ich habe auf seinen Wunsch bei Proudhons Tod Artikel über den letzteren geschrieben) und erlaubte, nachdem Schweitzer uns ein *genügendes Programm seiner Redaktion* zugeschickt, uns als Mitarbeiter zu nennen. Als Garantie diente uns ferner, daß W. Liebknecht unoffizielles Mitglied der Redaktion war. Indes zeigte sich bald — die Beweise davon kamen in unsere Hand —, daß Lassalle in der Tat die Partei *verraten* hatte¹. Er hatte einen förmlichen Kontrakt mit Bismarck eingegangen (wobei natürlich Garantien *keinerlei Art in seiner Hand*). Ende September 1864 sollte er nach Hamburg und dort (zusammen mit dem verrückten Schramm und dem preußischen Polizeispion Marr) Bismarck zur Inkorporation [Einverleibung] von Schleswig-Holstein „*zwingen*“², das heißt solche im Namen der „Arbeiter“ proklamieren usw., wogegen Bismarck allgemeines Wahlrecht und einige sozialistische Scharlatanerien versprochen. Es ist schade, daß Lassalle diese Komödie nicht ausspielen konnte! Sie hätte ihn verdammt lächerlich und gefoppt erscheinen lassen! Und allen Versuchen solcher Art für immer ein Ende gemacht!

Lassalle geriet auf diese Abwege, weil er in der Art des Herrn Miquel ein „*Realpolitiker*“, nur von größerem Zuschnitt und mit mächtigeren Zwecken war! (By the bye [beiläufig], ich war längst über Miquel im reinen so weit, daß ich mir sein Auftreten daraus erklärte, daß der Nationalverein ein prächtiger Vorwand für einen kleinen hannöverschen Advokat, sich vor Deutschland, außerhalb seiner vier Pfähle hören zu lassen und die so gesteigerte „*Realität*“ seiner selbst rückwirkend im hannöverschen Inland geltend zu machen, dazu unter „*preußischem*“ Schutz „*hannöverschen*“ Mirabeau zu spielen.) Wie Miquel und seine jetzigen Freunde die vom preußischen Prinzregenten inaugurierte „*Neue Ära*“ am Zopf faßten, um nationalzuvereinlern und sich an die „*preußische Spitze*“ zu klam-

¹ Bald darauf stellte sich heraus, daß Schweitzer die Lassallesche Politik der Unterstützung Bismarcks fortsetzte. Marx und Engels wie auch Liebknecht lehnten deswegen öffentlich die weitere Mitarbeit am „Sozialdemokrat“ ab. Die Red.

² Die deutschen Herzogtümer Schleswig und Holstein waren mit Dänemark durch eine Personalunion verbunden. Preußen strebte auf ihre Annexion hin. Lassalle riet Bismarck, Dänemark den Krieg zu erklären und Schleswig-Holstein zu annektieren, und versprach „im Namen der Arbeiter“, Bismarck bei diesem Unternehmen zu unterstützen, wenn Bismarck seinerseits das allgemeine Wahlrecht verspräche. Die Red.

mern, wie sie überhaupt unter *preußischem Schutz* ihren „Bürgerstolz“ entwickelten, so wollte Lassalle den Marquis Posa des Proletariats mit dem uckermärkischen Philipp II. spielen, Bismarck als Kuppler zwischen ihm und dem preußischen Königtum. Er ahmte nur die Herren vom Nationalverein¹ nach. Aber wenn jene im Interesse der Mittelklasse die preußische „Reaktion“ hervorriefen, schüttelte er Hand mit Bismarck im Interesse des Proletariats. Jene Herren waren insofern berechtigter als Lassalle, als der Bürger gewohnt ist, das nächst vor der Nase liegende Interesse als „Realist“ aufzufassen, und als in der Tat diese Klasse überall ein Kompromiß sogar mit dem Feudalismus geschlossen hat, während der Natur der Sache nach die Arbeiterklasse ehrlich „revolutionär“ sein muß.

Für eine theatralisch-eitle Natur wie Lassalle (der jedoch durch Lumpereien wie Stellen, Bürgermeisteramt usw. nicht zu bestechen) war es ein sehr verführerischer Gedanke, eine unmittelbare Tat für das Proletariat, ausgeführt von Ferdinand Lassalle! Er war in der Tat zu unwissend über die wirklichen ökonomischen Bedingungen solcher Tat, um sich selbst gegenüber kritisch wahr zu sein! Die deutschen Arbeiter andererseits waren durch die niederträchtige „Realitätspolitik“, womit die deutschen Bürger die Reaktion von 1849 bis 1859 geduldet und der Verdummung des Volkes zugesehen hatten, zu „verkommen“, um nicht einem solchen marktschreierischen Erlöser zuzujauchzen, der ihnen durch einen Sprung ins gelobte Land zu helfen versprach!

Also um den oben abgebrochenen Faden wiederaufzunehmen! Kaum war der „Sozialdemokrat“ gestiftet, so zeigte sich bald, daß die alte Hatzfeldt Lassalles „Vermächtnis“ nachträglich ausführen wollte. Sie stand durch Wagener (von der „Kreuzzeitung“) in Verbindung mit Bismarck. Sie stellte dem letzteren den „Arbeiterverein“ (Allgemeinen Deutschen), den „Sozialdemokrat“ usw. zur Disposition. Die Annexion von Schleswig-Holstein sollte im „Sozialdemokrat“ proklamiert, Bismarck überhaupt als Patron anerkannt werden usw. Dieser ganze schöne Plan wurde dadurch *vereitelt*, daß wir den Liebknecht in Berlin und in der Redaktion des „Sozialdemokrat“ hatten. Obgleich

¹ Der „Nationalverein“, im September 1859 gegründet, war die Organisation eines Teiles der preußischen Bourgeoisie, die die Einigung aller deutschen Staaten mit Ausschluß Österreichs, unter der Hegemonie Preußens, propagierte. Aus diesem „Nationalverein“ entstand in der Folge die großbürgerliche Nationalliberale Partei, eine der Hauptstützen der Bismarckschen Politik.
Die Red.

Engels und mir die Redaktion des Blattes mißfiel, der speichelleckende Lassallekultus, die gelegentliche Koketterie mit Bismarck usw., so war es natürlich wichtiger, einstweilen öffentlich mit dem Blatt zu halten, um die Intrige der alten Hatzfeldt und die völlige Kompromittierung der Arbeiterparei zu verhindern. Wir machten daher *bonne mine à mauvais jeu* [gute Miene zum bösen Spiel], obgleich *privatim* beständig dem „Sozialdemokrat“ schreibend, daß sie dem Bismarck gegenüber ebensosehr Front machen müßten als den Fortschrittlern. Wir duldeten sogar, daß der gespreizte Geck Bernhard Becker, der die ihm von Lassalle testamentarisch vermachte Wichtigkeit ganz ernsthaft nimmt, gegen die *International Workingmen's Association* intrigierte.

Indes wurden die Artikel des Herrn Schweitzer im „Sozialdemokrat“ immer bismarckischer. Ich hatte ihm vorher geschrieben, daß man die Fortschrittler in der „Koalitionsfrage“ einschüchtern könne, daß aber die *preußische Regierung nie und nimmermehr* die völlige Abschaffung der Koalitions Gesetze zugeben werde, weil dies ein Durchbrechen des Bürokratismus, eine Mündigmachung der Arbeiter, eine Zerreißung der Gesindeordnung, Abschaffung der adligen Arschprügelei auf dem Lande usw. usw. mit sich führe, die Bismarck niemals erlauben könne, die überhaupt unverträglich mit dem *preußischen Beamtenstaat*. Ich fügte hinzu, daß, wenn die Kammer die Koalitions Gesetze verwerfe, die Regierung zu *Phrasen* ihre Zuflucht nehmen würde (solchen Phrasen z. B., daß die soziale Frage „tiefere“ Schritte verlange usw.), um sie aufrechtzuerhalten. Alles das bestätigte sich. Und was tat Herr v. Schweitzer? Er schrieb einen Artikel für Bismarck und spart all seinen Heldenmut gegen solche *infiniments petits* [unendlich winzige Wesen] wie Schulze, Faucher usw. auf.

Ich glaube, daß Schweitzer usw. es *ehrlich* meinen, aber sie sind „Realpolitiker“. Sie wollen dem *bestehenden* Verhältnis Rechnung tragen und dies Privilegium der „Realpolitik“ nicht allein den Herrn Miquel et Comp. überlassen. (Letztere scheinen sich das Recht der *intermixture* [Vermischung] mit der preußischen Regierung vorbehalten zu wollen.) Sie wissen, daß die Arbeiterblätter und Arbeiterbewegung in Preußen (und daher im übrigen Deutschland) nur *par la grâce de la police* [von Gnaden der Polizei] bestehen. Sie wollen also die Umstände nehmen, wie sie sind, die Regierung nicht reizen usw., ganz wie unsere „republikanischen“ Realpolitiker einen Hohenzoller [als] Kaiser „mitnehmen“ wollen. Da ich aber kein „Real-

politiker" bin, habe ich es für nötig gefunden, in einer öffentlichen Erklärung (die Sie wohl bald in einer oder der anderen Zeitung sehen werden) zusammen mit Engels dem „Sozialdemokrat“ aufzukündigen.

Sie sehen daher zugleich, warum ich in diesem Augenblick *nichts* in Preußen tun kann. Die dortige Regierung hat meine Wiedereinbürgerung in Preußen direkt verweigert. *Agitation* würde mir dort nur erlaubt, wenn sie eine Herrn von Bismarck wünschenswerte Form annähme.

Ich ziehe hundertmal meine *Agitation* hier durch die „Internationale Assoziation“ vor. Der Einfluß auf das *englische* Proletariat ist direkt und von der höchsten Wichtigkeit. Wir stir [schüren] hier jetzt die General Suffrage Question [Frage des allgemeinen Wahlrechts], die hier natürlich *ganz* andere Bedeutung hat als in Preußen.

Im ganzen ist der Fortschritt dieser „Assoziation“ über alle Erwartung, hier, in Paris, in Belgien, Schweiz und Italien. Nur in Deutschland stehen mir natürlich Lassalles Nachfolger entgegen, die

1. ihre Wichtigkeit törichterweise einzubüßen fürchten;
2. meinen erklärten Gegensatz gegen das, was die Deutschen „Realpolitik“ nennen, kennen. (Es ist diese Sorte „Realität“, die Deutschland so weit hinter alle zivilisierten Länder stellt.)

Da jeder Mensch, der eine Karte von 1 shilling löst, member of the Association [Mitglied der Assoziation] werden kann; da die Franzosen diese Form von individual membership [individueller Mitgliedschaft] gewählt haben (dito die Belgier), weil das Gesetz ihnen verbietet, sich als „Assoziation“ an uns anzuschließen; da es sich in Deutschland ähnlich verhält, habe ich jetzt beschlossen, meine Freunde hier und die in Deutschland aufzufordern, kleine societies [Gesellschaften] zu stiften, gleichgültig wieviel members [Mitglieder] an jedem Ort, von denen jedes Glied an English card of membership [eine englische Mitgliedskarte] löst. Da die englische Gesellschaft *öffentlich*, steht diesem Verfahren sogar in Frankreich nichts im Weg. Es wäre mir lieb, wenn Sie auch in Ihrer nächsten Umgebung in dieser Art mit London in Verbindung träten.

AUS DEM BRIEF VON MARX AN BOLTE

29. November 1871.

... Die *Internationale* wurde gestiftet, um die wirkliche Organisation der Arbeiterklasse für den Kampf an die Stelle der sozialisti-

schen oder halbsozialistischen Sekten zu setzen. Die ursprünglichen Statuten wie die Inauguraladresse zeigen dies auf den ersten Blick. Andererseits hätte die Internationale sich nicht behaupten können, wenn der Gang der Geschichte nicht bereits das Sektenwesen zerschlagen gehabt hätte. Die Entwicklung des sozialistischen Sektenwesens und die der wirklichen Arbeiterbewegung stehen stets in umgekehrtem Verhältnis. Solange die Sekten berechtigt sind (historisch), ist die Arbeiterklasse noch unreif zu einer selbständigen geschichtlichen Bewegung. Sobald sie zu dieser Reife gelangt, sind alle Sekten wesentlich reaktionär. Indes wiederholte sich in der Geschichte der Internationale, was die Geschichte überall zeigt. Das Veraltete sucht sich innerhalb der neugewonnenen Form wiederherzustellen und zu behaupten.

Und die Geschichte der Internationale war ein *fortwährender Kampf des Generalrats* gegen die Sekten und Amateurversuche, die sich gegen die wirkliche Bewegung der Arbeiterklasse innerhalb der Internationale selbst zu behaupten suchten. Dieser Kampf wurde in *den Kongressen*, aber viel mehr noch in *den privaten Verhandlungen des Generalrats mit den einzelnen Sektionen* geführt.

Da in Paris die Proudhonisten (Mutualisten¹) die Mitstifter der Assoziation waren, führten sie während der ersten Jahre natürlich das Ruder zu Paris. Im Gegensatz zu ihnen bildeten sich dort später natürlich kollektivistische, positivistische usw. Gruppen.

In Deutschland — die Lassalle-Clique. Ich habe selbst während zwei Jahren mit dem berüchtigten Schweitzer korrespondiert und ihm unwiderleglich nachgewiesen, daß Lassalles Organisation eine bloße Sektenorganisation ist und als solche der von der Internationale angestrebten Organisation der *wirklichen* Arbeiterbewegung feindlich ist. Er hatte seinen „Grund“, um nicht zu begreifen.

Ende 1868 trat der Russe Bakunin in die *Internationale* mit dem Zweck, innerhalb derselben eine *zweite Internationale mit ihm als Chef*, unter dem Namen der „*Alliance de la Démokratie Socialiste*“ [Allianz der Sozialistischen Demokratie] zu bilden. Er — ein Mensch ohne alles theoretische Wissen — prätendierte [beanspruchte], in jenem Sonderkörper die wissenschaftliche Propaganda der Inter-

¹ Mutualisten — so nannte man die Proudhonisten; diese Bezeichnung stammt vom Worte *mutuell* (gegenseitig); die Proudhonisten stellten die Lösung der „gegenseitigen Hilfe“ auf. Die Red.

nationale zu vertreten und selbe zum speziellen Beruf dieser zweiten Internationale innerhalb der Internationale zu machen.

Sein Programm war ein rechts und links oberflächlich zusammengegraffter Mischmasch — *Gleichheit der Klassen* (1), *Ab-schaffung des Erbrechts* als Ausgangspunkt der sozialen Bewegung (St. Simonistischer Blödsinn), *Atheismus* als Dogma den Mitgliedern vordiktiert usw. und als Hauptdogma (*proudhonistisch*) *Absention von politischer Bewegung*.

Diese Kinderfibel fand Anklang (und hat noch gewissen Halt) in Italien und Spanien, wo die realen Bedingungen der Arbeiterbewegung noch wenig entwickelt sind, und unter einigen eiteln, ehrgeizigen, hohlen Doktrinären in der romanischen Schweiz und in Belgien.

Für Herrn Bakunin war und ist die Doktrin (sein aus Proudhon, St. Simon usw. zusammengebettelter Quark) Nebensache — bloß Mittel zu seiner persönlichen Geltendmachung. Wenn theoretisch Null, ist er als Intrigant in seinem Element.

Der Generalrat hatte gegen diese Verschwörung (von den französischen Proudhonisten bis zu einem gewissen Punkt, namentlich in *Südfrankreich* unterstützt) zu kämpfen während Jahren. Er hat endlich durch die Konferenzbeschlüsse I, 2 und 3, IX und XVI und XVII den lang vorbereiteten Schlag geführt¹.

Es ist selbstverständlich, daß der Generalrat nicht in Amerika unterstützt, was er in Europa bekämpft. Die Beschlüsse I, 2, 3 und IX geben jetzt dem New Yorker Komitee die legalen Waffen, um allem Sektenwesen und Amateurgruppen ein Ende zu machen und im Notfall sie auszuschließen.

... Das political movement [politische Bewegung] der Arbeiterklasse hat natürlich zum Endzweck die Eroberung der political power [politischen Macht] für sie, und dazu ist natürlich eine bis zu einem gewissen Punkte entwickelte previous organisation der

¹ Marx meint die Londoner Konferenz der I. Internationale (September 1871), die sich speziell mit der Frage der politischen Organisation der Arbeiterklasse befaßte. Die von Marx erwähnten Resolutionen beziehen sich auf folgende Fragen: I, 2, 3 — Festigung der Internationale, Verstärkung des Zentralismus und der führenden Rolle des Generalrats; IX. Notwendigkeit einer selbständigen politischen Partei des Proletariats und der engsten Verbindung des politischen Kampfes mit dem ökonomischen; XVI und XVII — Liquidierung der bakunistischen fraktionellen Gruppierung (Alliance). Die Red.

working class [vorherige Organisation der Arbeiterklasse] nötig, die aus ihren ökonomischen Kämpfen selbst erwächst.

Andererseits ist aber jede Bewegung, wofin die Arbeiterklasse als Klasse den herrschenden Klassen gegenübertritt und sie durch pressure from without [Druck von außen] zu zwingen sucht, ein political movement [politische Bewegung]. Zum Beispiel der Versuch, in einer einzelnen Fabrik oder auch in einem einzelnen Gewerk durch Streiks usw. von den einzelnen Kapitalisten eine Beschränkung der Arbeitszeit zu erzwingen, ist rein ökonomische Bewegung; dagegen die Bewegung, ein Achtstunden- usw. Gesetz zu erzwingen, ist eine politische Bewegung. Und in dieser Weise wächst überall aus den vereinzelt ökonomischen Bewegungen der Arbeiter eine politische Bewegung hervor, das heißt eine Bewegung der Klasse, um ihre Interessen durchzusetzen in allgemeiner Form, in einer Form, die allgemeine gesellschaftlich zwingende Kraft besitzt. Wenn diese Bewegungen eine gewisse previous [vorherige] Organisation unterstellen, sind sie ihrerseits ebenso sehr Mittel der Entwicklung dieser Organisation.

Wo die Arbeiterklasse noch nicht weit genug in ihrer Organisation fortgeschritten ist, um gegen die Kollektivgewalt, i. e. [d. h.] die politische Gewalt der herrschenden Klassen einen entscheidenden Feldzug [zu] unternehmen, muß sie jedenfalls dazu geschult werden durch fortwährende Agitation gegen die uns feindselige Haltung zur Politik der herrschenden Klassen. Im Gegenteil bleibt sie ein Spielball in deren Hand, wie die Septemberrevolution in Frankreich bewiesen hat und wie zu einem gewissen Grad das Spiel beweist, das Herr Gladstone u. Co. noch bis zur Stunde in England gelingt.¹

AUS DEM BRIEF VON ENGELS AN FRIEDRICH CUNO

London, 24. Januar 1872.

... Bakunin, der bis 1868 gegen die Internationale intrigiert hatte, trat dann, als er im Berner Friedenskongreß² Fiasko gemacht, der Internationale bei und fing sofort an, in ihr gegen den Generalrat zu

¹ Über die Revolution am 4. September 1870 in Frankreich siehe „Bürgerkrieg in Frankreich“. Mit „Gladstones Spiel“ meint Marx den Einfluß der bürgerlichen Partei der Liberalen (ihr Führer war Gladstone) auf die Führer der Trade Unions. Die Red.

² Der Kongreß der bürgerlich-pazifistischen „Friedensliga“ fand im September 1868 in Bern statt. Bakunin nahm an diesem Kongreß teil. Die Red.

konspirieren. Bakunin hat eine aparte Theorie, ein Sammelsurium von Proudhonismus und Kommunismus, wobei fürs erste die Hauptsache ist, daß er nicht das Kapital, daher den durch die gesellschaftliche Entwicklung entstandenen Klassengegensatz von Kapitalisten und Lohnarbeitern für das zu beseitigende Hauptübel ansieht, sondern den Staat. Während die große Masse der sozialdemokratischen Arbeiter mit uns der Ansicht sind, daß die Staatsmacht weiter nichts ist als die Organisation, welche sich die herrschenden Klassen — Grundbesitzer und Kapitalisten — gegeben haben, um ihre gesellschaftlichen Vorrechte zu schützen, behauptet Bakunin, der Staat habe das Kapital geschaffen, der Kapitalist habe sein Kapital bloß von der Gnade des Staates. Da also der Staat das Hauptübel sei, so müsse man vor allem den Staat abschaffen, dann gehe das Kapital von selbst zum Teufel; während wir umgekehrt sagen: schafft das Kapital, die Aneignung der gesamten Produktionsmittel in den Händen weniger, ab, so fällt der Staat von selbst. Der Unterschied ist wesentlich: die Abschaffung des Staates ist ohne vorherige soziale Umwälzung ein Unsinn, die Abschaffung des Kapitals ist eben die soziale Umwälzung und schließt eine Veränderung der gesamten Produktionsweise in sich. Nun aber, da für Bakunin der Staat das Grundübel ist, darf man nichts tun, das den Staat, d. h. irgendwelchen Staat, Republik, Monarchie oder wie immer, am Leben erhalten kann. Daher also vollständige Absention [Fernbleiben] von aller Politik. Einen politischen Akt begehen, besonders aber an einer Wahl teilnehmen, wäre Verrat am Prinzip. Man soll Propaganda machen, auf den Staat schimpfen, sich organisieren, und wenn man alle Arbeiter auf seiner Seite hat, also die Mehrzahl, so setzt man alle Behörden ab, schafft den Staat ab und setzt an seine Stelle die Organisation der Internationale. Dieser große Akt, womit das tausendjährige Reich anfängt, heißt die soziale Liquidation.

Alles dies klingt äußerst radikal und ist so einfach, daß man es in fünf Minuten auswendig lernen kann, und daher hat diese bakunistische Theorie auch in Italien und Spanien bei jungen Advokaten, Doktoren und anderen Doktrinären rasch Anklang gefunden. Die Masse der Arbeiter aber wird sich nie einreden lassen, daß die öffentlichen Angelegenheiten ihres Landes nicht zugleich ihre eigenen Angelegenheiten sind, sie sind von Natur politisch, und wer ihnen vormacht, daß sie die Politik beiseitelassen sollen, den lassen sie schließlich stehen. Den Arbeitern Enthaltung von Politik unter allen

Umständen predigen, heißt sie den Pfaffen in die Arme treiben oder den Bourgeoisrepublikanern.

Da nun die Internationale nach Bakunin nicht für den politischen Kampf geschaffen sein soll, sondern damit sie bei der sozialen Liquidation sofort an die Stelle der alten Staatsorganisation treten kann, so muß sie dem Bakunistenideal der Zukunftsgesellschaft so nahekommen wie möglich. In dieser Gesellschaft existiert vor allem keine *Autorität*, denn Autorität — Staat — absolut von Ubel. (Wie die Leute eine Fabrik treiben, eine Eisenbahn befahren, ein Schiff leiten wollen ohne einen in letzter Instanz entscheidenden Willen, ohne einheitliche Leitung, das sagen sie uns freilich nicht.) Auch die Autorität der Majorität über die Minorität hört auf. Jeder einzelne, jede Gemeinde ist autonom, wie aber eine Gesellschaft von nur zwei Menschen möglich ist, ohne daß jeder von seiner Autonomie etwas aufgibt, das verschweigt Bakunin abermals. Also die Internationale muß auch nach diesem Muster eingerichtet werden. Jede Sektion ist autonom und in jeder Sektion jeder einzelne. Zum Teufel mit den *Basler Beschlüssen*¹, die dem Generalrat eine verderbliche und ihn selbst demoralisierende Autorität übertragen! Selbst wenn diese Autorität *freiwillig* übertragen ist, muß sie aufhören, eben weil sie Autorität ist!

Hier haben Sie in kurzem die Hauptpunkte des Schwindels ...

AUS DEM BRIEF VON ENGELS AN FRIEDRICH ALBERT SORGE

London, 12. September 1874.

... Mit Deinem Austritt ist die *alte* Internationale ohnehin vollständig abgeschlossen und zu Ende. Und das ist gut. Sie gehörte der Periode des zweiten Kaiserreichs² an, wo der in ganz Europa herrschende Druck der eben wieder erwachenden Arbeiterbewegung Einigkeit und Enthaltung von aller inneren Polemik vorschrieb. Es

¹ Engels meint die Beschlüsse des Baseler Kongresses der I. Internationale (September 1869), die die Vollmachten des Generalrats erweiterten. Die Bakunisten führten eine erbitterte Kampagne für die Annullierung dieser Beschlüsse. Die Red.

² Zweites Kaiserreich — die Periode von 1852 bis 1870, in der Louis Bonaparte Kaiser von Frankreich war. Die Red.

war der Moment, wo die gemeinsamen kosmopolitischen Interessen des Proletariats in den Vordergrund treten konnten. Deutschland, Spanien, Italien, Dänemark waren erst eben in die Bewegung eingetreten oder traten ein in sie. Der theoretische Charakter der Bewegung selbst war in ganz Europa, d. h. bei den Massen, in der Wirklichkeit 1864 noch sehr unklar, der deutsche Kommunismus existierte noch nicht als Arbeiterpartei, der Proudhonismus war zu schwach, um seine Spezialmarotten vorreiten zu können, Bakunins neues Krämchen bestand noch nicht einmal in seinem eigenen Kopf, selbst die Chefs der englischen Trades-Unions glaubten auf Grundlage des in den *Considerants* der Statuten ausgesprochenen Programms in die Bewegung eintreten zu können.¹ Der erste große Erfolg mußte dieses naive Zusammengehen aller Fraktionen sprengen. Dieser Erfolg war die Kommune, die intellektuell unbedingt das Kind der Internationale war, obwohl die Internationale keinen Finger rührte, um sie zu machen, und für die die Internationale auch mit vollem Recht verantwortlich gemacht wurde. Als durch die Kommune die Internationale eine moralische Macht in Europa wurde, fing der Krakeel sofort an. Jede Richtung wollte den Erfolg für sich ausbeuten. Der Zerfall, der nicht ausbleiben konnte, kam. Die Eifersucht auf steigende Macht der einzigen Leute, die wirklich bereit waren, auf dem alten umfassenden Programm fortzuarbeiten — der deutschen Kommunisten — trieb die belgischen Proudhonisten in die Arme der bakunistischen Abenteurer. Mit dem Haager Kongreß war es in der Tat am Ende — und zwar für beide Parteien. Das einzige Land, wo noch etwas auf den Namen der Internationale zu machen, war Amerika, und ein glücklicher Instinkt legte die Oberleitung dorthin. Jetzt ist auch dort das Prestige erschöpft, und jede weitere Anstrengung, neues Leben hineinzugalvanisieren, wäre Torheit und Kraftverschwendung. Die Internationale hat zehn Jahre europäischer Geschichte nach einer Seite hin — nach der Seite hin, worin die Zukunft liegt — beherrscht und kann stolz auf ihre Arbeit zurückschauen. Aber in ihrer alten Form hat sie sich überlebt. Um eine neue Internationale in der Weise der alten, eine Allianz aller proletarischen Parteien aller Länder hervorzubringen, dazu gehörte ein allgemeines Niederschlagen der Arbeiterbewegung, wie es 1849 bis 1864 vorgeherrscht. Dazu ist jetzt die proletarische Welt zu groß, zu

¹ Über diese *Considerants* (Erwägungsgründe) siehe Inauguraladresse der I. Internationale. Die Red.

weitläufig geworden. Ich glaube, die nächste Internationale wird — nachdem Marx' Schriften einige Jahre gewirkt — direkt kommunistisch sein und geradezu unsere Prinzipien aufpflanzen ...

AUS DEM BRIEF VON MARX AN FRIEDRICH ALBERT SORGE

19. Oktober 1877.

... In Deutschland machte sich in unserer Partei, nicht so sehr in der Masse, als unter den Führern (höherklassigen und „Arbeitern“) ein fauler Geist geltend. Der Kompromiß mit den Lassalleanern¹ hat zum Kompromiß auch mit anderen Halbheiten geführt, in Berlin (via Most) mit Dühring und seinen „Bewunderern“, außerdem aber mit einer ganzen Bande halbreifer Studiosen und überweiser Doktores, die dem Sozialismus eine „höhere ideale“ Wendung geben wollen, d. h. die materialistische Basis (die ernstes objektives Studium erheischt, wenn man auf ihr operieren will) zu ersetzen durch moderne Mythologie mit ihren Göttinnen der Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit und fraternité [Brüderlichkeit]. Herr Dr. Höchberg, der die „Zukunft“ herausgibt, ist ein Vertreter dieser Richtung und hat sich in die Partei „eingekauft“ — ich unterstelle mit den „edelsten“ Absichten, aber ich pfeife auf „Absichten“. Etwas Miserableres wie sein Programm der „Zukunft“ hat selten mit mehr „bescheidener Anmaßung“ das Licht erblickt.

Die Arbeiter selbst, wenn sie wie Herr Most und Konsorten das Arbeiten aufgeben und *Literaten von Profession* werden, stiften stets „theoretisch“ Unheil an und sind stets bereit, sich an Wirrköpfe aus der angeblich „gelehrten“ Kaste anzuschließen. Namentlich, was wir seit Jahrzehnten mit so viel Arbeit und Mühe aus den Köpfen der deutschen Arbeiter gefegt und was selben das theoretische Übergewicht (daher auch das praktische) über Franzosen und Engländer gab — der *utopistische* Sozialismus, das Phantastegespiel über den künftigen Gesellschaftsbau — grassiert wieder und in einer viel nictigeren Form, nicht nur verglichen mit den großen französischen und englischen Utopisten, sondern mit — Weitling. Es ist natürlich, daß der Utopismus, der vor der Zeit des materialistisch-kritischen Sozia-

¹ Gemeint ist der zwischen den Eisenachern und Lassalleanern bei der Vereinigung in Gotha im Jahre 1875 geschlossene Kompromiß. Die Red.

lismus letzteren in nuce [im Kern] in sich barg, jetzt, wo er post festum [hinterdrein] kommt, nur noch albern sein kann, albern, fad und von Grund aus reaktionär . . .

AUS DEM BRIEF VON ENGELS AN JOHANN BECKER

London, 15. Juni 1885.

. . . In einem Spießbürgerland wie Deutschland muß die Partei auch einen spießbürgerlich „gebildeten“ rechten Flügel haben, den sie im entscheidenden Moment abschüttelt. Der Spießbürger-Sozialismus datiert von 1844 in Deutschland und ist schon im Kommunistischen Manifest kritisiert. Er ist so unsterblich, wie der deutsche Spießbürger selbst. Solange das Sozialistengesetz dauert, bin ich nicht dafür, daß wir die Spaltung provozieren, da die Waffen nicht gleich sind. Sollten aber die Herren die Spaltung selbst hervorrufen, indem sie den proletarischen Charakter der Partei unterdrücken und durch eine knotig-ästhetisch-sentimentale Philanthropie ohne Kraft und Saft ersetzen wollen, so müssen wir's eben nehmen, wie es kommt . . .

AUS DEM BRIEF VON ENGELS AN JOHANN BECKER

1. Juli 1879.

. . . Die unzeitige Sanftmut *Liebknechts* im Reichstag hat im romanischen Europa begreiflicherweise sehr unangenehm gewirkt und ist auch unter den Deutschen überall unangenehm empfunden worden¹. Wir haben dies auch sofort brieflich ausgesprochen. *Die alte gemütliche Brummelagitation* mit sechs Wochen bis sechs Monaten gelegentlichen Brummens ist ein für allemal für Deutschland zu Ende. Wie auch der jetzige Zustand sein Ende erreichen möge, die neue Bewegung beginnt auf mehr oder weniger *revolutionärer* Grundlage und muß daher auch einen viel resoluteren Charakter haben als die

¹ Engels meint die Rede Liebknechts im Deutschen Reichstag am 17. März 1879. In dieser Rede erklärte Liebknecht unter anderem: „. . . unsere Partei ja eine Reformpartei im strengsten Sinne des Wortes ist und nicht eine Partei, die gewaltsam Revolution machen will, was überhaupt ein Unsinn ist . . . Ich leugne aufs emphatischste, daß unsere Bestrebungen auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet seien.“ (Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, Berlin 1879, Verlag der Nordd. Allg. Ztg., S. 441.) Die Red.

verflossene, erste Bewegungsperiode. Man wird die *Phrase von der friedlichen Erreichung des Zieles entweder nicht mehr nötig haben oder doch mehr ernsthaft nehmen*. Indem Bismarck diese Phrase unmöglich machte und die Bewegung in die revolutionäre Richtung warf, hat er uns einen enormen Dienst getan, der das bißchen Schaden durch Agitationsstockung mehr als überwiegt.

Andererseits hat *dies zahme Auftreten im Reichstag* die Folge gehabt, daß sich die Revolutionsphrasenhelden jetzt wieder dagegen in die Brust werfen und durch Klüngerleien und Intrigen die Partei desorganisieren wollen. Das Zentrum dieser Umtriebe ist der hiesige Arbeiterverein¹...

AUS DEM BRIEF VON MARX UND ENGELS
AN AUGUST BEBEL, WILHELM LIEBKNECHT, WILHELM BRACKE
UND ANDERE
„ZIRKULARBRIEF“

London, Mitte September 1879.

... Ferner wird ihm [Schweitzer] vorgeworfen seine „Zurückweisung der bürgerlichen Demokratie“². Was denn hat die bürgerliche Demokratie in der sozialdemokratischen Partei zu schaffen? Wenn sie aus „ehrlichen Männern“ besteht, kann sie gar nicht eintreten wollen, und wenn sie dennoch eintreten will, dann doch nur, um zu stänkern.

Die Lassallesche Partei „zog vor, sich in *einseitigster* Weise als *Arbeiterpartei* zu gerieren [aufzuspielen]“. Die Herren, die das schreiben, sind selbst Mitglieder einer Partei, die sich in *einseitigster*

¹ Der Londoner Kommunistische Arbeiterbildungsverein geriet im Jahre 1879 in die Hände der Anhänger der „links“-opportunistischen Taktik von Johann Most. Most und seine Anhänger glitten dann später auf offen anarchistische Positionen hinab und wurden im Jahre 1880 aus den Reihen der deutschen Sozialdemokratie ausgeschlossen. Die Red.

² Marx und Engels unterzogen in diesem Brief den Artikel „Rückblicke auf die sozialistische Bewegung in Deutschland. Kritische Aphorismen“, der im Züricher „Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ erschienen war, einer kritischen Analyse. Die Verfasser dieses Artikels waren Höchberg, Bernstein und Schramm, von Marx und Engels das „Züricher Dreigestirn“ genannt. Die Red.

Welse als Arbeiterpartei geriert, sie bekleiden jetzt Amt und Würden in ihr. Es liegt hier eine absolute Unverträglichkeit vor. Meinen sie, was sie schreiben, so müssen sie aus der Partei austreten, mindestens Amt und Würden niederlegen. Tun sie es nicht, so gestehen sie damit ein, daß sie ihre amtliche Stellung zu benutzen gedenken, um den proletarischen Charakter der Partei zu bekämpfen. Die Partei also verrät sich selbst, wenn sie sie in Amt und Würden läßt.

Die sozialdemokratische Partei soll also nach Ansicht dieser Herren keine einseitige Arbeiterpartei sein, sondern eine allseitige Partei „aller von wahrer Menschenliebe erfüllten Männer“. Vor allem soll sie dies beweisen, indem sie die rohen Proletarierleidenschaften ablegt und sich „zur Bildung eines guten Geschmacks“ und „zur Erlernung des guten Tones“ (S. 85) unter die Leitung der gebildeten philanthropischen Bourgeois stellt. Dann wird auch das „verlumpfte Auftreten“ mancher Führer einem wohllehbaren „bürgerlichen Auftreten“ weichen. (Als ob das äußerlich verlumpfte Auftreten der hier Gemeinten nicht noch das Geringste wäre, das man ihnen vorwerfen kann!) Dann auch werden sich „zahlreiche Anhänger aus den Kreisen der gebildeten und besitzenden Klassen einfinden. Diese aber müssen erst gewonnen werden, wenn die ... betriebene Agitation greifbare Erfolge erreichen soll“.

Der deutsche Sozialismus hat „zuviel Wert auf die Gewinnung der Massen gelegt und dabei versäumt, in den sogenannten oberen Schichten der Gesellschaft energische (!) Propaganda zu machen“. Denn „noch fehlt es der Partei an Männern, welche dieselbe im Reichstag zu vertreten geeignet sind“. Es ist aber „wünschenswert und notwendig, die Mandate Männern anzuvertrauen, die Gelegenheit und Zeit genug gehabt haben, sich mit den einschlagenden Materien gründlich vertraut zu machen. Der einfache Arbeiter und Kleinmeister ... hat dazu nur in seltenen Ausnahmefällen die nötige Muße.“ Wählt also Bourgeois!

Kurz: die Arbeiterklasse aus sich selbst ist unfähig, sich zu befreien. Dazu muß sie unter die Leitung „gebildeter und besitzender“ Bourgeois treten, die allein „Gelegenheit und Zeit haben“, sich mit dem vertraut zu machen, was den Arbeitern frommt. Und zweitens ist die Bourgeoisie beileibe nicht zu bekämpfen, sondern durch energische Propaganda — zu gewinnen.

Wenn man aber die oberen Schichten der Gesellschaft oder nur ihre wohlmeinenden Elemente gewinnen will, so darf man sie be-

leibe nicht erschrecken. Und da glauben die drei Züricher, eine beruhigende Entdeckung gemacht zu haben:

„Die Partei zeigt gerade jetzt unter dem Druck des Sozialistengesetzes, daß sie *nicht gewillt ist*, den Weg der gewaltsamen blutigen Revolution zu gehen, sondern entschlossen ist ..., den Weg der Gesetzlichkeit, d. h. der *Reform* zu beschreiten.“

Also wenn die 5—600 000 sozialdemokratischen Wähler, $\frac{1}{10}$ — $\frac{1}{8}$ der gesamten Wählerschaft, dazu zerstreut über das ganze, weite Land, so vernünftig sind, nicht mit dem Kopf gegen die Wand zu rennen und einer gegen zehn eine „blutige Revolution“ zu versuchen, so beweist das, daß sie sich auch für alle Zukunft *verbieten*, ein gewaltiges auswärtiges Ereignis, eine dadurch hervorgerufene plötzliche revolutionäre Aufwallung, ja einen in daraus entstandener Kollision erfochtenen *Sieg* des Volkes zu benutzen! Wenn Berlin wieder einmal so ungebildet sein sollte, einen 18. März¹ zu machen, so müssen die Sozialdemokraten, statt als „barrikadensüchtige Lumpe“ (S. 88) am Kampf teilzunehmen, vielmehr den „Weg der Gesetzlichkeit beschreiten“, abwiegeln, die Barrikaden wegräumen und nötigenfalls mit dem herrlichen Kriegsheer gegen die einseitigen, rohen, ungebildeten Massen marschieren. Oder wenn die Herren behaupten, das hätten sie nicht so gemeint, was haben sie dann gemeint?

Es kommt noch besser.

„Je ruhiger, sachlicher, überlegter sie (die Partei) also in ihrer Kritik der bestehenden Zustände und in ihren Vorschlägen zur Abänderung derselben auftritt, um so weniger kann der jetzt (bei Einführung des Sozialistengesetzes) gelungene Schachzug wiederholt werden, mit dem die bewußte Reaktion das Bürgertum durch die Furcht vor dem roten Gespenst ins Bockshorn gejagt hat.“ (S. 88.)

Um der Bourgeoisie die letzte Spur von Angst zu benehmen, soll ihr klar und bündig bewiesen werden, daß das rote Gespenst wirklich nur ein Gespenst ist, nicht existiert. Was aber ist das Geheimnis des roten Gespenstes, wenn nicht die Angst der Bourgeoisie vor dem unausbleiblichen Kampf auf Tod und Leben zwischen ihr und dem Proletariat? Die Angst vor der unabwendbaren Entscheidung des modernen Klassenkampfes? Man schaffe den Klassenkampf ab, und die Bourgeoisie und „alle unabhängigen Menschen“ werden „sich

¹ Gemeint sind die revolutionären Barrikadenkämpfe in Berlin am 18./19. März 1848. Die Red.

nicht scheuen, mit den Proletariern Hand in Hand zu gehen"! Und wer denn, geprellt wären eben die Proletarier.

Möge also die Partei durch de- und wehmütiges Auftreten beweisen, daß sie die „Ungehörigkeiten und Ausschreitungen“ ein für allemal abgelegt hat, die den Anlaß zum Sozialistengesetz gaben. Wenn sie freiwillig verspricht, sich nur innerhalb der Schranken des Sozialistengesetzes bewegen zu wollen, werden Bismarck und die Bourgeois dies dann überflüssige Gesetz aufzuheben doch wohl die Güte haben!

„Man verstehe uns wohl“, wir wollen nicht „ein Aufgeben unserer Partei und unseres Programms, wir meinen aber, daß wir auf Jahre hinaus genug zu tun haben, wenn wir unsere ganze Kraft, unsere ganze Energie auf Erreichung gewisser naheliegender Ziele richten, welche unter allen Umständen errungen sein müssen, bevor an eine Realisierung der weitergehenden Bestrebungen gedacht werden kann.“ Dann werden auch Bourgeois, Kleinbürger und Arbeiter sich massenweise an uns anschließen, die „jetzt durch die weitgehenden Forderungen ... abgeschreckt werden“.

Das Programm soll nicht *aufgegeben*, sondern nur *aufgeschoben* werden — bis auf unbestimmte Zeit. Man nimmt es an, aber eigentlich nicht für sich selbst und für seine Lebzeiten, sondern posthum, als Erbstück für Kinder und Kindeskinde. Inzwischen wendet man seine „ganze Kraft und Energie“ auf allerhand Kleinkram und Herumflickerei an der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, damit es doch aussieht, als geschehe etwas, und gleichzeitig die Bourgeoisie nicht erschreckt werde. Da lobe ich mir doch den Kommunisten Miquel, der seine unerschütterliche Überzeugung von dem in einigen hundert Jahren unvermeidlichen Sturz der kapitalistischen Gesellschaft dadurch bewährt, daß er tüchtig drauflos schwindelt, sein Redliches zum Krach von 1873¹ beiträgt und damit für den Zusammenbruch der bestehenden Ordnung wirklich etwas tut.

Ein anderes Vorgehen gegen den guten Ton waren auch die „übertriebenen Angriffe auf die Gründer“, die ja „nur Kinder der Zeit“ waren; „das Schimpfen auf Strousberg² und dergleichen Leute ...

¹ Mit dem Krach von 1873 endete der sogenannte „Gründertaumel“, die Periode einer wütenden Spekulation und des Börsenspiels, die der Einigung Deutschlands (1871) folgte. Die Red.

² Strousberg, B. G. (1823 bis 1884) — deutscher Finanzmann, einer der bekanntesten Akteure des „Gründertaumels“ in den Jahren 1871 bis 1873. Die Red.

wäre daher besser unterblieben“. Leider sind alle Menschen „nur Kinder der Zeit“, und wenn dies hinlänglicher Entschuldigungsgrund, so darf man niemand mehr angreifen, alle Polemik, aller Kampf unsererseits hört auf; wir nehmen alle Fußtritte unserer Gegner ruhig hin, weil wir, die Weisen, ja wissen, daß jene „nur Kinder der Zeit“ sind und nicht anders handeln können, als sie tun. Statt ihnen die Fußtritte mit Zinsen zurückzuzahlen, sollten wir die Armen vielmehr bedauern.

Ebenso hatte die Parteinahme für die Kommune immerhin den Nachteil, „daß uns sonst zugeneigte Leute zurückgestoßen und überhaupt der *Haß der Bourgeoisie* gegen uns vergrößert wurde“. Und ferner ist die Partei „nicht ganz ohne Schuld an dem Zustandekommen des Oktobergesetzes, denn sie hat den *Haß der Bourgeoisie* in unnötiger Weise vermehrt“.

Da haben Sie das Programm der drei Zensoren von Zürich. Es läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Am allerwenigsten für uns, da wir diese sämtlichen Redensarten von 1848 her noch sehr gut kennen. Es sind die Repräsentanten des Kleinbürgertums, die sich anmelden, voll Angst, das Proletariat, durch seine revolutionäre Lage gedrängt, möge „zu weit gehen“. Statt entschiedener politischer Opposition allgemeine Vermittlung; statt des Kampfes gegen Regierung und Bourgeoisie der Versuch, sie zu gewinnen und zu überreden; statt trotzigem Widerstands gegen Mißhandlungen von oben demütige Unterwerfung und das Zugeständnis, man habe die Strafe verdient. Alle historisch notwendigen Konflikte werden umgedeutet in Mißverständnisse, und alle Diskussion beendet mit Beteuerung, in der Hauptsache sind wir ja alle einig. Die Leute, die 1848 als bürgerliche Demokraten auftraten, können sich jetzt ebensogut Sozialdemokraten nennen. Wie jenen die demokratische Republik, so liegt diesen der Sturz der kapitalistischen Ordnung in unerreichbarer Ferne, hat also absolut keine Bedeutung für die politische Praxis der Gegenwart, man kann vermitteln, kompromisseln, philanthropisieren nach Herzenslust. Ebenso geht's mit dem Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Auf dem Papier erkennt man ihn an, weil man ihn doch nicht mehr wegleugnen kann, in der Praxis aber wird er vertuscht,

¹ Am 19. Oktober 1878 trat in Deutschland das Ausnahmegesetz gegen die Sozialisten in Kraft, das die Sozialdemokratische Partei verbot. Diese wurde dadurch in die Illegalität getrieben. Das Ausnahmegesetz wurde erst 1890 aufgehoben. Die Red.

verwaschen, abgeschwächt. Die sozialdemokratische Partei soll keine Arbeiterpartei sein, sie soll nicht den Haß der Bourgeoisie oder überhaupt irgend jemandes auf sich laden; sie soll vor allem unter der Bourgeoisie energische Propaganda machen; statt auf weitgehende, die Bourgeoisie abschreckende und doch in unserer Generation unerreichbare Ziele Gewicht zu legen, soll sie lieber ihre ganze Kraft und Energie auf diejenigen kleinbürgerlichen Flickreformen verwenden, die der alten Gesellschaftsordnung neue Stützen verleihen und dadurch die endliche Katastrophe vielleicht in einen allmählichen stückweisen und möglichst friedfertigen Auflösungsprozeß verwandeln könnten. Es sind dieselben Leute, die unter dem Schein rastloser Geschäftigkeit nicht nur selbst nichts tun, sondern auch zu hindern suchen, daß überhaupt etwas geschieht als — schwatzen, dieselben Leute, deren Furcht vor jeder Tat 1848 und 1849 die Bewegung bei jedem Schritt hemmte und endlich zu Fall brachte, dieselben Leute, die eine Reaktion sehen und dann ganz erstaunt sind, sich endlich in einer Sackgasse zu finden, wo weder Widerstand noch Flucht möglich ist, dieselben Leute, die die Geschichte in ihren engen Spießbürgerhorizont bannen wollen und über die die Geschichte jedesmal zur Tagesordnung übergeht.

Was ihren sozialistischen Gehalt angeht, so ist dieser bereits hinreichend kritisiert im „Manifest“, Kapitel: „der deutsche oder wahre Sozialismus“. Wo der Klassenkampf als unliebsame „rohe“ Erscheinung auf die Seite geschoben wird, da bleibt als Basis des Sozialismus nichts als „wahre Menschenliebe“ und leere Redensarten von „Gerechtigkeit“.

Es ist eine im Gang der Entwicklung begründete, unvermeidliche Erscheinung, daß auch Leute aus der bisher herrschenden Klasse sich dem kämpfenden Proletariat anschließen und ihm Bildungselemente zuführen. Das haben wir schon im „Manifest“ klar ausgesprochen. Es ist aber hierbei zweierlei zu bemerken:

Erstens müssen diese Leute, um der proletarischen Bewegung (wirklich) zu nützen, auch wirkliche Bildungselemente mitbringen. Dies ist aber bei der großen Mehrzahl der deutschen bürgerlichen Konvertiten nicht der Fall. Weder die „Zukunft“ noch die „Neue Gesellschaft“ haben irgend etwas gebracht, wodurch die Bewegung um einen Schritt weitergekommen wäre. An wirklichem, tatsächlichem, oder theoretischem Bildungsstoff ist da absoluter Mangel. Statt dessen Versuche, die sozialistischen oberflächlich angeeigneten Ge-

danken in Einklang zu bringen mit den verschiedensten theoretischen Standpunkten, die die Herren von der Universität oder sonst woher mitgebracht und von denen einer noch verworrener war als der andere, dank dem Verwesungsprozeß, in dem sich die Reste der deutschen Philosophie heute befinden. Statt die neue Wissenschaft vorerst selbst gründlich zu studieren, stützte sich jeder sie vielmehr nach dem mitgebrachten Standpunkt zurecht, machte sich kurzerhand eine eigene Privatwissenschaft und trat gleich mit der Prätension auf, sie lehren zu wollen. Daher gibt es unter diesen Herren ungefähr so viel Standpunkte wie Köpfe; statt in irgend etwas Klarheit zu bringen, haben sie nur eine arge Konfusion angerichtet — glücklicherweise fast nur unter sich selbst. Solche Bildungselemente, deren erstes Prinzip ist zu lehren, was sie nicht gelernt haben, kann die Partei gut entbehren.

Zweitens. Wenn solche Leute aus anderen Klassen sich der proletarischen Bewegung anschließen, so ist die erste Forderung, daß sie keine Reste von bürgerlichen, kleinbürgerlichen usw. Vorurteilen mitbringen, sondern sich die proletarische Anschauungsweise unumwunden aneignen. Jene Herren aber, wie nachgewiesen, stecken über und über voll bürgerlicher und kleinbürgerlicher Vorstellungen. In einem so kleinbürgerlichen Land wie Deutschland haben diese Vorstellungen sicher ihre Berechtigung. Aber nur *außerhalb* der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Wenn die Herren sich als sozialdemokratische Kleinbürgerpartei konstituieren, so sind sie in ihrem vollen Recht; man könnte dann mit ihnen verhandeln, je nach Umständen Kartell schließen usw. Aber in einer Arbeiterpartei sind sie ein fälschendes Element. Sind Gründe da, sie vorderhand darin zu dulden, so besteht die Verpflichtung, sie *nur* zu dulden, ihnen keinen Einfluß auf Parteileitung zu gestatten, sich bewußt zu bleiben, daß der Bruch mit ihnen nur eine Frage der Zeit ist. Diese Zeit scheint übrigens gekommen. Wie die Partei die Verfasser dieses Artikels noch länger in ihrer Mitte dulden kann, erscheint uns unbegreiflich. Gerät aber solchen Leuten gar die Parteileitung mehr oder weniger in die Hand, so wird die Partei einfach entmannt, und mit der proletarischen Schneid ist's am Ende.

Was uns betrifft, so steht uns nach unserer ganzen Vergangenheit nur ein Weg offen. Wir haben seit fast 40 Jahren den Klassenkampf als nächste treibende Macht der Geschichte und speziell den Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat als den großen Hebel der

modernen sozialen Umwälzung hervorgehoben; wir können also unmöglich mit Leuten zusammengehen, die diesen Klassenkampf aus der Bewegung streichen wollen. Wir haben bei Gründung der Internationale ausdrücklich den Schlachtruf formuliert: die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Wir können also nicht zusammengehen mit Leuten, die es offen aussprechen, daß die Arbeiter zu ungebildet sind, sich selbst zu befreien, und erst von oben herab befreit werden müssen durch philanthropische Groß- und Kleinbürger. Wird das neue Parteiorgan eine Haltung annehmen, die den Gesinnungen jener Herren entspricht, bürgerlich ist und nicht proletarisch, so bleibt uns nichts übrig, so leid es uns tun würde, als uns öffentlich dagegen zu erklären und die Solidarität zu lösen, mit der wir bisher die deutsche Partei dem Ausland gegenüber vertreten haben. Doch *dahin* kommt's hoffentlich nicht . . .

AUS DEM BRIEF VON ENGELS AN AUGUST BEBEL¹

London, 14. November 1879.

. . . Unangenehme Konzessionen an den deutschen Philister sind im dritten Teil enthalten. Wozu die ganz überflüssige Stelle über den „Bürgerkrieg“, wozu das Hutabziehen vor der „öffentlichen Meinung“, die in Deutschland stets die des Bierphilisters sein wird? Wozu hier die vollständige Verwischung des Klassencharakters der Bewegung? Wozu den Anarchisten diese Freude machen? Und dazu sind alle diese Konzessionen total nutzlos. Der deutsche Philister ist die inkorporierte Feigheit, er respektiert nur den, der ihm Furcht einflößt. Wer sich aber liebes Kind bei ihm machen will, den hält er für seinesgleichen und respektiert ihn nicht mehr als seinesgleichen, nämlich gar nicht. Und jetzt, nachdem der „Sturm“ der Bierphilisterentrüstung, genannt öffentliche Meinung, sich zugestandenermaßen wieder gelegt hat, wo der Steuerdruck die Leute ohnehin wieder mürbe gemacht, wozu da noch diese Süßholzraspelei? Wenn Sie wüßten, wie das im Ausland sich anhört! Es ist ganz gut, daß ein Parteiorgan von Leuten redigiert werden muß, die mitten in der Partei und im Kampf stehen. Aber wären Sie nur sechs Monate im Ausland, so

¹ Engels kritisiert in diesem Brief den im November 1879 veröffentlichten Bericht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Der Bericht enthielt eine Reihe offensichtlich opportunistischer Stellen. Die Red.

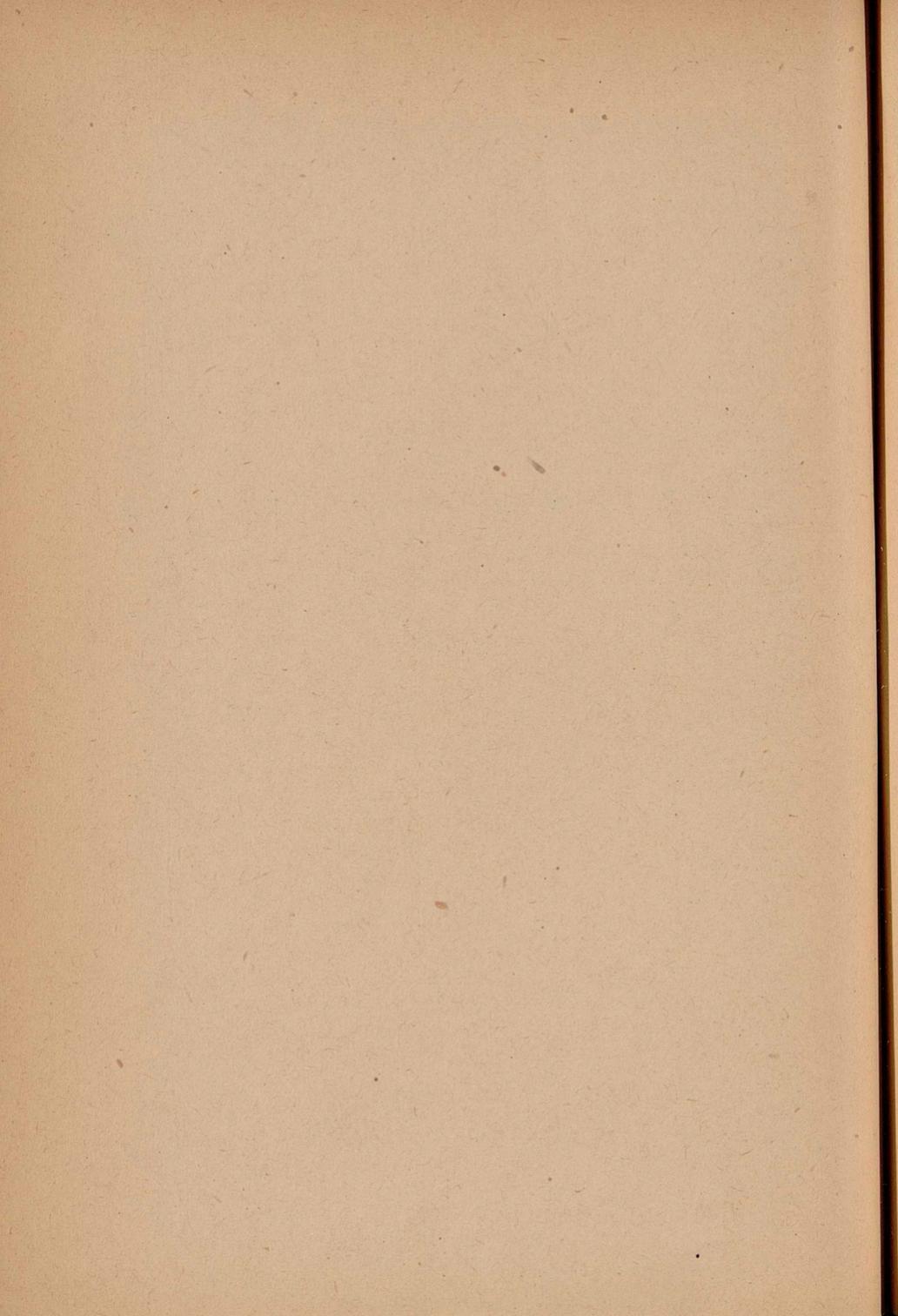
würden Sie über diese ganz unnötige Selbsterniedrigung der Parteigeordneten gegenüber dem Philister ganz anders denken. Der Sturm, der nach der Kommune über die französischen Sozialisten hereinbrach, war doch noch ganz was anderes als das Nobilinggesetz¹ in Deutschland. Und wieviel stolzer und selbstbewußter haben sich die Franzosen benommen! Wo finden Sie da solche Schwächen, solche Komplimente für den Gegner? Sie schwiegen, wo sie nicht frei ausreden konnten. Sie ließen den Spießbürger sich ausheulen, sie wußten, ihre Zeit werde schon wieder kommen, und jetzt ist sie da ...

Übrigens will ich zu den Auerschen Unterschiebungen nur noch bemerken, daß wir hier weder die Schwierigkeiten unterschätzen, mit denen die Partei in Deutschland zu kämpfen hat, noch die Bedeutung der trotzdem errungenen Erfolge und die bisher ganz musterhafte Haltung der Parteimassen. Es ist ja selbstredend, daß jeder in Deutschland erfochtene Sieg uns ebenso sehr freut wie ein anderswo erfochtener, und noch mehr, weil ja die deutsche Partei von Anfang an in Anlehnung an unsere theoretischen Aufstellungen sich entwickelt hat. Aber eben deswegen muß uns auch besonders daran liegen, daß die praktische Haltung der deutschen Partei und namentlich die öffentlichen Äußerungen der Parteileitung auch mit der allgemeinen Theorie im Einklang bleiben. Unsere Kritik ist gewiß für manchen nicht angenehm; aber mehr als alle unkritischen Komplimente muß es doch für die Partei und für die Parteileitung von Vorteil sein, wenn sie im Ausland ein paar Leute hat, die, unbeeinflusst von den verwirrenden Lokalverhältnissen und Einzelheiten des Kampfes, von Zeit zu Zeit das Geschehene und Gesagte an den für alle modernen proletarischen Bewegungen geltenden theoretischen Sätzen messen, und ihr den Eindruck widerspiegeln, den ihr Auftreten außerhalb Deutschlands macht.

¹ Im Juni 1878 verübte Nobiling in unzurechnungsfähigem Zustand ein Attentat auf Wilhelm I. Dieser Anschlag bot den Vorwand zum Sozialistengesetz. Die Red.

Lenin

UBER DIE „KRITIK DES GOTHAER PROGRAMMS“



AUS DEM HEFT „DER MARXISMUS ÜBER DEN STAAT“

(Januar—Februar 1917)

BRIEF VON ENGELS AN BEBEL

Außerordentlich wichtig für die Frage des Staates ist der Brief von Engels an *Bebel* vom 18./28. III. 1875 (*Bebel*, „Aus meinem Leben“, Zweiter Teil, S. 318 ff., Stuttgart. 1911. Vorwort vom 2. IX. 1911).

Die wichtigste Stelle lautet vollständig:

„... Der freie Volksstaat ist in den freien Staat verwandelt. Grammatikalisch genommen ist ein freier Staat ein solcher, wo der Staat frei gegenüber seinen Bürgern ist, also ein Staat mit despotischer Regierung. Man sollte das ganze Gerede vom Staat fallenlassen, besonders *seit der Kommune*, die schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr war. Der ‚*Volksstaat*‘ ist uns von den Anarchisten bis zum Überdruß in die Zähne geworfen worden, obwohl schon die Schrift Marx' gegen Proudhon und nachher das Kommunistische Manifest direkt sagen, daß *mit Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung* der Staat sich von selbst auflöst und verschwindet. Da nun der Staat doch nur eine vorübergehende Einrichtung ist, deren man sich im Kampf, in der Revolution bedient, um seine Gegner gewaltsam niederzuhalten, so ist es purer Unsinn, von freiem Volksstaat zu sprechen: solange das Proletariat den Staat noch *gebraucht* (von Engels her-

||| NB

NB

NB

vorgehoben), gebraucht es ihn *nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf, zu bestehen*. Wir würden daher vorschlagen, überall statt *Staat* (von Engels hervorgehoben), ‚Gemeinwesen‘ zu setzen, ein gutes altes deutsches Wort, das das französische ‚Kommune‘ sehr gut vertreten kann.“ (S. 321/22.)

Das ist bei Marx und Engels wohl die trefflichste und sicherlich die **schärfste** Stelle, sozusagen, „gegen den Staat“.

(1) „Man sollte das ganze Gerede vom Staat fallenlassen.“

(2) „Die Kommune war schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr.“ (Was denn sonst? Offenbar die Übergangsform vom Staat zum Nichtstaat!)

(3) Die Anarchisten haben uns bis zum Überdruß den „Volksstaat“ „in die Zähne geworfen“. (Marx und Engels schämten sich also dieses offenbaren Fehlers ihrer deutschen Freunde; — sie hielten ihn jedoch, und *unter den damaligen Verhältnissen* natürlich mit Recht, für einen unvergleichlich weniger wichtigen Fehler als den Fehler der Anarchisten. Dies NBII)

(4) Der Staat „zersetzt sich von selbst („löst sich auf“) Notabene und verschwindet“... (vgl. später: „stirbt ab“) „mit Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung“...

(5) Der Staat ist eine „vorübergehende Einrichtung“, die man „im Kampf, in der Revolution“ braucht... (die selbstverständlich das *Proletariat* braucht)...

(6) Den Staat braucht man *nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung* (? Niederhaltung ist nicht Unterdrückung im eigentlichen Sinne, sondern Abhalten von der Restauration, in Unterwürfigkeit halten) *der Gegner des Proletariats*.

(7) Wenn es Freiheit geben wird, wird es keinen Staat geben.

Gewöhnlich hält man die Begriffe „Freiheit“ und „Demokratie“ für identisch und gebraucht häufig den einen an Stelle des anderen. Gerade so urteilen sehr häufig die Vulgärmarxisten (an ihrer Spitze Kautsky, Plechänow und Co.). In Wirklichkeit schließt die Demokratie die Freiheit aus. Die Dialektik (der Gang) der Entwicklung ist folgende: vom Absolutismus zur bürgerlichen Demokratie; von der bürgerlichen Demokratie zur proletarischen; von der proletarischen zu keiner.

(8) „Wir“ (d. h. Engels und Marx) würden vorschlagen, „überall“ (im Programm) statt „Staat“ — „Gemeinwesen“, „Kommune“ zu sagen!!!

Daraus ist ersichtlich, wie Marx und Engels nicht nur von den Opportunisten, sondern auch von Kautsky versimpelt und besudelt wurden.

Die Opportunisten haben von diesen 3 überaus reichen Gedanken *keinen einzigen* begriffen!!

Sie haben *nur* die praktische Notwendigkeit der Gegenwart genommen: die Ausnutzung des politischen Kampfes, die Ausnutzung des *heutigen* Staates zur Schulung, Erziehung des Proletariats, zur „Abringung von Zugeständnissen“. Das ist richtig (gegen die Anarchisten), aber das ist nur $\frac{1}{100}$ des Marxismus, wenn man sich so arithmetisch ausdrücken darf.

Kautsky hat in seiner propagandistischen und überhaupt publizistischen Tätigkeit die Punkte 1, 2, 5, 6, 7, 8 und Marx' „Zerbrechen“ vollständig vertuscht (oder vergessen? oder nicht begriffen?) (in der Polemik gegen Pannekoek 1912 oder 1913 [siehe weiter unten S. 45—47] war Kautsky in dieser Frage bereits ganz zum Opportunismus hinabgesunken).

Von den Anarchisten trennen uns (α) die Ausnutzung des Staates *jetzt* und (β) während der *Revolution*

NBIIII

des Proletariats („Diktatur des Proletariats“) — Fragen von größter Wichtigkeit für die Praxis, jetzt schon. (Gerade sie hat Bucharin vergessen!)

Von den Opportunisten trennen uns die tieferen, „unvergänglicheren“ Wahrheiten vom (αα) „vorübergehenden“ Charakter des Staates, vom (ββ) Schaden des „Geredes“ über ihn jetzt, vom (γγ) nicht ganz staatlichen Charakter der Diktatur des Proletariats, vom (δδ) Widerspruch zwischen Staat und Freiheit, von (εε) der richtigeren Idee (dem Begriff, programmatischen Terminus) des „Gemeinwesens“ statt des Staates, vom (ζζ) „Zerbrechen“ der bürokratisch-militärischen Maschine. Man darf auch nicht vergessen, daß die *Diktatur des Proletariats* von den offenen Opportunisten Deutschlands (Bernstein, Kolb u. a.) direkt, vom offiziellen Programm und Kautsky aber *indirekt* abgelehnt wird, indem man sie in der tagtäglichen Agitation verschweigt und das Renegatentum der Kolb und Konsorten *duldet*.

An Bucharin wurde im August 1916 geschrieben: „Laß Deine Gedanken über den Staat *ausreifen*.“ Er aber *ließ* sie *nicht* ausreifen, kroch in die Presse als „Notabene“ und tat das so, daß er, anstatt die Kautskyaner zu entlarven, ihnen mit seinen Fehlern *half!!* Im Grunde genommen kommt jedoch Bucharin der Wahrheit näher als Kautsky.

MARX: KRITIK DES GOTHAER PROGRAMMS

Brief von Engels an Bebel, geschrieben am 18./28. III. 1875. Brief von Marx an Bracke mit *Kritik des Gothaer Programms*, über einen Monat später geschrieben: am 5. V. 1875 („Neue Zeit“ IX, 1, 1891) (1890—1891. Nr. 18).

Auf den ersten Blick scheint Marx in diesem Brief viel mehr „Staatsverehrer“ zu sein — wenn es erlaubt ist, diesen trivialen Ausdruck unserer Feinde zu gebrauchen — als Engels.

Engels schlägt vor (1) überhaupt nicht vom Staat zu reden; (2) dieses Wort durch „Gemeinwesen“ zu

ersetzen; (3) erklärt er sogar von der Kommune (d. h. der „Diktatur des Proletariats“), daß sie „schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr war“, Marx sagt aber *keinen Ton* über all das, sondern *im Gegenteil*, er spricht sogar von dem „zukünftigen *Staatswesen* der kommunistischen Gesellschaft“!! („Neue Zeit“ IX, 1, S. 573.)¹

Auf den ersten Blick könnte der Eindruck eines banalen Widerspruchs, einer Konfusion oder Divergenz entstehen! Aber nur auf den ersten Blick.

Die entscheidende Stelle (über diese Frage) aus dem Brief von Marx lautet vollständig:

„Die ‚heutige Gesellschaft‘ ist die kapitalistische Gesellschaft, die in allen Kulturländern existiert, mehr oder weniger frei von mittelaltrigem Beisatz, mehr oder weniger durch die besondere geschichtliche Entwicklung jedes Landes modifiziert, mehr oder weniger entwickelt. Dagegen der ‚heutige Staat‘ wechselt mit der Landesgrenze. Er ist ein anderer im preußisch-deutschen Reich als in der Schweiz, ein anderer in England als in den Vereinigten Staaten. ‚Der heutige Staat‘ ist also eine Fiktion.

Jedoch haben die verschiedenen Staaten der verschiedenen Kulturländer trotz ihrer bunten Formverschiedenheit alle das gemein, daß sie auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft stehn, nur einer mehr oder minder kapitalistisch entwickelten. Sie haben daher auch gewisse wesentliche Charaktere gemein. In diesem Sinne kann man von ‚heutigem Staatswesen‘ sprechen, im Gegensatz zur Zukunft, worin seine jetzige Wurzel, die bürgerliche Gesellschaft, abgestorben ist.

Es fragt sich dann: welche Umwandlung wird das *Staatswesen in einer kommunistischen Gesellschaft* erleiden? In andern Worten, *welche gesellschaftlichen Funktionen bleiben dort übrig, die jetzigen Staatsfunktionen analog sind?* Diese Frage ist nur wissenschaft-

¹ Siehe unten. Die Red.

lich zu beantworten, und man kommt dem Problem durch tausendfache Zusammensetzung des Wortes Volk mit dem Wort Staat auch nicht um einen Flohsprung näher.

Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als *die revolutionäre Diktatur des Proletariats* (hervorgehoben von Marx).

Das Programm nun hat es weder mit letzterer zu tun, noch mit *dem zukünftigen Staatswesen der kommunistischen Gesellschaft.*"

Es ist klar, daß das ein Vorwurf ist; das geht aus folgendem Satz hervor: das Programm hat es mit der alten demokratischen Litanei „zu tun“, *nicht aber* mit den Fragen der revolutionären Diktatur des Proletariats und dem Staatswesen der kommunistischen Gesellschaft. . .

„Seine politischen Forderungen enthalten nichts außer der alten weltbekannten demokratischen Litanei: allgemeines Wahlrecht, direkte Gesetzgebung, Volksrecht, Volkswehr etc. Sie sind bloßes Echo der bürgerlichen Volkspartei, des Friedens- und Freiheitsbundes“. . . (S. 573.)

(Diese Forderungen seien bereits „realisiert“ — nur nicht im deutschen Staat, sondern in anderen, in der Schweiz, in den Vereinigten Staaten. Diese Forderungen seien *nur* in *einer demokratischen Republik* am Platze. Das Programm fordere nicht die Republik, wie es die französischen Arbeiterprogramme unter Louis Philippe und Louis Napoleon taten, — das kann man in Deutschland nicht, also habe es keinen Sinn, vom Militärdespotismus Dinge zu verlangen, die nur in einer demokratischen Republik am Platze

seien . . . selbst die Vulgärdemokratie „steht noch
berghoch über solcher Art Demokratien
innerhalb der Grenzen des polizeilich
Erlaubten und logisch Unerlaubten“.)

sehr
gut
(und sehr
wichtig)

In diesen Worten hat Marx gleichsam die ganze Trivialität des Kautskyanertums vorausgesehen: süßliche Reden über allerlei gute Dinge, die auf eine Beschönigung der Wirklichkeit hinauslaufen, denn die Unversöhnlichkeit von demokratischem Frieden und Imperialismus, von Demokratie und Monarchie usw. wird vertuscht oder bleibt im dunkeln.

Also, die Diktatur des Proletariats ist „eine politische Übergangsperiode“; es ist klar, daß auch der Staat dieser Periode ein Übergang vom Staat zum Nichtstaat ist, d. h. „kein Staat im eigentlichen Sinne mehr“. Zwischen Marx und Engels besteht folglich in dieser Frage durchaus kein Widerspruch.

Aber Marx spricht weiter von dem „zukünftigen Staatswesen der kommunistischen Gesellschaft“! Also wird es sogar in der „kommunistischen Gesellschaft“ ein Staatswesen geben! Besteht hier nicht ein Widerspruch?

Nein:

- I — in der kapitalistischen Gesellschaft, Staat im eigentlichen Sinne
- II — Übergang (Diktatur des Proletariats) Staat vom Übergangstypus (kein Staat im eigentlichen Sinne)
- III — kommunistische Gesellschaft: Absterben des Staates

Den Staat braucht die Bourgeoisie

Den Staat braucht das Proletariat

Der Staat wird nicht gebraucht, er stirbt ab

Absolute Folgerichtigkeit und Klarheit!!

Anders:

- | | |
|---|--|
| I — Demokratie lediglich als Ausnahme, niemals vollständig. . . | I — Demokratie nur für die Reichen und für eine kleine Schicht des Proletariats. [Die Armen läßt sie kalt!] |
| II — Fast vollständige Demokratie, nur durch die <i>Unterdrückung</i> des Widerstandes der Bourgeoisie beschränkt | II — Demokratie für die Armen, für $\frac{9}{10}$ der Bevölkerung, gewaltsame Unterdrückung des Widerstandes der Reichen |
| III — Wirklich vollständige Demokratie, die zur Gewohnheit wird und <i>deshalb</i> abstirbt. . . Vollständige Demokratie ist gleich keinerlei Demokratie. Das ist kein Paradoxon, sondern Wahrheit! | III — Vollständige Demokratie, die zur Gewohnheit wird und deshalb abstirbt, die dem Grundsatz: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ Platz macht. |

Siehe S. 19 Rand¹

Von der Frage des Staates handelt auch eine sehr wesentliche Stelle in der *Kritik des Gothaer Programms*, wo eine *ökonomische* Analyse der künftigen Gesellschaft gegeben wird.

Marx kritisiert hier (S. 565—567) die Idee Lassalles vom „unverkürzten Arbeitsertrag“, zeigt die Notwendigkeit des Abzugs für den Fonds zur Deckung des verbrauchten Teils der Produktionsmittel, für den Reservefonds, die Ausgaben für die Verwaltung, die Schulen, die Gesundheitseinrichtungen usw. und *führt fort*:

„Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage *entwickelt* hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*; die also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt. Demgemäß erhält der einzelne Produzent — nach den Abzügen — exakt zurück, was er ihr gibt. Was er ihr gegeben hat, ist sein individuelles

NB

NB

¹ Siehe vorliegende Ausgabe, S. 116. Die Red.

Arbeitsquantum. Z. B. der gesellschaftliche Arbeitstag besteht aus der Summe der individuellen Arbeitsstunden; die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten ist der von ihm gelieferte Teil des gesellschaftlichen Arbeitstags, sein Anteil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß er soundso viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds) und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln so viel heraus, als gleich viel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der anderen zurück." (S. 566.)

„In das Eigentum der einzelnen kann nichts übergehen, außer individuellen Konsumtionsmitteln.“ „Was aber die Verteilung der letzteren unter die einzelnen Produzenten betrifft, herrscht dasselbe Prinzip wie beim Austausch von Warenäquivalenten, es wird gleich viel Arbeit in einer Form gegen gleich viel Arbeit in einer andern umgetauscht.“ (S. 567.) Dieses gleiche Recht setzt die *Ungleichheit* voraus, die tatsächliche Ungleichheit, die *Ungleichheit* der Menschen, denn der eine ist stark, der andere schwach usw. (die Individuen „wären nicht verschiedene Individuen, wenn sie nicht ungleiche wären“) (S. 567). — der eine wird mehr bekommen als der andere.

„Aber diese Mißstände sind unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist. Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft.“

Also:
I. „lange Geburtswehen“
II. „erste Phase der kommunistischen Gesellschaft“
III. „höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft“

„In einer *höhern Phase* der *kommunistischen* Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind, und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen — erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“ (S. 567.)

NB

Hier werden also klar, deutlich, präzise zwei Phasen der kommunistischen Gesellschaft unterschieden:

Ebenfalls eine Form des Zwanges: „Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen“

NB

Die *niedere* („erste“) — Verteilung der Konsumtionsmittel „proportional“ dem Arbeitsquantum, das jeder der Gesellschaft liefert. Die Ungleichheit der Verteilung ist noch stark. Der „enge bürgerliche Rechtshorizont“ ist *noch nicht ganz* überwunden. Dies NB!! Mit dem (halbbürgerlichen) Recht verschwindet offenbar auch der (halbbürgerliche) Staat noch nicht ganz. Dies *Notabene!!*

Die Arbeit ist zu einem Bedürfnis geworden, es besteht keinerlei Zwang

Die „*höhere*“ — „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.“ Wann ist das möglich? Wenn (1) der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; (2) die Arbeit das *erste Lebensbedürfnis* wird (NB: die Gewohnheit, zu arbeiten, wird zur Regel, ohne Zwang!!); (3) die Produktivkräfte sich mächtig entwickelt haben werden usw. Es ist klar, daß das *völlige* Absterben des Staates nur auf dieser *höheren Stufe* möglich ist. Dies NB.

BRIEF VON ENGELS 1875

In dem Brief von Engels an Bebel vom 18./28. III. 1875 sind noch besonders lehrreiche Stellen enthalten, die gewisse Seiten des Marxismus klarer als sonst beleuchten:

(1) „... Zuerst nimmt man“ (im Gothaer Programm) „die großtönende, aber historisch falsche Lassallesche Phrase an: gegenüber der Arbeiterklasse seien alle anderen Klassen *nur eine reakti-
näre Masse. Dieser Satz ist nur in ein-
zelnen Ausnahmefällen wahr, zum Bei-
spiel in einer Revolution des Proletariats,
wie die Kommune, oder in einem Land, wo
nicht nur die Bourgeoisie Staat und Gesellschaft
nach ihrem Bilde gestaltet hat, sondern
auch schon nach ihr das demokratische Kleinbürger-
tum diese Umbildung bis auf ihre letzten
Konsequenzen durchgeführt hat.*“ (S. 319.)
(In Deutschland seid ihr doch „jahrelang“ mit der
Volkspartei zusammengegangen, und 7 politische For-
derungen stellt ihr auf, „von denen keine einzige, die
nicht *bürgerlich-* [hervorgehoben von Engels] demo-
kratisch“.)

NB

(wie in der
Schweiz)

NB

(2) „... Fünftens“ (fünfter Einwand von Engels) „ist von der Organisation der Arbeiterklasse als Klasse
vermittels der *Gewerksgenossenschaften*
gar keine Rede. Und das ist ein sehr wesentlicher
Punkt, denn *dies ist die eigentliche Klas-
senorganisation des Proletariats*, in der
es seine täglichen Kämpfe mit dem Kapital durch-
ficht, in der es sich schult, und die heutzutage bei
der schlimmsten Reaktion (wie jetzt in Paris) platter-
dings nicht mehr kaputt zu machen ist. Bei der Wich-
tigkeit, die diese Organisation auch in Deutschland
erreicht, wäre es unserer Ansicht nach unbedingt not-
wendig, ihrer im Programm zu gedenken und ihr wo-
möglich einen Platz in der Organisation der Partei
offenzulassen.“ (S. 321.)

sol

NB

NB

(3) „... Ebenso fehlt“ (im Programm) „die erste Bedingung aller Freiheit: daß alle Beamte für alle ihre Amtshandlungen jedem Bürger gegenüber vor den gewöhnlichen Gerichten und nach **gemeinem** Recht verantwortlich sind.“ (S. 321.)

(4) „... ‚Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit‘ ist auch eine sehr bedenkliche Phrase statt: ‚Aufhebung aller Klassenunterschiede‘. Von Land zu Land, von Provinz zu Provinz, von Ort zu Ort sogar wird immer eine *gewisse* Ungleichheit der Lebensbedingungen bestehen, die man auf ein Minimum reduzieren, aber nie ganz beseitigen können wird. Alpenbewohner werden immer andere Lebensbedingungen haben als Leute des flachen Landes. Die Vorstellung der sozialistischen Gesellschaft als des Reiches der *Gleichheit* ist eine einseitige französische Vorstellung, anlehnend an das alte ‚Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit‘, eine Vorstellung, die *als Entwicklungsstufe* ihrer Zeit und ihres Ortes berechtigt war, die aber, wie alle die Einseitigkeiten der früheren sozialistischen Schulen, jetzt überwunden sein sollten, da sie nur Verwirrung in den Köpfen anrichten, und präzisere Darstellungsweisen der Sache gefunden sind.“ (S. 322.)

NB

„unüberlegtes Wort“
Liebknechts

(5) Bakunin in seiner Schrift „Politik und Anarchie“ macht *uns* für jedes „unüberlegte Wort“ Liebknechts verantwortlich... (S. 322/23.)

(6) „Im allgemeinen *kommt es weniger auf das offizielle Programm einer Partei an, als auf das, was sie tut*. Aber ein neues Programm ist doch immer eine öffentlich aufgepflanzte Fahne, und die Außenwelt beurteilt danach die Partei“ (S. 323)...

NB
Ahal Ahal

Bebel antwortete Engels am 21. IX. 1875 unter anderem: „Mit dem Urteil, das Sie über die Programmvorlage fällten, *stimme ich*, wie das auch Briefe von mir an Bracke beweisen, *vollkommen* (S. 334/35) *überein*. Ich habe auch

Liebknecht über seine Nachgiebigkeit heftige Vorwürfe gemacht" ..., aber nachdem einmal das Malheur geschehen, ... „das Ganze ist eine Erziehungsfrage“.

Daß Bebel *selbst* ein wenig früher alle diese verworrenen Ansichten über den „Volksstaat“ teilte, beweist seine Broschüre „Unsere Ziele“ (9. Auflage, 1886, „Sozialdemokratische Bibliothek“, unveränderter Nachdruck der 3. Auflage von 1872), Seite 14: „Der Staat soll also aus einem auf *Klassenherrschaft* beruhenden Staat in einen *Volksstaat* verwandelt werden ... und in diesem Staat soll ... die genossenschaftliche Produktion an Stelle der ... Privatunternehmungen treten.“ ... Und ebendort auf Seite 44 empfiehlt er *sowohl Marx als auch Lassalle!!!* Nebeneinander!! Den Unterschied zwischen ihnen in der Frage des Staates sah Bebel damals *nicht*.

Das Heft „Der Marxismus über den Staat“ wurde von Lenin Anfang 1917 in Zürich geschrieben und russisch erstmalig veröffentlicht im Lenin-Sammelband XIV, Moskau-Leningrad 1930. Die von Lenin angeführten Zitate von Marx und Engels sind in zwei abweichenden Fällen mit dem in der vorliegenden Ausgabe enthaltenen Originaltext in Übereinstimmung gebracht worden.

AUS DEM WERK „STAAT UND REVOLUTION“

DAS „ABSTERBEN“ DES STAATES UND DIE GEWALTSAME REVOLUTION¹

Die Engelsschen Worte über das „Absterben“ des Staates sind weit und breit so bekannt, sie werden so oft zitiert, zeigen so plastisch, worin die Quintessenz der landläufigen Verfälschung des Marxismus zum Opportunismus besteht, daß es geboten erscheint, eingehend bei ihnen zu verweilen. Wir zitieren den ganzen Passus, dem sie entnommen sind:

„Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum. Aber damit hebt es sich selbst als Proletariat, damit hebt es alle Klassenunterschiede und Klassegegensätze auf, und damit auch den Staat als Staat. Die bisherige, sich in Klassegegensätzen bewegende Gesellschaft hatte den Staat nötig, das heißt eine Organisation der jedesmaligen ausbeutenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer äußern Produktionsbedingungen, also namentlich zur gewaltsamen Niederhaltung der ausgebeuteten Klasse in den durch die bestehende Produktionsweise gegebenen Bedingungen der Unterdrückung (Sklaverei, Leibeigenschaft oder Hörigkeit, Lohnarbeit). Der Staat war der offizielle Repräsentant der ganzen Gesellschaft, ihre Zusammenfassung in einer sichtbaren Körperschaft, aber er war dies nur, insofern er der Staat derjenigen Klasse war, welche selbst für ihre Zeit die ganze Gesellschaft vertrat: in Altertum Staat der sklavenhaltenden Staatsbürger, im Mittelalter des Feudaladels, in unsrer Zeit der Bourgeoisie. Indem er endlich tatsächlich Repräsentant der ganzen Gesellschaft wird, macht er sich selbst überflüssig. Sobald es keine Gesellschaftsklasse mehr in der Unterdrückung zu halten gibt, sobald mit der Klassenherrschaft und dem in der bisherigen Anarchie der Produktion begründeten Kampf ums Einzeldasein auch die daraus entspringenden Kollisionen und Exzesse beseitigt sind, gibt es nichts mehr zu reprimieren, das eine besondere Repressionsgewalt, einen Staat, nötig machte. Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt — die Besizergreifung der Produktionsmittel im Namen

¹ In „Staat und Revolution“, 4. Abschnitt des I. Kapitels. Die Red.

der Gesellschaft — ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat. Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiete nach dem andern überflüssig und schläft dann von selbst ein. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen. Der Staat wird nicht ‚abgeschafft‘, er stirbt ab. Hieran ist die Phrase vom ‚freien Volksstaat‘ zu messen, also sowohl nach ihrer zeitweiligen agitatorischen Berechtigung, wie nach ihrer endgültigen wissenschaftlichen Unzulänglichkeit; hieran ebenfalls die Forderung der sogenannten Anarchisten, der Staat solle von heute auf morgen abgeschafft werden.“ („Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“, dritte Auflage, Stuttgart 1894, S. 301 bis 303.¹)

Ohne einen Fehlschluß zu fürchten, darf man sagen, daß von dieser wunderbar gedankenreichen Engelsschen Betrachtung nur so viel wirkliches Gemeingut des sozialistischen Denkens in den heutigen sozialistischen Parteien geworden ist, daß der Staat nach Marx „abstirbt“, im Unterschied zur anarchistischen Lehre von der „Ab-schaffung“ des Staates. Den Marxismus so zurechtstutzen, heißt ihn auf Opportunismus reduzieren, denn bei einer solchen „Auslegung“ bleibt nur die vage Vorstellung von einer langsamen, gleichmäßigen, stetigen Veränderung übrig, als würden alle Sprünge und Stürme, als würde die Revolution ausbleiben. Das „Absterben“ des Staates im landläufigen, allgemein verbreiteten Sinne, wenn man so sagen darf, im Massensinne, bedeutet zweifellos eine Vertuschung, wenn nicht gar eine Verneinung der Revolution.

Indessen bedeutet eine solche „Auslegung“ die größte, nur für die Bourgeoisie vorteilhafte Verballhornung des Marxismus, die theoretisch auf der Außerachtlassung der wichtigsten Umstände und Erwägungen beruht, wie sie allein schon in der gleichen, von uns vollständig zitierten, „zusammenfassenden“ Betrachtung von Engels dargelegt sind.

Erstens. Ganz zu Anfang dieser Betrachtung sagt Engels, daß das Proletariat durch das Ergreifen der Staatsgewalt „den Staat als Staat aufhebt“. Darüber nachzudenken, was das zu bedeuten hat, ist „nicht üblich“. Gewöhnlich wird dies entweder gänzlich ignoriert oder als eine Art „hegelianische“ „Schwäche“ von Engels angesehen. In Wirklichkeit ist in diesen Worten kurz die Erfahrung einer der größten proletarischen Revolutionen, die Erfahrung der Pariser Kommune von 1871, ausgedrückt, worüber an passender Stelle ausführlicher gesprochen werden soll. In Wirklichkeit spricht hier Engels

¹ Siehe F. Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, Berlin 1946, S. 57. Die Red.

von der „Aufhebung“ des Staates der *Bourgeoisie* durch die proletarische Revolution, während die Worte vom Absterben sich auf die Überreste des *proletarischen* Staatswesens nach der sozialistischen Revolution beziehen. Der bürgerliche Staat „stirbt“ nach Engels nicht „ab“, sondern er wird in der Revolution vom Proletariat „aufgehoben“. Nach dieser Revolution stirbt der proletarische Staat oder Halbstaat ab.

Zweitens. Der Staat ist „eine besondere Repressionsgewalt“. Engels gibt hier diese großartige und überaus tiefe Definition in vollkommener Klarheit. Aus ihr folgt aber, daß die „besondere Repressionsgewalt“ der Bourgeoisie gegen das Proletariat, einer Handvoll reicher Leute gegen die Millionen der Werktätigen, abgelöst werden muß durch eine „besondre Repressionsgewalt“ des Proletariats gegen die Bourgeoisie (Diktatur des Proletariats). Hierin besteht eben die „Aufhebung des Staates als Staat“. Hierin besteht eben der „Akt“ der Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft. Und es ist ohne weiteres klar, daß eine *solche* Ablösung der einen (bürgerlichen) „besondren Repressionsgewalt“ durch eine andere (proletarische) „besondre Repressionsgewalt“ unter keinen Umständen in Form des „Absterbens“ erfolgen kann.

Drittens. Das „Absterben“ und — sogar noch plastischer und farbiger — das „Einschlafen“ bezieht sich bei Engels ganz klar und bestimmt auf die Epoche *nach* der „Besitzergreifung der Produktionsmittel (durch den Staat) im Namen der Gesellschaft“, d. h. *nach* der sozialistischen Revolution. Wir alle wissen, daß die politische Form des „Staates“ in dieser Zeit die vollkommenste Demokratie ist. Aber keinem der Opportunisten, die den Marxismus schamlos verzerren, kommt es in den Sinn, daß hier bei Engels also von dem „Einschlafen“ und „Absterben“ der *Demokratie* die Rede ist. Auf den ersten Blick mag das sehr sonderbar erscheinen. Aber „unverständlich“ bleibt das nur dem, der nicht bedacht hat, daß die Demokratie *auch* ein Staat ist und daß folglich auch die Demokratie verschwinden wird, sobald der Staat verschwindet. Den bürgerlichen Staat kann nur die Revolution „aufheben“. Der Staat überhaupt, d. h. die vollkommenste Demokratie, kann nur „absterben“.

Viertens. Nach dem Engels seinen berühmten Satz: „Der Staat stirbt ab“ aufgestellt hat, erläutert er sofort konkret, daß dieser Satz sich sowohl gegen die Opportunisten als auch gegen die Anarchisten richtet. Dabei steht bei Engels an erster Stelle diejenige Folgerung

aus dem Satz vom „Absterben des Staates“, die gegen die Opportunisten gerichtet ist.

Man könnte wetten, daß von 10 000 Menschen, die vom „Absterben“ des Staates gelesen oder gehört haben, 9990 überhaupt nicht wissen oder sich nicht entsinnen, daß Engels seine Schlußfolgerungen aus diesem Satz *nicht nur* gegen die Anarchisten richtete. Und von den übrigen zehn Menschen wissen neun sicherlich nicht, was der „freie Volksstaat“ ist und warum in dem Angriff auf diese Losung ein Angriff auf die Opportunisten steckt. So wird Geschichte geschrieben! So wird die große revolutionäre Lehre unmerklich dem herrschenden Spießbürgertum angepaßt. Die Schlußfolgerung gegen die Anarchisten wurde tausende Male wiederholt, banalisiert, möglichst versimpelt in die Köpfe eingehämmert und gewann die Festigkeit eines Vorurteils. Die Schlußfolgerung gegen die Opportunisten aber wurde vertuscht und „vergessen“!

Der „freie Volksstaat“ war eine Programmforderung und landläufige Losung der deutschen Sozialdemokraten der siebziger Jahre. Irgendeinen politischen Inhalt, außer einer kleinbürgerlich schwülstigen Umschreibung des Begriffs Demokratie, hat diese Losung nicht. Soweit in ihr legal die demokratische Republik angedeutet wurde, war Engels bereit, aus agitatorischen Gründen „zeitweilig“ die „Berechtigung“ dieser Losung gelten zu lassen. Diese Losung war aber opportunistisch, denn sie brachte nicht nur eine Beschönigung der bürgerlichen Demokratie, sondern auch eine Verkennung der sozialistischen Kritik an jedwedem Staat überhaupt zum Ausdruck. Wir sind für die demokratische Republik als die für das Proletariat unter dem Kapitalismus beste Staatsform, aber wir dürfen nicht vergessen, daß auch in der allerdemokratischsten bürgerlichen Republik Lohnsklaverei das Los des Volkes ist. Ferner. Jedweder Staat ist „eine besondere Repressionsgewalt“ gegen die unterdrückte Klasse. Darum ist ein *jeder* Staat unfrei und *kein* Volksstaat. Marx und Engels haben das ihren Parteigenossen in den siebziger Jahren wiederholt auseinandergesetzt.

Fünftens. In dem gleichen Werk von Engels, in dem die Betrachtung über das Absterben des Staates enthalten ist — an die sich alle erinnern —, finden sich Ausführungen über die Bedeutung der gewaltsamen Revolution. Die geschichtliche Bewertung ihrer Rolle wird bei Engels zu einer wahren Lobrede auf die gewaltsame Revolution. Dessen aber „erinnert sich niemand“; über die Bedeutung dieses Ge-

dankens zu reden, ja sogar bloß nachzudenken, ist in den heutigen sozialistischen Parteien nicht üblich, in der täglichen Propaganda und Agitation unter den Massen spielen diese Gedanken gar keine Rolle. Indes sind sie mit dem „Absterben“ des Staates untrennbar zu einem harmonischen Ganzen verbunden.

Hier diese Ausführungen von Engels:

„... Daß die Gewalt aber noch eine andre Rolle“ (als die einer Vollbringerin des Bösen) „in der Geschichte spielt, eine revolutionäre Rolle, daß sie, in Marx' Worten, die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft ist, die mit einer neuen schwanger geht, daß sie das Werkzeug ist, womit sich die gesellschaftliche Bewegung durchsetzt und erstarrte, abgestorbene, politische Formen zerbricht — davon kein Wort bei Herrn Dühring. Nur unter Seufzen und Stöhnen gibt er die Möglichkeit zu, daß zum Sturz der Ausbeutungswirtschaft vielleicht Gewalt nötig sein werde — leider! denn jede Gewaltsanwendung demoralisierend, der sie anwendet. Und das angesichts des hohen moralischen und geistigen Aufschwungs, der die Folge jeder siegreichen Revolution war! Und das in Deutschland, wo ein gewaltsamer Zusammenstoß, der dem Volk ja aufgenötigt werden kann, wenigstens den Vorteil hätte, die aus der Erniedrigung des dreißigjährigen Kriegs in das nationale Bewußtsein gedrungne Bedientenhaftigkeit auszutilgen. Und diese matte, saft- und kraftlose Predigerdenkweise macht den Anspruch, sich der revolutionärsten Partei aufzudrängen, die die Geschichte kennt?“ (S. 193, dritte Auflage, Schluß des IV. Kapitels, Zweiter Abschnitt.)

Wie läßt sich diese Lobrede auf die gewaltsame Revolution, die Engels beharrlich von 1878 bis 1894, d. h. bis zu seinem Tode, den deutschen Sozialdemokraten darbietet, mit der Theorie vom „Absterben“ des Staates in einer Lehre vereinen?

Gewöhnlich vereint man beides mit Hilfe des Eklektizismus, eines ideenlosen oder sophistischen Herausgreifens willkürlich (oder den Machthabern zu Gefallen) bald der einen, bald der anderen Betrachtung, wobei in 99 von 100 Fällen, wenn nicht noch öfter, gerade das „Absterben“ in den Vordergrund geschoben wird. Die Dialektik wird durch Eklektizismus ersetzt: das ist in bezug auf den Marxismus die üblichste, verbreitetste Erscheinung in der offiziellen sozialdemokratischen Literatur unserer Tage. Ein solcher Ersatz ist natürlich nichts Neues, er war sogar in der Geschichte der klassischen griechischen Philosophie zu beobachten. Bei der Umfälschung des Marxismus in Opportunismus pflegt die Umfälschung der Dialektik in Eklektizismus die Massen am leichtesten zu täuschen, sie gewährt eine scheinbare Befriedigung, berücksichtigt scheinbar alle Seiten des Prozesses, alle Entwicklungstendenzen, alle widerspruchsvollen Einflüsse usw., wäh-

¹ Siehe F. Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft („Anti-Dühring“). Die Red.

rend sie in Wirklichkeit gar keine einheitliche und revolutionäre Auffassung des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses gibt.

Wir haben schon oben davon gesprochen und werden in der weiteren Darstellung ausführlicher zeigen, daß die Lehre von Marx und Engels von der Unvermeidlichkeit der gewaltsamen Revolution sich auf den bürgerlichen Staat bezieht. Dieser kann durch den proletarischen Staat (die Diktatur des Proletariats) nicht auf dem Wege des „Absterbens“ abgelöst werden, sondern, als allgemeine Regel, nur durch eine gewaltsame Revolution. Der Lobgesang, den Engels auf die gewaltsame Revolution anstimmt und der den vielfachen Erklärungen von Marx durchaus entspricht (erinnern wir uns an den Schluß des „Elends der Philosophie“ und des „Kommunistischen Manifests“ mit der stolzen und offenen Erklärung, daß die gewaltsame Revolution unausbleiblich ist; erinnern wir uns an die Kritik des Gothaer Programms vom Jahre 1875, fast dreißig Jahre später, wo Marx den Opportunismus dieses Programms schonungslos geißelt) — dieser Lobgesang ist durchaus keine „Schwärmerei“, durchaus keine Deklamation, kein polemischer Ausfall. Die Notwendigkeit, die Massen systematisch in diesen und gerade in diesen Auffassungen über die gewaltsame Revolution zu erziehen, liegt der ganzen Lehre von Marx und Engels zugrunde. Der Verrat an ihrer Lehre durch die heutzutage vorherrschenden Strömungen des Sozialchauvinismus und Kautskyanismus kommt besonders plastisch darin zum Ausdruck, daß der eine wie der andere diese Propaganda, diese Agitation ver-gessen haben.

Die Ablösung des bürgerlichen Staates durch den proletarischen ist ohne gewaltsame Revolution unmöglich. Die Aufhebung des proletarischen Staates, d. h. die Aufhebung jeglichen Staates, ist nicht anders möglich als auf dem Wege des „Absterbens“.

EIN BRIEF AN BEBEL¹

Eine der bemerkenswertesten, wenn nicht die bemerkenswerteste Betrachtung in den Werken von Marx und Engels über den Staat ist folgende Stelle in einem Brief von Engels an Bebel vom 18./28. März 1875. Dieser Brief ist — in Klammern sei es bemerkt — unseres Wissens zum ersten Male von Bebel im Zweiten Teil seiner Memoiren

¹ In „Staat und Revolution“, 3. Abschnitt des IV. Kapitels. Die Red.

(„Aus meinem Leben“) veröffentlicht worden, die 1911, d. h. sechs- unddreißig Jahre nach Niederschrift und Absendung des Briefes, erschienen sind.

Engels kritisierte in seinem Brief an Bebel denselben Entwurf des Gothaer Programms, an dem auch Marx in seinem berühmten Brief an Bracke Kritik übte. Speziell zur Frage des Staates schrieb Engels folgendes:

„Der freie Volksstaat ist in den freien Staat verwandelt. Grammatikalisch genommen ist ein freier Staat ein solcher, wo der Staat frei gegenüber seinen Bürgern ist, also ein Staat mit despotischer Regierung. Man sollte das ganze Gerede vom Staat fallenlassen, besonders seit der Kommune, die schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr war. Der ‚Volksstaat‘ ist uns von den Anarchisten bis zum Überdruß in die Zähne geworfen worden, obwohl schon die Schrift Marx' gegen Proudhon und nachher das Kommunistische Manifest direkt sagen, daß mit Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung der Staat sich von selbst auflöst und verschwindet. Da nun der Staat doch nur eine vorübergehende Einrichtung ist, deren man sich im Kampf, in der Revolution bedient, um seine Gegner gewaltsam niederzuhalten, so ist es purer Unsinn, von freiem Volksstaat zu sprechen: solange das Proletariat den Staat noch gebraucht, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf, zu bestehen. Wir würden daher vorschlagen, überall statt Staat ‚Gemeinwesen‘ zu setzen, ein gutes altes deutsches Wort, das das französische ‚Kommune‘ sehr gut vertreten kann.“ (S. 321/221.)

Man muß im Auge behalten, daß dieser Brief sich auf das Parteiprogramm bezieht, das Marx in einem nur wenige Wochen später geschriebenen Brief (datiert vom 5. Mai 1875) kritisierte, und daß Engels damals, mit Marx zusammen, in London lebte. Wenn also Engels im letzten Satz „wir“ sagt, so empfiehlt er zweifellos in seinem und Marx' Namen dem Führer der deutschen Arbeiterpartei, das Wort „Staat“ aus dem Programm zu streichen und es durch das Wort „Gemeinwesen“ zu ersetzen.

Welches Geheul über „Anarchismus“ würden die Häuptlinge des jetzigen, für die Opportunisten gebrauchsfertig zurechtgemachten „Marxismus“ erheben, wenn man ihnen eine solche Korrektur am Programm vorschlagen würde!

Mögen sie heulen. Dafür werden sie von der Bourgeoisie gelobt werden.

Wir aber werden unser Werk weiter tun. Bei der Überprüfung unseres Parteiprogramms muß der Ratschlag von Engels und Marx unbedingt berücksichtigt werden, um der Wahrheit näherzukommen,

¹ Siehe vorliegende Ausgabe, S. 41. Die Red.

um den Marxismus wiederherzustellen und ihn von Entstellungen zu säubern, um den Kampf der Arbeiterklasse für ihre Befreiung sicherer zu lenken. Unter den Bolschewiki werden sich gewiß keine Gegner des Ratschlages von Engels und Marx finden. Die Schwierigkeit dürfte wohl nur im Terminus liegen. Im Deutschen gibt es zwei Wörter: „Gemeinde“ und „Gemeinwesen“, von denen Engels dasjenige wählte, das *nicht* die einzelne Gemeinde, sondern die Gesamtheit, das System der Gemeinden, bedeutet. Im Russischen gibt es kein entsprechendes Wort, und man wird sich vielleicht für das französische Wort „Kommune“ entscheiden müssen, obgleich auch das seine Nachteile hat.

„Die Kommune, die schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr war“ — das ist die theoretisch höchst wichtige Behauptung von Engels. Nach dem oben Dargelegten ist diese Behauptung durchaus begrifflich. Die Kommune *hörte auf*, ein Staat zu sein, insofern sie nicht mehr die Mehrheit der Bevölkerung, sondern eine Minderheit (die Ausbeuter) niederzuhalten hatte; die bürgerliche Staatsmaschine wurde von ihr zerschlagen; an Stelle einer *besonderen* Repressionsgewalt trat die Bevölkerung selbst auf den Plan. Alles das sind Abweichungen vom Staat im eigentlichen Sinne. Und hätte sich die Kommune behauptet, so wären in ihr die Spuren des Staates von selbst „abgestorben“, sie hätte seine Institutionen nicht „abzuschaffen“ brauchen: diese hätten in dem Maße aufgehört zu funktionieren, wie sie nichts mehr zu tun gehabt hätten.

„Der ‚Volksstaat‘ ist uns von den Anarchisten bis zum Überdruß in die Zähne geworfen worden“, sagt Engels und meint in erster Linie Bakunin und dessen Ausfälle gegen die deutschen Sozialdemokraten. Engels erkennt diese Ausfälle so *weit* für berechtigt an, als der „Volksstaat“ ein ebensolcher Unsinn und ein ebensolches Abweichen vom Sozialismus ist, wie der „freie Volksstaat“ auch. Engels ist bemüht, den Kampf der deutschen Sozialdemokraten gegen die Anarchisten zu korrigieren, diesem Kampf die prinzipiell richtige Linie zu geben, ihn von den opportunistischen Vorurteilen in bezug auf den „Staat“ zu reinigen. Aber leider! Der Brief von Engels hat sechsendreißig Jahre lang in einer Schreibtischlade gelegen. Wir werden weiter unten sehen, daß auch nach der Veröffentlichung dieses Briefes Kautsky im wesentlichen die gleichen Fehler hartnäckig wiederholt, vor denen Engels warnte.

Bebel antwortete Engels mit einem Brief vom 21. September 1875, in dem er unter anderm schrieb, daß er mit Engels' Urteil über die

Programmvorlage „vollkommen übereinstimme“ und daß er Liebknecht Nachgiebigkeit vorgeworfen hätte. (Bebel, Aus meinem Leben, Zweiter Teil, S. 334/35.) Nimmt man jedoch Bebels Broschüre „Unsere Ziele“ zur Hand, so findet man in ihr vollkommen falsche Betrachtungen über den Staat:

„Der Staat soll also aus einem auf *Klassenherrschaft* beruhenden Staat in einen *Volksstaat* verwandelt werden.“ („Unsere Ziele“, Ausgabe von 1886, S. 14.)

So zu lesen in der *neunten* (neunten!) Auflage der Bebelschen Broschüre! Kein Wunder, daß die so hartnäckig wiederholten opportunistischen Rasonnements über den Staat von der deutschen Sozialdemokratie aufgesaugt wurden, besonders da die revolutionären Erläuterungen von Engels vor der Welt geheimgehalten wurden, und die ganzen Lebensverhältnisse für lange Zeit von der Revolution „entwöhnten“.

DIE ÖKONOMISCHEN GRUNDLAGEN FÜR DAS ABSTERBEN DES STAATES¹

Am ausführlichsten erörtert Marx diese Frage in seiner „Kritik des Gothaer Programms“ (Brief an Bracke vom 5. Mai 1875, veröffentlicht erst 1891 in der „Neuen Zeit“, Jahrgang 9, Band I, in russischer Sprache als Broschüre erschienen). Der polemische Teil dieses bedeutenden Werkes, der aus einer Kritik des Lassalleantums besteht, hat seinen positiven Teil sozusagen in den Schatten gestellt, nämlich: die Analyse des Zusammenhangs zwischen der Entwicklung des Kommunismus und dem Absterben des Staates.

1. Die Fragestellung bei Marx

Bei einem oberflächlichen Vergleich des Briefes von Marx an Bracke vom 5. Mai 1875 mit dem früher erwähnten Brief von Engels an Bebel vom 18./28. März 1875 könnte es scheinen, als wäre Marx viel mehr „Staatsverehrer“ als Engels und als bestünde zwischen den Auffassungen der beiden Verfasser über den Staat ein ganz erheblicher Unterschied.

Engels empfiehlt Bebel, das ganze Gerede vom Staat überhaupt fallenzulassen, das Wort „Staat“ gänzlich aus dem Programm zu

¹ In „Staat und Revolution“, V. Kapitel. Die Red.

entfernen und es durch das Wort „Gemeinwesen“ zu ersetzen; Engels erklärt sogar, die Kommune sei kein Staat im eigentlichen Sinne mehr gewesen. Marx dagegen spricht sogar vom „zukünftigen Staatswesen der kommunistischen Gesellschaft“, d. h. er erkennt scheinbar die Notwendigkeit des Staates selbst unter dem Kommunismus an.

Eine derartige Auffassung wäre jedoch grundfalsch. Eine nähere Betrachtung ergibt, daß die Ansichten von Marx und die von Engels über den Staat und dessen Absterben sich durchaus decken, der erwähnte Ausdruck von Marx bezieht sich aber gerade auf dieses *absterbende* Staatswesen.

Es ist klar, daß von einer Bestimmung des Zeitpunktes des *künftigen* „Absterbens“ nicht einmal die Rede sein kann, um so mehr, als es sich bekanntlich um einen langwierigen Prozeß handelt. Der scheinbare Unterschied zwischen Marx und Engels erklärt sich aus der Verschiedenheit der Gegenstände, die sie behandelten, der Aufgaben, die sie verfolgten. Engels machte sich zur Aufgabe, Bebel anschaulich, scharf, in großen Zügen die ganze Unsinnigkeit der landläufigen (und in nicht geringem Maße von Lassalle geteilten) Vorurteile in bezug auf den Staat nachzuweisen. Marx streift *diese* Frage nur nebenbei; ihn interessiert ein anderes Thema: die *Entwicklung* der kommunistischen Gesellschaft.

Die ganze Theorie von Marx ist eine Anwendung der Entwicklungstheorie — in ihrer konsequentesten, vollkommensten, durchdachtsten und inhaltsreichsten Form — auf den modernen Kapitalismus. Es ist nur natürlich, daß sich dabei für Marx die Frage nach der Anwendung dieser Theorie auch auf den *bevorstehenden* Zusammenbruch des Kapitalismus und die *künftige* Entwicklung des *künftigen* Kommunismus erhob.

Auf Grund welcher *Unterlagen* kann aber die Frage nach der künftigen Entwicklung des künftigen Kommunismus aufgeworfen werden?

Auf Grund der Tatsache, daß er aus dem Kapitalismus *hervorgeht*, sich historisch aus dem Kapitalismus entwickelt, das Resultat der Wirkungen einer gesellschaftlichen Kraft ist, die der Kapitalismus *erzeugt* hat. Bei Marx findet sich auch nicht die Spur eines Versuches, Utopien zu konstruieren, ins Blaue hinein Mutmaßungen anzustellen über das, was man nicht wissen kann. Marx stellt die Frage des Kommunismus so, wie der Naturforscher die Frage der Entwicklung einer neuen, sagen wir, biologischen Abart stellen würde, wenn ihm

bekannt wäre, daß sie so und so entstanden ist und sich in der und der bestimmten Richtung modifiziert.

Marx räumt vor allem mit der Konfusion auf, die durch das Gothaer Programm in die Frage nach dem Verhältnis von Staat und Gesellschaft hineingetragen wird.

„Die ‚heutige Gesellschaft‘ ist die kapitalistische Gesellschaft“, schreibt er, „die in allen Kulturländern existiert, mehr oder weniger frei von mittelaltrigem Beisatz, mehr oder weniger durch die besondre geschichtliche Entwicklung jedes Landes modifiziert, mehr oder weniger entwickelt. Dagegen der ‚heutige Staat‘ wechselt mit der Landesgrenze. Er ist ein anderer im preußisch-deutschen Reich als in der Schweiz, ein anderer in England als in den Vereinigten Staaten. Der heutige Staat ist also eine Fiktion.“

Jedoch haben die verschiedenen Staaten der verschiedenen Kulturländer trotz ihrer bunten Formverschiedenheit alle das gemein, daß sie auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft stehn, nur einer mehr oder minder kapitalistisch entwickelten. Sie haben daher auch gewisse wesentliche Charaktere gemein. In diesem Sinne kann man von ‚heutigem Staatswesen‘ sprechen, im Gegensatz zur Zukunft, worin seine jétzige Wurzel, die bürgerliche Gesellschaft, abgestorben ist.

Es fragt sich dann: welche Umwandlung wird das Staatswesen in einer kommunistischen Gesellschaft erleiden? In andern Worten, welche gesellschaftlichen Funktionen bleiben dort übrig, die jétzigen Staatsfunktionen analog sind? Diese Frage ist nur wissenschaftlich zu beantworten, und man kommt dem Problem durch tausendfache Zusammensetzung des Wortes Volk mit dem Wort Staat auch nicht um einen Flohsprung näher.“

Nachdem Marx auf diese Weise alles Gerede vom „Volksstaat“ verlacht hat, gibt er die Problemstellung und warnt gewissermaßen davor, bei der wissenschaftlichen Beantwortung der Frage anders als mit feststehenden wissenschaftlichen Angaben zu operieren.

Das erste, was durch die ganze Entwicklungstheorie, die ganze Wissenschaft überhaupt ganz genau festgestellt ist, was die Utopisten vergaßen und die jétzigen Opportunisten, die sich vor der sozialistischen Revolution fürchten, vergessen, — ist der Umstand, daß es geschichtlich zweifellos ein besonderes Stadium oder eine besondere Etappe des *Übergangs* vom Kapitalismus zum Kommunismus geben muß.

2. Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft“, fährt Marx fort, „liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“

Diese Schlußfolgerung beruht bei Marx auf der Analyse der Rolle, die das Proletariat in der modernen kapitalistischen Gesellschaft spielt, auf den Tatsachen der Entwicklung dieser Gesellschaft und der Unversöhnlichkeit der einander entgegengesetzten Interessen des Proletariats und der Bourgeoisie.

Früher wurde die Frage so gestellt: das Proletariat muß, um seine Befreiung zu erlangen, die Bourgeoisie stürzen, die politische Macht erobern und seine revolutionäre Diktatur errichten.

Jetzt wird die Frage etwas anders gestellt: der Übergang von der kapitalistischen Gesellschaft, die sich zum Kommunismus hin entwickelt, zur kommunistischen Gesellschaft ist unmöglich ohne eine „politische Übergangsperiode“, und der Staat dieser Periode kann nur die revolutionäre Diktatur des Proletariats sein.

In welchem Verhältnis steht nun diese Diktatur zur Demokratie?

Wir haben gesehen, daß das „Kommunistische Manifest“ einfach zwei Begriffe: „Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse“ und „Erkämpfung der Demokratie“ nebeneinander stellt. Auf Grund alles oben Gesagten läßt sich genauer bestimmen, wie sich die Demokratie beim Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus verändert.

In der kapitalistischen Gesellschaft, ihre günstigste Entwicklung vorausgesetzt, haben wir einen mehr oder weniger vollständigen Demokratismus in der demokratischen Republik. Dieser Demokratismus ist jedoch durch den engen Rahmen der kapitalistischen Ausbeutung stets eingeengt und bleibt daher im Grunde genommen stets eine Demokratie für die Minderheit, nur für die besitzenden Klassen, nur für die Reichen. Die Freiheit der kapitalistischen Gesellschaft bleibt immer ungefähr die gleiche, die sie in den antiken griechischen Republiken war: Freiheit für die Sklavenhalter. Die modernen Lohnsklaven bleiben infolge der Bedingungen der kapitalistischen Ausbeutung so von Not und Elend bedrückt, daß sie „andere Sorgen haben“ als Demokratie und Politik, daß bei dem gewöhnlichen, friedlichen Gang der Ereignisse die Mehrheit der Bevölkerung von der Teilnahme am öffentlichen und politischen Leben ausgeschlossen ist.

Die Richtigkeit dieser Behauptung wird vielleicht am anschaulichsten durch Deutschland bestätigt, da gerade in diesem Staat die verfassungsmäßige Legalität sich erstaunlich lange und stabil, nahezu ein halbes Jahrhundert (1871—1914), behauptet hat, während

die Sozialdemokratie es verstanden hat, in dieser Zeit viel mehr als in anderen Ländern die „Legalität auszunutzen“ und einen so großen Teil der Arbeiterschaft in der politischen Partei zu organisieren wie sonst nirgends in der Welt.

Wie groß ist nun dieser höchste in der kapitalistischen Gesellschaft je beobachtete Teil der politisch bewußten und aktiven Lohnsklaven? Eine Million Mitglieder der sozialdemokratischen Partei — von fünfzehn Millionen Lohnarbeitern! Drei Millionen gewerkschaftlich Organisierter — von fünfzehn Millionen!

Demokratie für eine verschwindende Minderheit, Demokratie für die Reichen — so sieht der Demokratismus der kapitalistischen Gesellschaft aus. Sieht man sich den Mechanismus der kapitalistischen Demokratie genauer an, so erblickt man überall, sowohl an den „geringfügigen“, angeblich „geringfügigen“, Einzelheiten des Wahlrechts (Ansässigkeitsmodus, Ausschließung der Frauen usw.) als auch an der Technik der Vertretungskörperschaften, den tatsächlichen Behinderungen des Versammlungsrechts (die öffentlichen Gebäude sind nicht für „Habenichtse“ da!) oder an der rein kapitalistischen Organisation der Tagespresse und so weiter und so weiter — überall, wo man hinblickt, Beschränkungen auf Beschränkungen des Demokratismus. Diese Beschränkungen, Ausnahmen, Ausschließungen, Behinderungen für die Armen erscheinen gering, besonders demjenigen, der selbst nie Not gekannt hat und mit dem Leben der unterdrückten Klassen in ihrer Masse nicht in Berührung gekommen ist (und das trifft für neun Zehntel, wenn nicht gar für neunundneunzig Hundertstel der bürgerlichen Publizisten und Politiker zu) — aber zusammengekommen bewirken diese Beschränkungen die Ausschließung, die Verdrängung der armen Bevölkerung von der Politik, von der aktiven Beteiligung an der Demokratie.

Marx hat dieses *Wesen* der kapitalistischen Demokratie glänzend erfaßt, als er in seiner Analyse der Erfahrungen der Kommune sagte: den Unterdrückten wird in mehreren Jahren einmal gestattet, darüber zu entscheiden, welcher Vertreter der unterdrückenden Klasse sie im Parlament ver- und zertreten soll!

Aber von dieser kapitalistischen Demokratie — die unvermeidlich eng ist, die sich die Armen im stillen fern vom Leibe hält und daher durch und durch heuchlerisch und verlogen ist — führt die weitere Entwicklung nicht einfach, geradeswegs und glatt, „zu immer größerer Demokratie“, wie die liberalen Professoren und klein-

bürgerlichen Opportunisten die Sache darzustellen pflegen. Nein. Die Fortentwicklung, d. h. die Entwicklung zum Kommunismus, geht über die Diktatur des Proletariats und kann auch gar nicht anders gehen, denn außer dem Proletariat ist niemand imstande, den Widerstand der kapitalistischen Ausbeuter zu brechen, und auf anderem Wege ist er nicht zu brechen.

Die Diktatur des Proletariats aber, d. h. die Erhebung der Avantgarde der Unterdrückten zur herrschenden Klasse zwecks Niederhaltung der Unterdrücker, kann nicht einfach nur eine Erweiterung der Demokratie ergeben. *Zugleich* mit der gewaltigen Erweiterung des Demokratismus, der *zum erstenmal* zum Demokratismus für die Armen, für das Volk wird und nicht zum Demokratismus für die Reichen, bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe von Freiheitsbeschränkungen für die Unterdrücker, die Ausbeuter, die Kapitalisten. Diese müssen wir niederhalten, um die Menschheit von der Lohnsklaverei zu befreien, ihr Widerstand muß mit Gewalt gebrochen werden, es ist klar, daß es dort, wo es Unterdrückung, wo es Gewalt gibt, keine Freiheit, keine Demokratie gibt.

Engels hat das ausgezeichnet in seinem Brief an Bebel zum Ausdruck gebracht, wenn er, wie der Leser sich entsinnen wird, sagt:

„Solange das Proletariat den Staat noch gebraucht, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf, zu bestehen.“

Demokratie für die riesige Mehrheit des Volkes und gewaltsame Niederhaltung der Ausbeuter, der Unterdrücker des Volkes, d. h. ihre Ausschließung von der Demokratie — diese Modifizierung erfährt die Demokratie beim *Übergang* vom Kapitalismus zum Kommunismus.

Erst in der kommunistischen Gesellschaft, wenn der Widerstand der Kapitalisten schon endgültig gebrochen ist, wenn die Kapitalisten verschwunden sind, wenn es keine Klassen (d. h. keinen Unterschied zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft in ihrem Verhältnis zu den gesellschaftlichen Produktionsmitteln) mehr gibt — erst dann „hört der Staat auf zu bestehen“ und „kann von Freiheit die Rede sein“. Erst dann ist eine tatsächlich vollkommene Demokratie, tatsächlich ohne jede Ausnahme, möglich und wird verwirklicht werden. Und erst dann beginnt die Demokratie *abzusterben*, infolge des einfachen Umstands, daß die von der kapitalistischen Sklaverei, von den ungezählten Greueln, Brutalitäten, Widersinnigkeiten, Gemeinheiten der kapitalistischen Ausbeutung befreiten Menschen sich nach

und nach *gewöhnen* werden, die elementarsten, von alters her bekannten und seit Jahrtausenden in allen Vorschriften gepredigten Regeln des Zusammenlebens einzuhalten, sie ohne Gewalt, ohne Zwang, ohne Unterordnung, *ohne den besonderen Zwangsapparat*, der sich Staat nennt, einzuhalten.

Der Ausdruck „der Staat *stirbt ab*“ ist sehr treffend gewählt, denn er deutet sowohl auf die Stetigkeit als auch auf das Elementare des Prozesses hin. Nur die Gewöhnung kann und wird zweifellos eine solche Wirkung ausüben, denn wir beobachten rings um uns millionenfach, wie leicht sich Menschen an die Einhaltung der für sie notwendigen Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens gewöhnen, wenn die Ausbeutung fehlt, wenn nichts vorhanden ist, was sie empört, zu Protest und Auflehnung herausfordert, was die Notwendigkeit der *Niederhaltung* schafft.

Also: in der kapitalistischen Gesellschaft haben wir eine gestutzte, dürftige, falsche Demokratie, eine Demokratie nur für die Reichen, für eine Minderheit. Die Diktatur des Proletariats, die Periode des Übergangs zum Kommunismus, wird zum erstenmal Demokratie für das Volk, für die Mehrheit bringen, aber zugleich wird sie notwendigerweise eine Minderheit, die Ausbeuter, niederhalten. Einzig und allein der Kommunismus ist imstande, eine wahrhaft vollständige Demokratie zu bieten, und je vollständiger diese sein wird, um so schneller wird sie entbehrlich werden, von selbst absterben.

Mit anderen Worten: im Kapitalismus haben wir den Staat im eigentlichen Sinne des Wortes, eine besondere Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, und zwar der Mehrheit durch eine Minderheit. Damit eine solche Sache, wie die systematische Unterdrückung der Mehrheit der Ausgebeuteten durch die Minderheit der Ausbeuter erfolgreich ist, bedarf es natürlich der größten Grausamkeit und bestialischer Unterdrückung, sind Meere von Blut nötig, durch die die Menschheit im Zustand der Sklaverei, der Leibeigenschaft, der Lohnarbeit denn auch wadet.

Weiter. Beim *Übergang* vom Kapitalismus zum Kommunismus ist die Unterdrückung *noch* notwendig, aber schon ist es eine Unterdrückung der Minderheit der Ausbeuter durch die Mehrheit der Ausgebeuteten. Ein besonderer Apparat, eine besondere Unterdrückungsmaschine, ein „Staat“ ist *noch* notwendig, aber es ist bereits ein Übergangsstaat, kein Staat im eigentlichen Sinne mehr, denn die *Niederhaltung* der Minderheit der Ausbeuter durch die

Mehrheit der Lohnsklaven von *gestern* ist eine so verhältnismäßig leichte, einfache und natürliche Sache, daß sie viel weniger Blut kosten wird als die Unterdrückung von Aufständen der Sklaven, Leibeigenen und Lohnarbeiter, daß sie der Menschheit weit billiger zu stehen kommen wird. Und sie ist durchaus vereinbar mit der Ausdehnung der Demokratie auf eine so überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, daß die Notwendigkeit einer *besonderen Maschine* zur Unterdrückung zu schwinden beginnt. Die Ausbeuter sind natürlicherweise nicht imstande, das Volk niederzuhalten ohne eine sehr komplizierte Maschine zur Erfüllung dieser Aufgabe; das Volk aber vermag die Ausbeuter mit einer sehr einfachen „Maschine“, ja nahezu ohne „Maschine“, ohne einen besonderen Apparat niederzuhalten, durch eine einfache *Organisation der bewaffneten Massen* (in der Art der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, wie voraus-eilend bemerkt sei).

Schließlich macht allein der Kommunismus den Staat völlig überflüssig, denn es ist *niemand* niederzuhalten, „niemand“ im Sinne einer *Klasse*, im Sinne des systematischen Kampfes gegen einen bestimmten Teil der Bevölkerung. Wir sind keine Utopisten und leugnen durchaus nicht die Möglichkeit und Unvermeidlichkeit von Ausschreitungen *einzelner Personen*, ebensowenig die Notwendigkeit, *solche* Ausschreitungen zu unterdrücken. Aber erstens bedarf es dazu keiner besonderen Maschine, keines besonderen Unterdrückungsapparates; das wird das bewaffnete Volk selbst mit derselben Selbstverständlichkeit und Leichtigkeit bewerkstelligen, mit der die erste beste Ansammlung zivilisierter Menschen sogar in der heutigen Gesellschaft Raufende auseinanderbringt oder eine Frau vor Gewalt schützt. Zweitens wissen wir, daß die soziale Grundursache der Ausschreitungen, die eine Verletzung der Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens bedeuten, in der Ausbeutung der Massen, ihrer Not und ihrem Elend zu suchen ist. Mit der Beseitigung dieser Hauptursache werden die Ausschreitungen unvermeidlich „*abzusterben*“ beginnen. Wir wissen nicht, wie rasch und in welcher Aufeinanderfolge das geschehen wird, aber wir wissen, daß sie absterben werden. Mit dem Absterben der Ausschreitungen wird auch der Staat *absterben*.

Ohne sich auf Utopien einzulassen, hat Marx das näher bestimmt, was sich *jetzt* über diese Zukunft bestimmen läßt, nämlich den Unterschied zwischen der niederen und der höheren Phase (Stufe, Etappe) der kommunistischen Gesellschaft.

3. Die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft

In der „Kritik des Gothaer Programms“ widerlegt Marx eingehend die Lassallesche Idee, der Arbeiter werde unter dem Sozialismus den „unverkürzten“ oder „vollen Arbeitsertrag“ erhalten. Marx zeigt, daß von dem genossenschaftlichen Arbeitsertrag der Gesamtgesellschaft abzuziehen ist ein Reservefonds, ein Fonds für Ausdehnung der Produktion, ferner für Ersatz der „verbrauchten“ Maschinen usw., sodann aus den Konsumtionsmitteln ein Fonds für Verwaltungskosten, für Schulen, Krankenhäuser, Altersheime usw.

An Stelle der nebelhaften, unklaren, allgemeinen Phrase Lassalles („dem Arbeiter den vollen Arbeitsertrag“) gibt Marx eine nüchterne Berechnung, wie die sozialistische Gesellschaft zu wirtschaften gezwungen sein wird. Marx geht an die *konkrete* Analyse der Lebensbedingungen einer solchen Gesellschaft, in der es keinen Kapitalismus geben wird, und sagt:

„Womit wir es hier zu tun haben“ (bei der Erörterung des Programms der Arbeiterpartei), „ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht; die also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt.“

Eben diese kommunistische Gesellschaft, die gerade aus dem Schoße des Kapitalismus ans Tageslicht tritt, die in jeder Beziehung mit den Muttermalen der alten Gesellschaft behaftet ist, bezeichnet Marx als die „erste“ oder niedere Phase der kommunistischen Gesellschaft.

Die Produktionsmittel sind schon nicht mehr Privateigentum einzelner Personen. Die Produktionsmittel gehören der ganzen Gesellschaft. Jedes Mitglied der Gesellschaft leistet einen gewissen Teil gesellschaftlich notwendiger Arbeit und erhält von der Gesellschaft einen Schein darüber, daß es ein gewisses Quantum Arbeit geliefert habe. Auf diesen Schein erhält es ein entsprechendes Quantum Produkte aus den gesellschaftlichen Vorräten von Konsumtionsmitteln. Nach Abzug des Arbeitsquantums, das für die gemeinschaftlichen Fonds bestimmt ist, erhält jeder Arbeiter also von der Gesellschaft so viel zurück, wie er ihr gegeben hat.

Es herrscht gewissermaßen „Gleichheit“.

Wenn aber Lassalle von dieser Gesellschaftsordnung (die gewöhnlich als Sozialismus bezeichnet wird, während Marx sie als erste

Phase des Kommunismus bezeichnet) meint, das wäre eine „gerechte Verteilung“, „gleiches Recht auf den gleichen Arbeitsertrag“, so irrt er, und Marx deckt seinen Irrtum auf.

„Gleiches Recht“, sagt Marx, haben wir hier allerdings, es ist aber *noch* das „bürgerliche Recht“, das, wie alles Recht, *Ungleichheit voraussetzt*. Jedes Recht besteht in Anwendung von *gleichem* Maßstab auf *ungleiche* Individuen, die in Wirklichkeit verschieden, untereinander ungleich sind; das „gleiche Recht“ ist daher eine Verletzung der Gleichheit und eine Ungerechtigkeit. In der Tat erhält jeder, der den gleichen Teil gesellschaftlicher Arbeit geleistet hat wie die anderen, den gleichen Anteil am gesellschaftlichen Produkt (nach den erwähnten Abzügen).

Indes sind die einzelnen Menschen nicht gleich: der eine ist stärker, der andere schwächer; der eine ist verheiratet, der andere nicht, der eine hat mehr Kinder als der andere usw.

„Bei gleicher Arbeitsleistung“, folgert Marx, „und daher gleichem Anteil an dem gesellschaftlichen Konsumtionsfonds erhält also der eine faktisch mehr als der andre, ist der eine reicher als der andre etc. Um alle diese Mißstände zu vermeiden, müßte das Recht, statt gleich, vielmehr ungleich sein.“

Gerechtigkeit und Gleichheit kann also die erste Phase des Kommunismus noch nicht bringen: Unterschiede im Reichtum, und zwar ungerechte Unterschiede, bleiben bestehen, unmöglich aber wird die *Ausbeutung* des Menschen durch den Menschen sein, denn es wird nicht mehr möglich sein, die *Produktionsmittel*, die Fabriken, Maschinen, den Grund und Boden usw., als Privateigentum an sich zu reißen. Marx erledigt die kleinbürgerliche, unklare Phrase Lassalles von der „Gleichheit“ und „Gerechtigkeit“ *überhaupt* und zeigt dabei den *Entwicklungsgang* der kommunistischen Gesellschaft, die *gezwungen* ist, zunächst *nur* die „Ungerechtigkeit“ zu beseitigen, daß die Produktionsmittel von einzelnen Personen angeeignet sind, und vorerst *nicht imstande* ist, mit einem Schlage auch die weitere Ungerechtigkeit zu beseitigen, die in der Verteilung der Konsumtionsmittel „nach der Arbeitsleistung“ (und nicht nach den Bedürfnissen) besteht.

Die Vulgärökonomien, darunter bürgerliche Professoren, und unter ihnen „unser“ Tugan, machen den Sozialisten ständig zum Vorwurf, daß sie die Ungleichheit der Menschen vergessen und von einer Beseitigung dieser Ungleichheit „träumen“. Ein solcher Vorwurf beweist, wie wir sehen, nur die größte Ignoranz der Herren bürgerlichen Ideologen.

Marx zieht nicht nur auf das genaueste die unvermeidliche Ungleichheit der Menschen in Betracht, er berücksichtigt auch noch, daß der bloße Übergang der Produktionsmittel in das Gemeineigentum der Gesamtgesellschaft („Sozialismus“ im landläufigen Gebrauch des Wortes) die Mängel der Verteilung und die Ungleichheit des „bürgerlichen Rechtes“ *nicht beseitigt*, das *weiter herrscht*, da die Produkte „nach der Arbeitsleistung“ verteilt werden.

„Aber diese Mißstände“, fährt Marx fort, „sind unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist. Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kultur-entwicklung der Gesellschaft.“

Somit wird in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft (die gewöhnlich Sozialismus genannt wird) das „bürgerliche Recht“ *nicht* vollständig abgeschafft, sondern nur zum Teil, nur entsprechend der bereits erreichten ökonomischen Umwälzung, d. h. lediglich in bezug auf die Produktionsmittel. Das „bürgerliche Recht“ erkennt sie als Privateigentum einzelner Individuen an. Der Sozialismus macht sie zum Gemeineigentum. *Insofern* — und nur *insofern* — fällt das „bürgerliche Recht“ fort.

Dieses bleibt jedoch in seinem anderen Teil bestehen, es bleibt als Regulator (Ordner) bei der Verteilung der Produkte und der Arbeit unter die Mitglieder der Gesellschaft. „Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen“, dieses sozialistische Prinzip ist *schon* verwirklicht; „für das gleiche Quantum Arbeit das gleiche Quantum Produkte“ — auch dieses sozialistische Prinzip ist *schon* verwirklicht. Das ist jedoch noch nicht Kommunismus, und das beseitigt noch nicht das „bürgerliche Recht“, das ungleichen Individuen für ungleiche (faktisch ungleiche) Arbeitsmengen die gleiche Menge Produkte zuweist.

Das ist ein „Mißstand“, sagt Marx, aber er ist in der ersten Phase des Kommunismus unvermeidlich, denn ohne in Utopien zu verfallen, darf man kaum annehmen, daß die Menschen sofort nach dem Sturz des Kapitalismus lernen werden, *ohne alle Rechtsnormen* für die Allgemeinheit zu arbeiten, sind doch die ökonomischen Voraussetzungen für eine *solche* Änderung durch die Abschaffung des Kapitalismus *mit einem Male nicht gegeben*.

Andere Normen aber als die des „bürgerlichen Rechtes“ sind nicht *da*. Insofern bleibt noch die Notwendigkeit des Staates bestehen, der unter Wahrung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktions-

mitteln die Gleichheit der Arbeitsleistung und die Gleichheit bei der Verteilung der Produkte zu schützen hat.

Der Staat stirbt ab, soweit es keine Kapitalisten, keine Klassen mehr gibt und man daher auch keine *Klasse* mehr *unterdrücken* kann.

Der Staat ist aber noch nicht ganz abgestorben, denn noch bleibt die Wahrung des „bürgerlichen Rechts“, das die faktische Ungleichheit sanktioniert. Zum vollständigen Absterben des Staates bedarf es des vollständigen Kommunismus.

4. Die höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft

Marx fährt fort:

„In einer höhern Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht mehr Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind, und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen — erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“

Erst jetzt können wir die ganze Richtigkeit der Bemerkungen von Engels einschätzen, in denen er unerbittlich die Unsinnigkeit einer Verbindung der Wörter „Freiheit“ und „Staat“ verhöhnte. Solange es einen Staat gibt, gibt es keine Freiheit. Wenn es Freiheit geben wird, wird es keinen Staat geben.

Die ökonomische Grundlage für das vollständige Absterben des Staates ist eine so hohe Entwicklung des Kommunismus, daß der Gegensatz von geistiger und körperlicher Arbeit verschwindet, folglich eine der wichtigsten Quellen der heutigen *gesellschaftlichen* Ungleichheit beseitigt wird, und zwar eine Quelle, die durch den bloßen Übergang der Produktionsmittel in Gemeineigentum, durch die bloße Expropriation der Kapitalisten keinesfalls mit einemmal aus der Welt geschafft werden kann.

Diese Expropriation wird eine enorme Entwicklung der Produktivkräfte *ermöglichen*. Und wenn wir sehen, wie schon jetzt der Kapitalismus in unglaublicher Weise diese Entwicklung *aufhält*, wie vieles auf Grund der heutigen, bereits erreichten Technik vorwärtsgebracht werden könnte, so sind wir berechtigt, mit voller Überzeugung zu sagen, daß die Expropriation der Kapitalisten unausbleiblich

eine gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte der menschlichen Gesellschaft zur Folge haben wird. Wie rasch aber diese Entwicklung weitergehen wird, wie schnell sie zur Aufhebung der Arbeitsteilung, zur Beseitigung des Gegensatzes von geistiger und körperlicher Arbeit, zur Verwandlung der Arbeit in „das erste Lebensbedürfnis“ führen wird, das wissen wir nicht und können wir nicht wissen.

Wir sind daher auch nur berechtigt, von dem unvermeidlichen Absterben des Staates zu sprechen. Dabei betonen wir, daß dieser Prozeß von langer Dauer ist und vom Entwicklungstempo der höheren Phase des Kommunismus abhängt, wobei wir die Frage der Fristen oder der konkreten Formen des Absterbens vollkommen offenlassen, denn Unterlagen zur Entscheidung dieser Fragen gibt es nicht.

Der Staat wird dann völlig absterben können, wenn die Gesellschaft den Grundsatz: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ verwirklicht haben wird, d. h. wenn die Menschen sich so an das Befolgen der Grundregeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens gewöhnt haben werden und ihre Arbeit so produktiv sein wird, daß sie freiwillig nach ihren Fähigkeiten arbeiten werden. Der „enge bürgerliche Rechtshorizont“, der veranlaßt, mit der Hartherzigkeit eines Shylock bedacht zu sein, nur ja nicht eine halbe Stunde länger als der andere zu arbeiten und keine geringere Bezahlung zu erhalten als der andere — dieser enge Horizont wird dann überschritten sein. Die Verteilung der Produkte wird dann keine Normierung der jedem einzelnen zukommenden Menge von seiten der Gesellschaft erfordern; jeder wird frei „nach seinen Bedürfnissen“ nehmen.

Vom bürgerlichen Standpunkt aus fällt es leicht, eine solche Gesellschaftsstruktur als „reine Utopie“ hinzustellen und darüber zu grinsen, daß die Sozialisten jedem das Recht zusichern, von der Gesellschaft ohne jegliche Kontrolle über die Arbeitsleistung des einzelnen Bürgers eine beliebige Menge Trüffeln, Automobile, Klaviere u. a. m. zu erhalten. Die meisten bürgerlichen „Gelehrten“ beschränken sich auch bis auf den heutigen Tag auf dieses Grinsen und verraten dadurch nur ihre Unwissenheit und ihre eigennützige Verteidigung des Kapitalismus.

Unwissenheit, denn es ist keinem Sozialisten je eingefallen, zu „versprechen“, daß die höhere Phase der Entwicklung des Kommunismus eintreten wird; die Voraussicht der großen Sozialisten aber, daß sie eintreten wird, hat nicht die heutige Arbeitsproduktivität und nicht

den heutigen Spieß zur Voraussetzung, der es fertigbrächte, etwa wie die Seminaristen bei Pomjalowski, „aus Spaß“, Magazine gesellschaftlicher Vorräte zu beschädigen und Unmögliches zu verlangen.

Bis die „höhere“ Phase des Kommunismus eingetreten sein wird, fordern die Sozialisten die *strengste* Kontrolle seitens der Gesellschaft und seitens des Staates über das Maß der Arbeit und das Maß der Konsumtion, aber diese Kontrolle muß mit der Expropriation der Kapitalisten *beginnen*, mit der Kontrolle der Arbeiter über die Kapitalisten, und muß nicht durch einen Beamtenstaat durchgeführt werden, sondern durch den Staat der *bewaffneten Arbeiter*.

Die Eigennützigkeit der Verteidigung des Kapitalismus durch die bürgerlichen Ideologen (und ihre Schleppenträger vom Schlage der Herren Zereteli, Tschernow und Konsorten) besteht ja gerade darin, daß sie die dringende und aktuelle Frage der *heutigen* Politik in Diskussionen und Gerede über die ferne Zukunft *umfälschen*, und zwar die Frage der Expropriation der Kapitalisten, der Umwandlung *aller* Bürger in Arbeiter und Angestellte eines großen „Syndikats“, nämlich des ganzen Staates, und der völligen Unterordnung der gesamten Arbeit dieses ganzen Syndikats unter den wahrhaft demokratischen Staat, *den Staat der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten*.

Wenn der gelehrte Professor und hinter ihm der Spieß und die Herren Zereteli und Tschernow von den hirnverbrannten Utopien, von den demagogischen Versprechungen der Bolschewiki, von der Unmöglichkeit der „Einführung“ des Sozialismus reden, dann meinen sie im Grunde genommen das höhere Stadium, die höhere Phase des Kommunismus, den „einzuführen“ niemand versprochen, ja nicht einmal im Sinne gehabt hat, denn „einführen“ läßt er sich überhaupt nicht.

Und hier sind wir bei der Frage des wissenschaftlichen Unterschieds zwischen Sozialismus und Kommunismus angelangt, die Engels in seiner oben erwähnten Betrachtung¹ über die Unrichtigkeit der Bezeichnung „Sozialdemokraten“ berührt. Politisch wird der Unterschied zwischen der ersten oder niederen und der höheren Phase des Kommunismus mit der Zeit wahrscheinlich ungeheuer groß sein, doch wäre es lächerlich, jetzt, unter dem Kapitalismus, diesen Unterschied hervorzuheben, und ihn in den Vordergrund rücken könnten höchstens vereinzelte Anarchisten (falls unter den Anarchisten noch Leute übriggeblieben sind, die nichts hinzugelernt haben nach der „plechanowistischen“ Mauserung der Kropotkin, Grave, Cornelissen und ande-

¹ Siehe Lenin, Staat und Revolution, IV. Kapitel, 6. Abschnitt. Die Red.

rer „Leuchten“ des Anarchismus in Sozialchauvinisten oder in Schützen-graben-Anarchisten — wie sich Ge, einer der wenigen Anarchisten, die noch Ehre und Gewissen bewahrt haben, ausgedrückt hat).

Der wissenschaftliche Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus ist aber klar. Was gewöhnlich als Sozialismus bezeichnet wird, nannte Marx die „erste“ oder niedere Phase der kommunistischen Gesellschaft. Insofern die Produktionsmittel *Gemeineigentum* werden, ist das Wort „Kommunismus“ auch hier anwendbar, wenn man nicht vergißt, daß es *kein* vollkommener Kommunismus ist. Die weitreichende Bedeutung der Marxschen Erklärungen besteht darin, daß er auch hier konsequent die materialistische Dialektik, die Entwicklungslehre, anwendet, indem er den Kommunismus als etwas betrachtet, das sich *aus* dem Kapitalismus entwickelt. An Stelle scholastisch ausgeklügelter, „erdachter“ Definitionen und unfruchtbarer Wortklaubereien (was Sozialismus, was Kommunismus sei) liefert Marx eine Analyse dessen, was man als Stufen der ökonomischen Reife des Kommunismus bezeichnen könnte.

In seiner ersten Phase, auf seiner ersten Stufe kann der Kommunismus ökonomisch noch *nicht* völlig reif, völlig frei von den Traditionen oder Spuren des Kapitalismus sein. Daraus erklärt sich eine so interessante Erscheinung wie das Fortbestehen des „engen *bürgerlichen* Rechtshorizonts“ während der ersten Phase des Kommunismus. Das bürgerliche Recht setzt natürlich in bezug auf die Verteilung der *Konsumtionsmittel* unvermeidlich auch den *bürgerlichen Staat* voraus, denn Recht ist nichts ohne einen Apparat, der imstande wäre, die Einhaltung der Rechtsnormen zu *erzwingen*.

So ergibt sich der Schluß, daß unter dem Kommunismus nicht nur das bürgerliche Recht eine gewisse Zeit fortbesteht, sondern sogar auch der bürgerliche Staat, ohne Bourgeoisie!

Das mag paradox oder einfach als dialektisches Gedankenspiel erscheinen, wie das vielfach dem Marxismus von Leuten zum Vorwurf gemacht wird, die sich nicht im geringsten die Mühe genommen haben, seinen überaus tiefen Gehalt zu ergründen.

In Wirklichkeit aber zeigt uns das Leben auf Schritt und Tritt, sowohl in der Natur als auch in der Gesellschaft, Überreste des Alten im Neuen. Und Marx hat nicht willkürlich ein Stückchen „bürgerlichen“ Rechts in den Kommunismus hineingeschoben, sondern hat das ge-

nommen, was wirtschaftlich und politisch in einer *aus dem Schoß* des Kapitalismus hervorgehenden Gesellschaft unvermeidlich ist.

Die Demokratie ist im Befreiungskampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten von gewaltiger Bedeutung. Die Demokratie ist aber durchaus nicht die Grenze, die nicht überschritten werden kann, sondern lediglich eine der Etappen auf dem Wege vom Feudalismus zum Kapitalismus und vom Kapitalismus zum Kommunismus.

Demokratie bedeutet Gleichheit. Es ist begreiflich, welche große Bedeutung der Kampf des Proletariats um Gleichheit und die Losung der Gleichheit haben, wenn man diese richtig, im Sinne der Aufhebung der *Klassen* auffaßt. Aber Demokratie bedeutet nur *formale* Gleichheit. Und sofort nach der Verwirklichung der Gleichheit aller Mitglieder der Gesellschaft *in bezug* auf den Besitz der Produktionsmittel, d. h. der Gleichheit der Arbeit, Gleichheit des Lohnes, wird sich vor der Menschheit unvermeidlich die Frage erheben, wie sie von der formalen zur tatsächlichen Gleichheit, d. h. zur Verwirklichung des Satzes: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ weiterschreiten soll. Welche Etappen die Menschheit auf dem Wege zu diesem höheren Ziel wird durchschreiten müssen, welche praktischen Maßnahmen sie hierzu ergreifen müssen — wissen wir nicht und können wir nicht wissen. Es ist aber wichtig, daß wir uns darüber klarwerden, wie unendlich verlogen die landläufige bürgerliche Vorstellung ist, der Sozialismus sei etwas Totes, Erstarrtes, ein für allemal Gegebenes, während in Wirklichkeit *erst* mit dem Sozialismus die rasche, wirkliche, wahrhafte Vorwärtsbewegung der Massen auf allen Gebieten des öffentlichen und persönlichen Lebens, zunächst unter Teilnahme der *Mehrheit* der Bevölkerung und später der gesamten Bevölkerung, einsetzen wird.

Die Demokratie ist eine Staatsform, eine der Abarten des Staates. Folglich ist sie, wie jeder Staat, eine organisierte, systematische Gewaltanwendung gegenüber Menschen. Das ist die eine Seite. Andererseits bedeutet Demokratie aber die formale Anerkennung der Gleichheit zwischen den Bürgern, des gleichen Rechtes aller, die Staatsverfassung zu bestimmen und den Staat zu verwalten. Das wiederum hat zur Folge, daß die Demokratie auf einer bestimmten Entwicklungsstufe erstens die dem Kapitalismus gegenüber revolutionäre Klasse, das Proletariat, zusammenschließt und ihr die Möglichkeit gibt, die bürgerliche, sei es auch eine bürgerlich-republikanische, Staatsmaschine — das stehende Heer, Polizei, Beamtentum — zu zerbrechen,

in Scherben zu schlagen, sie aus der Welt zu schaffen, sie zwar durch eine *demokratischere* Staatsmaschine, aber immerhin noch durch eine Staatsmaschine zu ersetzen, bestehend aus bewaffneten Arbeitermassen, die zur Beteiligung des gesamten Volkes an der Miliz übergehen.

Hier „schlägt Quantität in Qualität um“: eine *solche* Stufe der Demokratie ist mit der Sprengung des Rahmens der bürgerlichen Gesellschaft, mit dem Beginn ihrer sozialistischen Umgestaltung verbunden. Wenn tatsächlich *alle* an der Verwaltung des Staates teilnehmen, dann kann sich der Kapitalismus nicht länger halten. Die Entwicklung des Kapitalismus schafft ihrerseits die *Voraussetzungen* dafür, daß wirklich „alle“ an der Leitung des Staates teilnehmen können. Zu diesen Voraussetzungen gehört die allgemeine Schulbildung, die bereits in den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern eingeführt ist, ferner die „Schulung und Disziplinierung“ der Millionen von Arbeitern durch den umfassenden, komplizierten, vergesellschafteten Apparat der Post, der Eisenbahnen, der Großbetriebe, des Großhandels, des Bankwesens usw. usf.

Unter solchen *ökonomischen* Voraussetzungen ist es durchaus möglich, unverzüglich, von heute auf morgen, dazu überzugehen, die Kapitalisten und Beamten, nach ihrem Sturz, bei der *Kontrolle* über die Produktion und Verteilung, bei der *Registrierung* der Arbeit und der Produkte durch bewaffnete Arbeiter, durch das gesamte bewaffnete Volk zu ersetzen. (Man verwechsle nicht die Frage der Kontrolle und Rechnungslegung mit der Frage des wissenschaftlich ausgebildeten Personals, der Ingenieure, Agronomen usw.: diese Herrschaften arbeiten heute und fügen sich den Kapitalisten, sie werden morgen noch besser arbeiten und sich den bewaffneten Arbeitern fügen.)

Rechnungslegung und Kontrolle — das ist das *Wichtigste*, was zum Ingangsetzen, zum richtigen Funktionieren der kommunistischen Gesellschaft in ihrer *ersten Phase* erforderlich ist. *Alle* Bürger verwandeln sich hier in entlohnte Angestellte des Staates, den die bewaffneten Arbeiter bilden. *Alle* Bürger werden Angestellte und Arbeiter *eines* das gesamte Volk umfassenden Staats„syndikats“. Es handelt sich nur darum, daß sie alle in gleicher Weise arbeiten, das Maß ihrer Arbeit richtig einhalten und gleichmäßigen Lohn bekommen. Die Registrierung dessen, die Kontrolle darüber ist durch den Kapitalismus bis zum äußersten *vereinfacht*, in ganz außerordentlich einfache, jedem Nichtanphabeten zugängliche Operationen der Beaufsichtigung und Notierung verwandelt, zu deren Verrich-

tung die Beherrschung der vier Rechnungsarten und die Ausstellung entsprechender Quittungen genügt.¹

Wenn die *Mehrheit* des Volkes anfangen wird, selbständig und allorts eine solche Rechnungslegung, eine solche Kontrolle über die Kapitalisten (die nunmehr Angestellte geworden sind) und über die Herren Intellektuellen, die kapitalistische Allüren beibehalten haben, auszuüben, dann wird diese Kontrolle eine wirklich universelle, allgemeine, nationale Kontrolle werden, dann wird man sich ihr auf keine Weise entziehen können, wird man sich vor ihr „nirgends retten“ können.

Die gesamte Gesellschaft wird *ein* Büro und *eine* Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem Lohn sein.

Aber diese „Fabrik“disziplin, die das siegreiche Proletariat nach dem Sturz der Kapitalisten, nach Beseitigung der Ausbeuter auf die gesamte Gesellschaft erstrecken wird, ist nichts weniger als unser Ideal oder unser Endziel, sie ist nur eine *Stufe*, die notwendig ist zur radikalen Reinigung der Gesellschaft von den Niederträchtigkeiten und Gemeinheiten der kapitalistischen Ausbeutung und *zum weiteren Vorwärtsschreiten*.

Von dem Augenblick an, da alle Mitglieder der Gesellschaft oder wenigstens ihre übergroße Mehrzahl *selbst* gelernt haben, den Staat zu regieren, selbst die Staatsregierung in ihre Hände genommen haben, die Kontrolle „in Gang gebracht“ haben über die verschwindende Minderheit der Kapitalisten, über die Herrchen, die die kapitalistischen Allüren gern bewahren möchten, über die Arbeiter, die durch den Kapitalismus tief demoralisiert worden sind — von diesem Augenblick an beginnt die Notwendigkeit irgendeines Regierens überhaupt zu schwinden. Je vollständiger die Demokratie, um so näher der Augenblick, in dem sie überflüssig wird. Je demokratischer der „Staat“, der aus bewaffneten Arbeitern besteht und der „schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr“ ist, um so rascher beginnt *jeder* Staat abzusterven.

Denn wenn *alle* gelernt haben werden, selbständig die gesellschaftliche Produktion zu leiten und sie in der Tat leiten werden,

¹ Wenn der Staat im wesentlichen Teil seiner Funktionen auf eine solche Rechnungslegung und Kontrolle durch die Arbeiter selbst reduziert wird, hört er auf, ein „politischer Staat“ zu sein, dann „verwandeln sich die öffentlichen Funktionen aus politischen in einfache, administrative Funktionen“ (vgl. oben, Kapitel IV, Abschnitt 2, über Engels' Polemik gegen die Anarchisten). (Anmerkung von Lenin.)

selbständig die Rechnungslegung und die Kontrolle über die Müßiggänger, die Herrensöhnchen, die Gauner und ähnliche „Hüter der Traditionen des Kapitalismus“ verwirklichen werden, dann wird die Umgehung dieser vom ganzen Volk durchgeführten Rechnungslegung und Kontrolle unvermeidlich so ungeheuer schwierig werden, eine so höchst seltene Ausnahme bilden und wahrscheinlich eine so rasche und ernsthafte Bestrafung nach sich ziehen (denn die bewaffneten Arbeiter sind Menschen des praktischen Lebens und keine sentimentalen Intelligenzler und werden kaum mit sich spaßen lassen), daß die *Notwendigkeit* der Einhaltung der unkomplizierten Grundregeln für jedes Zusammenleben von Menschen sehr bald zur *Gewohnheit* werden wird.

Und dann wird das Tor zum Übergang von der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft zu ihrer höheren Phase und damit auch zum völligen Absterben des Staates sperrangelweit geöffnet sein.

„Staat und Revolution“ wurde von Lenin im August 1917 geschrieben und russisch erstmalig veröffentlicht im August 1918.

Anhang

PROGRAMME DER DEUTSCHEN SOZIAL- DEMOKRATIE

DIE ERWÄGUNGSGRÜNDE DER STATUTEN DER INTERNATIONALEN ARBEITER-ASSOZIATION

(ENTWORFEN VON MARX 1864)

In Erwägung,

daß die Emanzipation der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiterklasse selbst sein muß;

daß der Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse kein Kampf für Klassenvorrrechte und Monopole ist, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und für die Vernichtung aller Klassenherrschaft;

daß die ökonomische Unterwerfung des Arbeiters unter den Aneigner der Arbeitsmittel, d. h. der Lebensquellen, der Knechtschaft in allen ihren Formen zugrunde liegt — dem gesellschaftlichen Elend, der geistigen Verkümmern und der politischen Abhängigkeit;

daß die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse daher der große Endzweck ist, dem jede politische Bewegung, als Mittel, unterzuordnen ist;

daß alle auf dieses Ziel gerichteten Versuche bisher gescheitert sind aus Mangel an Einigung unter den mannigfachen Arbeitszweigen jedes Landes und an der Abwesenheit eines brüderlichen Bundes unter den Arbeiterklassen der verschiedenen Länder;

daß die Emanzipation der Arbeiterklasse weder eine lokale noch eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder umfaßt, in denen die moderne Gesellschaft besteht, und deren Lösung vom praktischen und theoretischen Zusammenwirken der fortgeschrittensten Länder abhängt;

daß die gegenwärtige sich erneuernde Bewegung der Arbeiterklasse in den industriellen Ländern Europas, während sie neue Hoffnungen wachruft, zugleich feierliche Warnung erteilt gegen einen Rückfall in die alten Irrtümer und zur sofortigen Zusammenfassung der noch zusammenhanglosen Bewegungen drängt;

aus diesen Gründen ist die Internationale Arbeiter-Assoziation gestiftet worden.

Sie erklärt:

daß alle Gesellschaften und Individuen, die sich ihr anschließen, Wahrheit, Gerechtigkeit und Sittlichkeit anerkennen als die Regel ihres Verhaltens zueinander und zu allen Menschen, ohne Rücksicht auf Farbe, Glaube oder Nationalität. Sie betrachtet es als Pflicht eines jeden, die Menschen- und Bürgerrechte nicht bloß für sich zu erlangen, sondern für jedermann, der seine Pflicht tut. Keine Pflichten ohne Rechte, keine Rechte ohne Pflichten.

PROGRAMM DER SÄCHSISCHEN VOLKSPARTEI

(Angenommen auf der Landesversammlung in Chemnitz 1866)

1. Unbeschränktes Selbstbestimmungsrecht des Volkes. Allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht mit geheimer Abstimmung auf allen Gebieten des staatlichen Lebens (das Parlament, die Kammern der Einzelstaaten, die Gemeinden usw.). Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Ein mit größter Machtvollkommenheit ausgestattetes Parlament, welches namentlich auch über Krieg und Frieden zu entscheiden hat.

2. Einigung Deutschlands in einer demokratischen Staatsform. Keine erbliche Zentralgewalt. — Kein Klein-Deutschland unter preußischer Führung, kein durch Annexion vergrößertes Preußen, kein Groß-Deutschland unter österreichischer Führung, keine Trias (Dreiheit). Diese und ähnliche dynastisch-partikularistischen Bestrebungen, welche nur zur Unfreiheit, Zersplitterung und Fremdherrschaft führen, sind von der Demokratischen Partei auf das entschiedenste zu bekämpfen.

3. Aufhebung aller Vorrechte des Standes, der Geburt und Konfession.

4. Hebung der leiblichen, geistigen und sittlichen Volksbildung. Trennung der Schule von der Kirche, Trennung der Kirche vom Staat und des Staates von der Kirche, Hebung der Lehrerbildungsanstalten und würdige Stellung der Lehrer, Erhebung der Volksschule zu einer aus der Staatskasse zu erhaltenden Staatsanstalt mit unentgeltlichem Unterricht, Herbeischaffung von Mitteln und Gründung von Anstalten zur Weiterbildung der der Volksschule Entwichsenen.

5. Förderung des allgemeinen Wohlstandes zur Befreiung der Arbeit und der Arbeiter von jeglichem Druck und jeglicher Fessel. Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse, Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, allgemeines deutsches Heimatrecht, Förderung und Unterstützung des Genossenschaftswesens, namentlich der Produktivgenossenschaften, damit der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ausgeglichen werde.

6. Selbstverwaltung der Gemeinden.

7. Hebung des Rechtsbewußtseins im Volk durch Unabhängigkeit der Gerichte, Geschworenengerichte, namentlich auch in politischen und Preßprozessen; öffentliches und mündliches Gerichtsverfahren.

8. Förderung der politischen und sozialen Bildung des Volkes durch freie Presse, freies Versammlungs- und Vereinsrecht, Koalitionsrecht.

DAS PROGRAMM DER SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI

(Beschlossen in Eisenach 1869)

- I. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt die Errichtung des freien Volksstaates¹.
- II. Jedes Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei verpflichtet sich, mit ganzer Kraft einzutreten für folgende Grundsätze:
 1. Die heutigen politischen und sozialen Zustände sind im höchsten Grade ungerecht und daher mit der größten Energie zu bekämpfen.

¹ Zum „freien Volksstaat“ vergl. die Stellungnahme von Marx (vorl. Ausgabe S. 28/29), von Engels (vorl. Ausgabe S. 41) und von Lenin (vorl. Ausgabe S. 122—125). Die Red.

2. Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.
3. Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von dem Kapitalisten bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, und es erstrebt deshalb die Sozialdemokratische Partei unter Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) durch genossenschaftliche Arbeit den vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter.
4. Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.
5. In Erwägung, daß die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse nur möglich ist, wenn diese gemeinsam und einheitlich den Kampf führt, gibt sich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei eine einheitliche Organisation, welche es aber auch jedem einzelnen ermöglicht, seinen Einfluß für das Wohl der Gesamtheit geltend zu machen.
6. In Erwägung, daß die Befreiung der Arbeiter weder eine lokale noch eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder, in denen es moderne Gesellschaft gibt, umfaßt, betrachtet sich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, soweit es die Vereinsgesetze gestatten, als Zweig der Internationalen Arbeiter-Assoziation, sich deren Bestrebungen anschließend.

III. Als die nächsten Forderungen in der Agitation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei sind geltend zu machen:

1. Erteilung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts an alle Männer vom 20. Lebensjahr an zur Wahl für das Parlament, die Landtage der Einzelstaaten, die Provinzial- und Gemeindevertretungen wie alle übrigen Vertretungskörper. Den gewählten Vertretern sind genügend Diäten zu gewähren.
2. Einführung der direkten Gesetzgebung (das heißt Vorschlags- und Verwerfungsrecht) durch das Volk.

3. Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und Konfession.
4. Errichtung der Volkswehr an Stelle des stehenden Heeres.
5. Trennung der Kirche vom Staat und Trennung der Schule von der Kirche.
6. Obligatorischer Unterricht in Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten.
7. Unabhängigkeit der Gerichte, Einführung der Geschworenen- und Fachgewerbegerichte, Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens und unentgeltliche Rechtspflege.
8. Abschaffung aller Preß-, Vereins- und Koalitions Gesetze; Einführung des Normalarbeitstages; Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit.
9. Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer und Erbschaftssteuer.
10. Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für freie Produktivgenossenschaften unter demokratischen Garantien.

DAS PROGRAMM DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

(Beschlossen in Gotha 1875)

I. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesamte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.

II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerschlagung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert als Grundlagen des Staates:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht, mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Sonntag oder Feiertag sein.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.
3. Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
4. Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze; überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Forschen und Denken beschränken.
5. Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.
6. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatsache.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft:

1. Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderungen.
2. Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, anstatt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern.
3. Unbeschränktes Koalitionsrecht.
4. Einen den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechenden Normalarbeitstag. Verbot der Sonntagsarbeit.
5. Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit.
6. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Kontrolle der Arbeiterwohnungen. Überwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.
7. Regelung der Gefängnisarbeit.
8. Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterhilfs- und Unterstützungskassen.

PROGRAMM DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS

(Beschlossen auf dem Parteitage in Erfurt 1891)

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehemals das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomischen

mische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richtet sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportionalwahlssystem, und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzesperioden. Vorname der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelt des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbst-

verwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.

3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.
7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbestandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftsteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
 - a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages.
 - b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
 - c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
 - d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
 - e) Verbot des Trucksystems.
2. Überwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Übernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

INHALT

Vorwort zur vorliegenden Ausgabe	3
Marx, Kritik des Gothaer Programms	
Vorwort von Engels	11
Brief an Wilhelm Bracke vom 5. Mai 1875	12
Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei	14
I.	14
II.	25
III.	27
IV.	28
Engels über das Gothaer Programm	
Brief an August Bebel vom 18./28. März 1875	37
Brief an Wilhelm Bracke vom 11. Oktober 1875	44
Aus dem Brief an August Bebel vom 12. Oktober 1875	47
Aus dem Brief an Karl Kautsky vom 7. Januar 1891	49
Aus dem Brief an Karl Kautsky vom 15. Januar 1891	50
Brief an Karl Kautsky vom 5. Februar 1891	51
Brief an Karl Kautsky vom 11. Februar 1891	52
Aus dem Brief an Friedrich Albert Sorge vom 11. Februar 1891	55
Brief an Karl Kautsky vom 23. Februar 1891	56
Aus dem Brief an Friedrich Albert Sorge vom 4. März 1891	59
Aus dem Brief an August Bebel vom 1. Mai 1891	60
Engels über das Erfurter Programm	
Aus dem Brief an Karl Kautsky vom 29. Juni 1891	67
Zur Kritik des Sozialdemokratischen Programmentwurfes 1891	68
I. Erwägungsgründe in zehn Absätzen	68
II. Politische Forderungen	74
III. Ökonomische Forderungen	79
Marx und Engels im Kampf um die proletarische Partei	
Brief von Marx an Ludwig Kugelmann vom 23. Februar 1865	83
Aus dem Brief von Marx an Bolte vom 29. November 1871	87
Aus dem Brief von Engels an Friedrich Cuno vom 24. Januar 1872	90
Aus dem Brief von Engels an Friedrich Albert Sorge vom 12. September 1874	92
Aus dem Brief von Marx an Friedrich Albert Sorge vom 19. Oktober 1877	94
Aus dem Brief von Engels an Johannes Becker vom 15. Juni 1835	95
Aus dem Brief von Engels an Johannes Becker vom 1. Juli 1879	95

Aus dem Brief von Marx und Engels an August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Wilhelm Bracke und andere, „Zirkularbrief“, Mitte September 1879	96
Aus dem Brief von Engels an August Bebel vom 14. November 1879	103
Lenin über die „Kritik des Gothaer Programms“	
Aus dem Heft „Der Marxismus über den Staat“	
Brief von Engels an Bebel	107
Marx: Kritik des Gothaer Programms	110
Brief von Engels 1875	117
Aus dem Werk „Staat und Revolution“	
Das „Absterben“ des Staates und die gewaltsame Revolution	120
Ein Brief an Bebel	125
Die ökonomischen Grundlagen für das Absterben des Staates	128
1. Die Fragestellung bei Marx	128
2. Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus	130
3. Die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft .	136
4. Die höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft .	139

ANHANG

Programme der deutschen Sozialdemokratie

Die Erwägungsgründe der Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation (Entworfen von Marx 1864)	147
Programm der Sächsischen Volkspartei (Angenommen auf der Landesversammlung in Chemnitz 1866)	148
Das Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Beschlossen in Eisenach 1869)	149
Das Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (Beschlossen in Gotha 1875)	151
Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Beschlossen auf dem Parteitage in Erfurt 1891)	153

26. 4. 60.

27. 5. 64
- 1. 12. 6

19. 3. 59

18. 3. 1971

17. 6. 197

5X1562

Freie Universität Berlin



1847094/188

PREIS 1.-RM

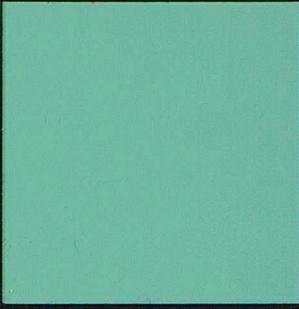
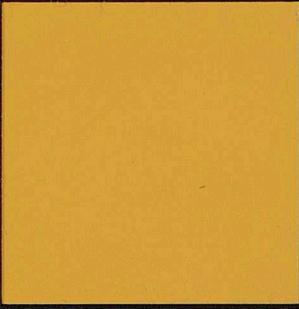
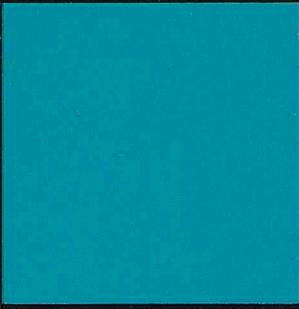
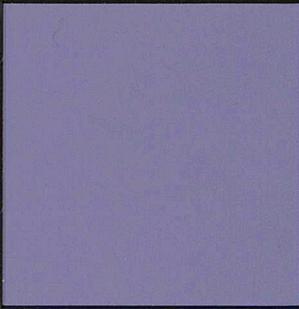
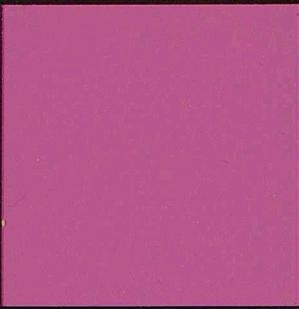
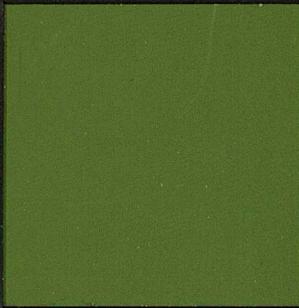
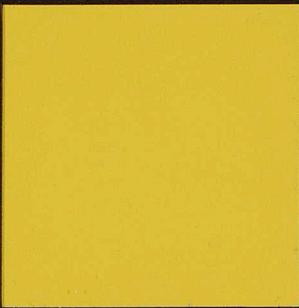
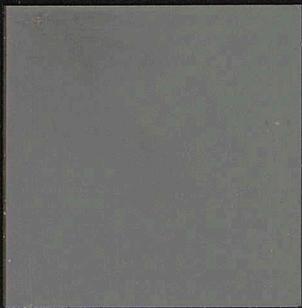
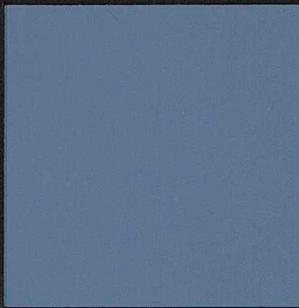
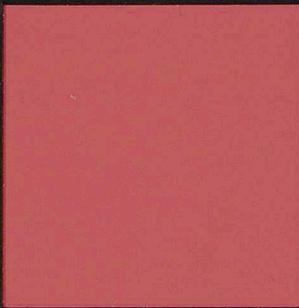
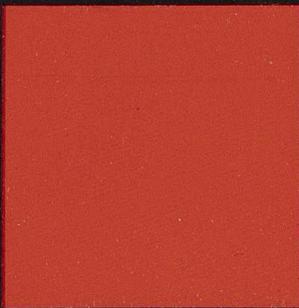
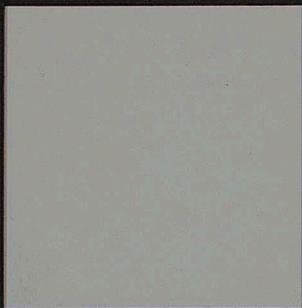
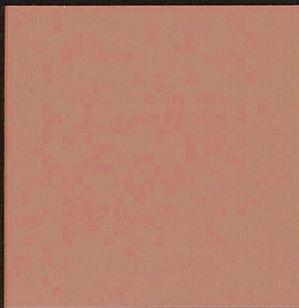
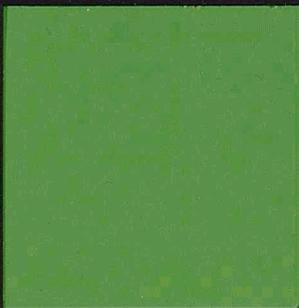
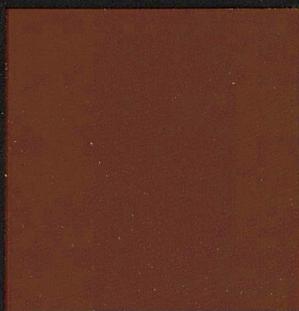
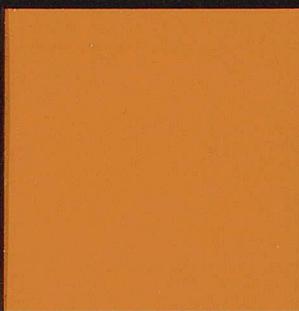
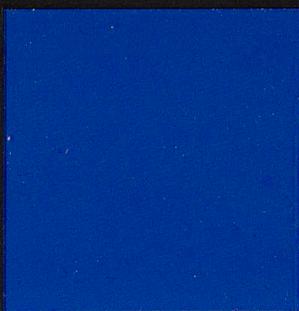
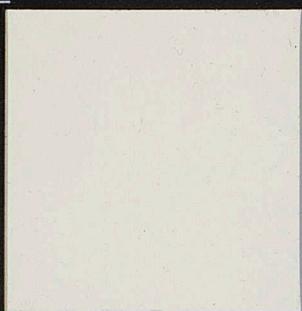
PREIS 1.-RM

Freie Universität



Berlin

x-rite



colorchecker CLASSIC

100mm